

Stenographischer Bericht

7. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode. — 25. April 1950.

Inhalt:

Personalien:

Dankesworte an den in den Ruhestand getretenen Landesamtsdirektor Dr. Ludwig Koban (77).
Entschuldigt ist Abg. Adolf Thaller (78).
Verlängerung des Krankenurlaubes an Abg. Adolf Thaller bis 17. Mai 1950 (78).

Auflagen:

Antrag der Abg. Pötz, Josef Hegenbarth, Oswald Ebner und Ferdinand Berger, betreffend Übernahme der Gemeindestraße von der Lagelmühle im Gebiete der Gemeinde Schäftern bis zur Grenze gegen Niederösterreich als Landesstraße, Einlaufzahl 57,

Antrag der Abg. Dr. Allitsch, Hirsch, Schlacher, Ertl, Egger, Ebner, Wegart und Koller, betreffend die Abtrennung der ehemaligen Marktgemeinde Göß von der Stadtgemeinde Leoben, Einlaufzahl 58,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 22, Gesetz, betreffend die Ausführung der im 1. Teile des Bundesgesetzes vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 124 (Pflanzenschutzgesetz), enthaltenen grundsätzlichen Bestimmungen über den Schutz der Kulturpflanzen im Inland (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz),

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 61, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 8, KG. Wolfsbachau,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird,

Beilage Nr. 24, Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zur Gesetzesvorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950, Beilage Nr. 18 (78).

Zuweisungen:

Antrag der Abg. Pötz, Hegenbarth, Ebner und Berger, Einlaufzahl 57 und Antrag der Abg. Dr. Allitsch, Hirsch, Schlacher, Ertl, Egger, Ebner, Wegart und Koller, Einlaufzahl 58, an die Landesregierung.

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 22, an den Landes-Kulturausschuß.

Regierungsvorlagen, Einlaufzahl 61 und Beilage Nr. 23, an den Finanzausschuß.

Anzeigen der Abg. Landesrat Fritz Matzner, Einlaufzahl 56, und Josef Wallner, Einlaufzahl 59, gemäß § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes, an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß (78).

Mitteilungen:

Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung über die Zurückziehung der dem Steiermärkischen Landtag vorgelegten Regierungsvorlage, Einlaufzahl 38, betreffend die Änderung der Landtagsbeschlüsse vom 28. Mai 1946, Nr. 39 und vom 17. Oktober 1946, Nr. 87, über die Einsetzung eines Sonderausschusses des Landtages in Angelegenheit der Opferfürsorge (78).

Verhandlungen:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 18, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950

sowie über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zu dieser Regierungsvorlage, Beilage Nr. 24.

Generaldebatte:

Hauptberichterstatte: Abg. Dr. Speck (79).
Redner: Landesrat DDDr. Illig (82), Abg. Scheer (89), Abg. Stockbauer (91), Abg. Pölzl (97), Landesrat Horvatek (101), Abg. Wegart (105), Abg. Wallner (106), Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier (107), Abg. Taurer (107), Abg. Pölzl (108), Hauptberichterstatte Abg. Dr. Speck (108).

Spezialdebatte:

Gruppe 0.

Berichterstatte: Abg. Wegart (108).
Redner: Abg. Pölzl (109), Landeshauptmann Krainer (109).
Annahme des Antrages (110).

Gruppe 1.

Berichterstatte: Abg. Wegart (110).
Annahme des Antrages (110).

Gruppe 2.

Berichterstatte: Abg. Dr. Allitsch (110).
Redner: Abg. Wolf (110), Abg. Stöffler (112), Abg. Wurm (113), Abg. Wallner (114), Abg. Ertl (115), Abg. Schlacher (115), Abg. Kandusch (116), Abg. Lackner (117), Abg. Pölzl (117).
Annahme des Antrages (118).

Gruppe 3.

Berichterstatte: Abg. Hegenbarth (118).
Redner: Abg. Dr. Kaan (119), Abg. Kandusch (121), Abg. Ebner (122), Abg. Wegart (122), Landesrat Dr. Elsnitz (123), Berichterstatte Abg. Hegenbarth (123).
Annahme des Antrages (123).

Gruppe 4.

Berichterstatte: Abg. Hofmann (123).
Redner: Abg. Pölzl (124), Abg. Wolf (124), Abg. Sebastian (126), Abg. Pölzl (127), Landesrat Maria Matzner (127), Berichterstatte Abg. Hofmann (129).
Annahme des Antrages (129).

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 10 Minuten.

Präsident Thoma: Ich eröffne die 7. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen.

Im Sinne einer Anregung wurden zur heutigen Landtagssitzung auch die Herren Bundesräte eingeladen, die vom Steiermärkischen Landtag in den Bundesrat entsendet wurden. Es freut mich, feststellen zu können, daß einige Bundesräte dieser Einladung Folge geleistet haben. Ich begrüße sie auf das herzlichste.

Ich glaube, daß die heutige Sitzung, in der der Landesvoranschlag für das Jahr 1950 beraten werden soll, die Gelegenheit bietet, einer Persönlichkeit zu danken, die sich um die Finanzverwaltung des Landes Steiermark besondere Verdienste erworben hat. Es ist dies der Landesamtsdirektor Dr. Ludwig Koban, der nach 46jähriger erfolgreichster Tätig-

keit nach Erreichung der Altersgrenze über sein Ansuchen in den Ruhestand getreten ist. Dr. Koban nahm im Jahre 1904 den Dienst in der allgemeinen Verwaltung im Lande Steiermark auf. Nachdem er durch acht Jahre das Gemeindereferat und das Referat über die Landes-Sanitätsanstalten geführt hatte, wurde er im Jahre 1926 mit der Leitung der Finanzabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung betraut. In dieser Eigenschaft war er an der Neugestaltung der Landesfinanzen maßgeblich beteiligt. Besonders hervorheben möchte ich, daß Dr. Koban in seiner Eigenschaft als Leiter des amtlichen Landtagsprotokolles und in der Folgezeit als Landesamtsdirektor seit dem Jahre 1911 bis zu der im Vorjahre aufgetretenen Erkrankung jeder Landtagssitzung in amtlicher Stellung beigezogen hat.

Nachdem schon die Landesregierung seine verdienstvolle und erfolgreiche Tätigkeit gewürdigt hat, möchte ich Dr. Koban auch von dieser Stelle aus im Namen des Steiermärkischen Landtages den Dank und die Anerkennung für sein vorbildliches Wirken aussprechen und wünschen, daß sein Lebensabend ungetrübt sein möge.

Entschuldigt ist Abg. Thaller. Außerdem hat sich entschuldigt Bundesrat Pötsch.

Auf der heutigen Tagesordnung steht der mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 18, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950, sowie über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses, Beilage Nr. 24. Die Berichterstattung über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses, Beilage Nr. 24, erfolgt unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist. Diese Tagesordnung hat die Obmännerkonferenz gebilligt.

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung an, wenn dagegen kein Einwand vorgebracht wird. (Nach einer Pause).

Ich stelle fest, daß ein Einwand nicht erhoben wurde.

Dem Abg. Adolf Thaller wurde in der am 14. März 1950 stattgefundenen 6. Sitzung ein Krankenurlaub bis 5. April 1950 erteilt. Der Genannte hat um Verlängerung dieses Krankenurlaubes um 6 Wochen angesucht. Ich beantrage, ihm über dieses Ansuchen den Krankenurlaub um 6 Wochen, das ist bis 17. Mai 1950, zu verlängern.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrage einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschiebt).

Der Antrag ist angenommen.

Aufgelegt wurden:

Der Antrag der Abg. Pötz, Josef Hegenbarth, Oswald Ebner und Ferdinand Berger, betreffend Übernahme der Gemeindestraße von der Lagelmühle im Gebiete der Gemeinde Schöffern bis zur Grenze gegen Niederösterreich als Landesstraße, Einl.-Zl. 57,

der Antrag der Abg. Dr. Allitsch, Hirsch, Schlacher, Ertl, Egger, Ebner, Wegart und Koller, betreffend die Abtrennung der ehe-

maligen Marktgemeinde Göß von der Stadtgemeinde Leoben, Einl.-Zl. 58.

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 22, Gesetz, betreffend die Ausführung der im 1. Teile des Bundesgesetzes vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 124 (Pflanzenschutzgesetz), enthaltenen grundsätzlichen Bestimmungen über den Schutz der Kulturpflanzen im Inland (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz),

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 61, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 8, KG, Wolfsbachau,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz) in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird,

Beilage Nr. 24, Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zur Gesetzesvorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950, Beilage Nr. 18.

Unter der Voraussetzung, daß kein anderer Antrag gestellt wird, werde ich die Zuweisung aller vorangeführten Anträge und Vorlagen vornehmen.

Ich stelle fest, daß kein anderer Antrag gestellt wurde.

Ich weise zu:

Den Antrag der Abg. Pötz, Hegenbarth, Ebner und Berger, Einl.-Zl. 57 und den

Antrag der Abg. Dr. Allitsch, Hirsch, Schlacher, Ertl, Egger, Ebner, Wegart und Koller, Einl.-Zl. 58, der Landesregierung,

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 22, dem Landeskulturausschuß,

die Regierungsvorlagen, Einl.-Zl. 61 und Beilage Nr. 23 dem Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu diesen Zuweisungen an, wenn kein Widerspruch erhoben wird.

Mangels eines solchen Widerspruches verbleibt es bei den von mir vorgenommenen Zuweisungen.

Eingelangt sind weiters als Einl.-Zahlen 56 und 59 die Anzeigen der Abg. Landesrat Fritz Matzner und Josef Wallner gemäß § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes über die Bekleidung von anzeigenpflichtigen Stellen.

Im Sinne des in der 5. Sitzung des Steiermärkischen Landtages gefaßten Beschlusses weise ich diese Anzeigen dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zur Berichterstattung zu.

Schließlich gebe ich bekannt, daß die Steiermärkische Landesregierung nach ihrer Mitteilung vom 14. April 1950 in ihrer Sitzung vom 11. April 1950 beschlossen hat, die dem Steiermärkischen Landtag vorgelegte Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 38, betreffend die Änderung der Landtagsbeschlüsse vom 28. Mai 1946, Nr. 39 und vom 17. Oktober 1946, Nr. 87, über die Einsetzung eines Sonderausschusses des Landtages in Angelegenheit der Opferfürsorge zurückzuziehen. Es entfällt daher eine weitere Behandlung dieser Vorlage und des darauf bezughabenden Be-

schlusses des Fürsorgeausschusses vom 31. März 1950 im Steiermärkischen Landtag.

Vor Eingehen in die Tagesordnung möchte ich auf die Bestimmungen des § 42 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hinweisen. Nach dieser Vorschrift werden die Stenographischen Berichte nach erfolgter Übertragung in gewöhnliche Schrift zur Vornahme allfälliger stilistischer Änderungen dem Redner zugestellt. Sie gelten als genehmigt, wenn binnen acht Tagen keine Erinnerungen eingebracht werden. Ich ersuche daher alle Redner, allfällige stilistische Änderungen zuverlässig binnen acht Tagen dem Leiter des Stenographenbüros des Landtages bekanntzugeben, damit die Stenographischen Berichte rechtzeitig in Druck gelegt werden können.

Wir gehen zur Tagesordnung über :

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 18, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950 sowie über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zu dieser Regierungsvorlage, Beilage Nr. 24.

Im Sinne eines Beschlusses der Obmännerkonferenz wird die Beratung in eine Generaldebatte und in eine Spezialdebatte geteilt werden. Wenn dagegen kein Einwand erhoben wird, erteile ich zur Eröffnung der Generaldebatte dem Hauptberichterstatler Abg. Dr. Speck das Wort.

Hauptberichterstatler Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrage des Finanzausschusses den Voranschlag, der dem Finanzausschuß vom Hohen Hause zugewiesen worden war, wiederum vorzulegen und zwar mit einer Reihe von Abänderungen, die zum Teil Erhöhungen, zum Teil Verminderungen der Ausgaben, aber auch Änderungen bei den Einnahmen betreffen. Über alle diese Anträge im einzelnen sowie über die Beschlußanträge, die ebenfalls in einer größeren Anzahl beschlossen worden sind, ist ein eigenes Heft herausgegeben worden, das in die Hände aller Mitglieder des Hohen Hauses gelegt ist. Ich darf hier einleitend sagen, daß der Voranschlag für das Jahr 1950 im Finanzausschuß in einer großen Reihe von Sitzungen, die zum Teil auch sehr lange gedauert haben, mit großer Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit durchberaten wurden und, wie ich glaube sagen zu dürfen, durchaus sachlich, das heißt, es wurden nicht irgendwie Reden zum Fenster hinaus gehalten, die Eindruck machen sollten auf imaginäre Zuhörer auswärts. Man hat sich dort, wo verschiedene Meinungen bestehen — und es ist selbstverständlich, daß bei verschiedenen Mitgliedern des Finanzausschusses als den Vertretern der Gruppen des Hohen Hauses zum Teil sachlich verschiedene Meinungen bestehen — bemüht, von seiner eigenen Überzeugung die anderen auch zu überzeugen oder zum Verständnis für die Berechtigung solcher Wünsche zu bringen. Das ist geschehen, so daß als Ergebnis herausgekommen ist etwas, was möglicherweise den ein-

zelnen, eine einzelne Gruppe im Hohen Landtag nicht befriedigt, im Rahmen des Möglichen aber gewiß berechnigte Wünsche erfüllt, von welcher Seite immer sie kommen.

Dieses Wort „im Rahmen des Möglichen“ weist allerdings auf eine Grenze hin, die nicht im Willen der Mitglieder des Finanzausschusses gelegen ist, nämlich auf die finanzielle Grenze; denn worin immer die Leistung einer öffentlichen Körperschaft besteht, sie kostet naturgemäß Geld und dieses Geld muß voretst eingehen, damit man es ausgeben kann. Wir haben schon bei der Einleitung zu dem Landesvoranschlag, die Herr Landesrat Horvatek gebracht hat, gehört, daß ja erfreulicherweise im großen und ganzen die finanzielle Lage des Landes Steiermark nicht ungünstig ist, sondern daß — obwohl eine Anzahl von erheblichen Abstreichungen bei der Vorberatung des Voranschlages durch den Finanzreferenten im Einvernehmen mit den Referenten der einzelnen Abteilungen durchgeführt werden mußten — im wesentlichen doch ein Voranschlag vorgelegt werden konnte, der den wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung, soweit sie durch die Landesverwaltung befriedigt werden können, halbwegs entspricht. Die Zeit, in der im Finanzausschuß die Dinge behandelt wurden, hat eine Änderung zum Besseren gebracht, das heißt, es hat sich die Möglichkeit ergeben, eine Reihe von Einnahmen höher einzusetzen gegenüber den ursprünglich im Voranschlag eingesetzten Ziffern. Diese Einnahmen hätten zu einer aktiven Gebarung des ordentlichen Haushaltes führen können, wenn nicht auf der anderen Seite sehr berechnigte Wünsche nach Vermehrung der Ausgaben laut geworden wären, so daß man also das, was durch die Erhöhung der Einnahmen mehr zur Verfügung stand — die verschiedene Ursachen hatten, über die ich noch zu sprechen kommen werde — auf der anderen Seite sofort wieder in Anspruch nahm für die Erhöhung von verschiedenen Ausgabeposten. Es hat sich also der Grundzug des Voranschlages nicht verändert, es haben sich nur die Ziffern auf allen Seiten etwas ausgeweitet; der Grundzug aber, der darin bestand, daß dieser Voranschlag in seiner ordentlichen Gebarung ein ausgeglichener war, der ist geblieben.

In der außerordentlichen Gebarung ist dieser Voranschlag ebenfalls ausgeweitet worden; aber dort ist er nicht ausgeglichen. Es ist vielmehr nur ein Teil der außerordentlichen Gebarung durch Einnahmen gedeckt, die Überweisungen aus der ordentlichen Gebarung im Betrage von etwas über 13 Millionen Schilling darstellen. Der größere Teil dieses Planes — als etwas anderes kann man den Inhalt der außerordentlichen Gebarung nicht bezeichnen — kann nur soweit erfüllt werden, als eine Bedeckung gefunden werden wird. Der größere Teil dieser Wünsche ist aber vorläufig noch unbedeckt. Es wird zweierlei ins Auge zu fassen sein, um auch diesen Wünschen zur Aktualität zu verhelfen. Entweder, daß in der ordentlichen Gebarung weitere Überschüsse erzielt oder Einsparungen gemacht werden, um daraus Mittel für die Bedeckung der einzelnen Pläne der außerordentlichen Gebarung zu finden, oder aber, daß sich der Landtag allenfalls dazu entschließt, den Anleiheweg zu betreten. Das ist aber

nicht Sache der heutigen Beratung, die nur diesen Rahmen der außerordentlichen Gebarung festzusetzen hat. Es ist eine Frage der weiteren Entwicklung, ob es dazu kommen wird oder nicht.

Die Wünsche, die sich gegenüber dem uns vorgelegten Voranschlag im Finanzausschuß ergeben haben, sind sehr verschiedener Art. Zum Teil sind sie verhältnismäßig klein, ich meine, nach ihrer ziffernmäßigen Auswirkung sind sie von geringerer Bedeutung gewesen. Es kann aber auch eine finanziell kleine Angelegenheit von großer sachlicher Bedeutung sein. Zum Teil aber waren sie sehr bedeutend. Die Abänderungen, die der Finanzausschuß dem Hohen Hause gegenüber dem uns seinerzeit vorgelegten Bericht vorschlägt, liegen den Mitgliedern des Hohen Hauses in einem Ergänzungsheft als Beilage 24 vor. Auf den Seiten 1 bis 6 sind die Abänderungen auf der Ausgabenseite verzeichnet, auf Seite 7 die Abänderungen bei den Einnahmen, die natürlich die notwendige Voraussetzung für die Änderung der Ausgaben gewesen sind, wenn man — und das hat der Finanzausschuß — ausgeht von dem Grundsatz, die Tatsache des ausgeglichenen Budgets nicht zu ändern. Auf Seite 8 ist der außerordentliche Voranschlag zusammengefaßt, soweit Änderungen, das heißt in diesem Falle Ergänzungen durch den Finanzausschuß, beschlossen und dem Hohen Hause zur Annahme vorgelegt worden sind. Die folgenden Seiten bringen die Zusammensetzung des ordentlichen und des außerordentlichen Voranschlags und schließlich sind auf den Seiten 14 bis 21 die Beschlußanträge enthalten, die im Finanz-Ausschuß ebenfalls angenommen worden sind.

Wenn ich mir erlauben darf, auf einige der besonders ins Gewicht fallenden Abänderungsvorschläge des Finanz-Ausschusses hier kurz hinzuweisen, ohne daß ich damit der Spezialdebatte vorgeifen will, so sind das etwa folgende: Bekanntlich herrscht eine außerordentliche Schulraumnot nicht nur in Steiermark, sondern in allen Ländern Österreichs; aber uns geht ja nur Steiermark an. Die Beschaffung der Schulräume ist allerdings Sache der Gemeinden; aber jeder von uns weiß, daß die Gemeinden bei ihrer gar nicht günstigen Finanzlage heute leider nicht in der Lage sind, die Schaffung neuer Schulräume oder auch nur die Erweiterung der bestehenden Schulgebäude in dem notwendigen Ausmaß zu leisten, obwohl ich sagen kann, daß die Gemeinden in Steiermark schon seit ungefähr zwei Jahren verhältnismäßig viel im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese wichtige Aufgabe geleistet haben. Es ist nun im Landesvoranschlag ein Betrag eingesetzt worden unter dem Titel „Förderung der notwendigen Schulbauten der Gemeinden“ und dieser Betrag soll um 300.000 Schilling erhöht werden. 500.000 Schilling sollen als Förderungsbetrag mehr bewilligt werden zur Unterbringung arbeitsloser Jugendlicher in Lehrwerkstätten der Industrie, auf Lehrplätzen, in landwirtschaftlichen Lehrhöfen und bei Gemeinschaftsarbeiten für die Heimat. Wir berühren damit ein Gebiet, das sehr wichtig ist, nämlich die Frage der Verwahrlosung der Jugend, die nicht auf geordnete Lehrplätze kommen kann und für die man daher Mittel und Wege finden muß, um eine möglichst große Anzahl von ihnen auf Lehrstellen unterzubringen. Dazu ge-

hört auch die Beihilfe für die Unterbringung von Lehrlingen in Lehrlingsheimen, welche ebenfalls um 30.000 Schilling erhöht wurde. Für die Landes-schülerheime wurde eine Erhöhung von 43.400 Schilling vom Finanz-Ausschuß beantragt.

Eine Reihe von solchen Anträgen betreffen das Fürsorgewesen und die Jugendhilfe. Dringend erforderlich ist die Anschaffung von Wäsche für die Fürsorgeheime. Besonders erwähnen will ich auch die Steigerung der Unterstützungen und sozialen Aufwendungen für die unter das Opferfürsorgegesetz fallenden Personen im Betrage von 25.000 Schilling.

Was die Gesundheitsförderung betrifft, so ist besonders eine Erhöhung des Beitrages für die Tuberkulose-Schutzimpfungen im Betrage von 50.000 Schilling zu erwähnen. Für die Heilstätten, das heißt für den Wiederaufbau und Erweiterungen von Gebäuden und Anlagen wurde ein Erhöhungsantrag im Betrage von 1.121.000 Schilling gestellt.

Eines der größten Probleme unserer Zeit ist die Wohnraumnot. Auch da kann man sagen, daß verfassungsmäßig das Land als solches nicht dazu berufen ist, Wohnhäuser zu bauen; aber andererseits kann es sich doch dieser größten Sorge unserer Bevölkerung nicht ganz entziehen. Es sind daher in dem uns seinerzeit vorgelegten Voranschlag schon erhebliche Summen vorgesehen gewesen für den Landeswohnbaufonds. Der Finanz-Ausschuß war aber in der Lage, dazu eine weitere Erhöhung um 1.092.000 Schilling vorzuschlagen, so daß der im Vorjahr bewilligte Betrag sich vervierfacht hat und über 4.000.000 Schilling beträgt.

Eine große Schwierigkeit macht uns die Behebung der Straßenmisere. Trotz des erheblichen Aufwandes, den wir für die Wiederherstellung der Landesstraßen vorgesehen haben, werden wir den Anforderungen, die der heutige Verkehr an die Straßen stellt, besonders bedingt durch die Zerstörungen der Kriegszeit, nicht nachkommen können. Eine Reihe von Erhöhungen sind diesbezüglich vom Finanz-Ausschuß im Voranschlag in Aussicht genommen und werden dem Hohen Haus vorgeschlagen, wobei besonders für die Beseitigung der Frostschäden der Straßen, die gerade im heurigen Jahr in Folge der merkwürdigen Witterung im Monat März die Steiermark stark betroffen haben, 400.000 Schilling mehr vorgeschlagen sind. Etwas Neues sind die 200.000 Schilling, die als Beitrag des Landes zum Ausbau von Konkurrenzstraßen vorgesehen sind, weil bisher das Land bei solchen Konkurrenzstraßen nicht beteiligt war.

Wichtig ist eine Reihe von Erhöhungsanträgen, die die Landwirtschaft und ihre Förderung betreffen und mit denen man sich in der Spezialdebatte befassen wird, so etwa die Erhöhung von 200.000 Schilling für die Selbsthaftmachung des landwirtschaftlichen Personals, das in der Landwirtschaft fehlt, oder die 100.000 Schilling für Bekämpfung der Tbc bei Rindern, die eine große Gefahr für die Landwirtschaft und für die Volksernährung bedeutet und der man dadurch begegnen will. Bei den Güterwegbauten beträgt die Erhöhung 470.000 Schilling und für Beihilfen bei Schäden durch höhere Gewalt und zur Verhinderung der Auflassung gefährdeter Bergbauernbetriebe beträgt die Erhöhung 440.000 Schil-

ling. Daneben gibt es noch eine Anzahl kleinerer Posten.

Nun wäre das alles nicht möglich gewesen, wenn sich nicht die erfreuliche Tatsache ergeben hätte, daß auch die Einnahmen erheblich höher eingesetzt werden konnten. Der klinische Beitrag des Bundes für das Landeskrankenhaus, soweit es mit der Universität in Verbindung steht, beträgt 2.000.000 Schilling, der neu eingesetzt worden ist. Dann haben wir eine Erhöhung einer Anzahl von Steuererträgen, fußend auf der optimistischen, aber hoffentlich zutreffenden Auffassung, daß die österreichische Volkswirtschaft im Aufstieg begriffen ist und infolgedessen auch die Steuererträge ansteigen werden, welche Voraussetzung sich bei den Ergebnissen der ersten zwei Monate des Jahres 1950 als richtig erwiesen hat. So haben eine Reihe von kleinen Erhöhungen bei verschiedenen Steuern einige bedeutende Beträge gebracht, vor allem das Erträgnis der veranschlagten Einkommensteuer, soweit der Anteil des Landes in Frage kommt. Er beträgt eininhalb Millionen Schilling. Der Mehrertrag der Lohnsteuer beträgt 400.000 Schilling, die Umsatzsteuer ist um nicht weniger als 3.000.000 Schilling erhöht eingesetzt worden. Der Ertrag der Landesumlage ist um 152.000 Schilling und die Beiträge der Gemeinden aus der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital sind um 1.000.000 Schilling erhöht worden. Manche dieser hier erfreulichen Ansätze werden von den Mitgliedern des Hohen Hauses, die sich als Vertreter der Gemeinden fühlen, freilich auch mit einem trauernden Auge entgegengenommen werden müssen.

Wenn das Hohe Haus die Anträge des Finanzausschusses annimmt — es hat sich nichts geändert am ganzen Grundaufbau des Voranschlages, es bleibt der ordentliche Voranschlag ausgeglichen, die Einnahmen und Ausgaben halten sich die Waage — erhöhen sich die Ausgaben um 9.520.700 Schilling, sie verringern sich andererseits um 660.800 Schilling, so daß die Gesamtausgaben sich erhöhen um 8.853.900 Schilling. Um genau denselben Betrag konnten auch die Einnahmen erhöht werden. Natürlich war der Werdegang umgekehrt: zuerst ist festgestellt worden, wieviel wir an Mehreinnahmen haben und dann konnte man erst zur Befriedigung der einzelnen Wünsche schreiten. Es hat sich das Voranschlagserfordernis des ordentlichen Voranschlages im ganzen auf 331.564.400 Schilling erhöht, ebenso die Gesamtbedeckung, so daß der Voranschlag ausgeglichen ist. Anders sieht es beim außerordentlichen Voranschlag aus, dort sind die Ausgaben um 11.170.000 Schilling erhöht, und verringert worden um 2.400.000 Schilling, so daß sich das Erfordernis um 8.770.000 Schilling auf 42.904.600 Schilling erhöht. Diesem Erfordernis steht eine Bedeckung von 25.000.600 Schilling gegenüber, so daß von diesen Wünschen des außerordentlichen Voranschlages, von dem Erfordernisse 17.904.000 Schilling, also fast 18.000.000 Schilling unbedeckt bleiben und wie gesagt, es späteren Entscheidungen anheimgestellt werden muß, inwieweit diese Pläne im Jahre 1950 werden durchgeführt werden können oder nicht.

Schließlich sind auf der letzten Seite des vorgelegten Heftes die verschiedenen Beschlußanträge

abgedruckt, von denen ich nur auf einige kurz verweisen will. Zunächst auf den Appell des Landtages an die Landesregierung, daß bei öffentlichen Bauten des Landes für die künstlerische Ausgestaltung Beträge bis 5 Prozent der betreffenden Bau-summe verwendet werden sollen. Jeder von uns weiß, daß die bildenden Künstler in einer außerordentlichen Notlage sind; die Vertreter des Finanzausschusses waren der Meinung, es sei die moralische Pflicht der öffentlichen Körperschaften, im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch Vergebung von Arbeiten eben auch für die Künstler etwas zu leisten. Es ist das diejenige Vorsorge, die den Künstlern selbst die wertvollste und erwünschteste sein wird.

Ebenso verweise ich auf einen Appell an die Landesregierung, denjenigen Gemeinden, denen durch die Auflassung von Flüchtlingslagern zusätzliche Schulausgaben erwachsen, angemessene Zuschüsse zu gewähren. Es sind einer Reihe von Gemeinden ganz plötzlich durch die Übernahme einer größeren Reihe von Flüchtlingskindern in ihre Schulen erhebliche Mehrauslagen erwachsen, die durch die rein zufällige Lage des Flüchtlingslagers hervorgerufen worden sind und ganz zu Unrecht diese Gemeinden schwer belasten würden, so daß die Landesregierung hier Hilfe leisten müßte. Weiters kann ich darauf verweisen, daß für die interne Abteilung des Kinderspitals in Graz weitere Liegehallen errichtet werden sollen. Schließlich ist vorgesehen ein Mehrbetrag von 1.121.000 Schilling als erste Rate für den Wiederaufbau des abgebrannten Kinderheimes auf der Stolzalpe.

Eine Reihe von Wünschen hinsichtlich der Straßenverwaltung ist in den folgenden Anträgen verzeichnet. Es ist klar, daß in der Spezialdebatte und bei Fassung der Beschlüsse noch eingehender darüber gesprochen werden muß.

Hohes Haus! Ich kann somit meine im Auftrag des Finanzausschusses vorgenommene Einleitung der Generaldebatte für den Voranschlag 1950 beenden. Ich kann wiederum darauf hinweisen, daß jedes Mitglied des Hohen Hauses sich darüber im klaren ist, daß das Recht der Bewilligung des Voranschlages das grundlegende Recht jeder gesetzgebenden Körperschaft und also auch des Steiermärkischen Landtages ist. Denn durch den Voranschlag wird die ganze Landesverwaltung bestimmt in ihren Grenzen und in ihrer Richtung. Alles, was das Land für die Bevölkerung leisten kann und will, muß durch genehmigte Ausgaben bedeckt sein; und somit bestimmt eben der Landtag die ganze Verwaltung des Landes für ein ganzes Jahr. Zweifellos ist daher auch die Beratung des Voranschlages das wichtigste Mittel — besonders auch für die neu in dieses Haus entsendeten Abgeordneten — um auch wirklich mit der gesamten Landesverwaltung bekannt zu werden. Es gibt kein besseres Mittel als eine eingehende Voranschlagsberatung, um in alle Tiefen und Geheimnisse — wenn es solche gibt — der Landesverwaltung einzudringen; und schon aus diesem Gesichtspunkt ist die viele Zeit, die der Finanz-Ausschuß für die eingehende Beratung dieses Elaborates aufgewendet hat nicht verloren, sondern eine wertvoll angewendete Zeit, die sicher auch dazu führen wird, daß die Verwaltung des Landes so

geführt wird, wie es wirklich im Interesse der Bevölkerung notwendig ist.

Ich darf daher im Namen des Finanz-Ausschusses dem Hohen Hause diese Abänderungsvorschläge zum Landesvoranschlag vorlegen und um deren Annahme bitten. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Landesrat Dr. Illig: Hoher Landtag! Ich kann gleich an die letzten zusammenfassenden Ausführungen des Herrn Berichterstatters anknüpfen. Der uns vom Herrn Finanzreferenten Landesrat Horvatek am 14. März 1950 vorgelegte Voranschlag hat durch die langen und eingehenden und, man kann wohl sagen, sehr gewissenhaften Beratungen des Finanz-Ausschusses doch mancherlei Veränderungen erfahren. Es wurde schon hervorgehoben, daß im ordentlichen Haushalt die Einnahmen und Ausgaben durch diese Beschlüsse des Finanz-Ausschusses um je 8,8 Millionen Schilling auf 331,5 Millionen Schilling gestiegen sind und im außerordentlichen Haushalt ist eine Vermehrung der Ausgaben um 8,7 Millionen Schilling auf 42,9 Millionen Schilling eingetreten. Der ordentliche Haushalt ist nicht nur ausgeglichen, sondern er ist aktiv, weil der ordentliche Haushalt eine Zuführung von über 13 Millionen Schilling an den außerordentlichen Haushalt vornimmt. Wenn man die beiden Voranschläge — den ordentlichen und den außerordentlichen — zusammenzählt, kommt man zu dem Ergebnis, daß das Land Steiermark beabsichtigt, im heurigen Jahr 374,5 Millionen Schilling auszugeben. Das ist eine beträchtliche und ansehnliche Summe. Sie ist — wie wir schon im Finanz-Ausschuß hervorgehoben haben — um 57,2 Prozent höher als im Jahre 1946 und wenn man gewisse durchlaufende Posten und Überweisungen zwischen einzelnen Anstalten und Kassen des Landes abzieht, dann kommt man noch immer zu dem Ergebnis, daß der heurige Voranschlag um 47,9 Prozent höher ist als im Jahre 1946, also die seither eingetretene Steigerung des Lebenskostenindex um etwa 30 Prozent übersteigt.

Die Tatsache, daß diese erhebliche Summe und diese vom Finanz-Ausschuß beschlossenen Erhöhungen im ordentlichen Haushalt um 8,8 Millionen Schilling ohne besondere Schwierigkeiten gedeckt werden können, ohne daß irgend eine Steuererhöhung vorgenommen werden mußte, deutet an und für sich auf eine allgemeine Prosperität der Wirtschaft hin. Wir befinden uns auch tatsächlich in einer solchen Konjunkturwelle, die nur im ersten Vierteljahr 1950 durch vorübergehende Erscheinungen eine leichte Unterbrechung erfahren hat. Aber diese Erscheinungen, die vielleicht als Krise gedeutet wurden, sind eben nicht symptomatisch, sondern sie gehen auf Ursachen zurück, die eben — wie bereits bemerkt wurde — vorübergehender Natur waren. Das gilt vor allem für die Arbeitslosigkeit, die im Februar des heurigen Jahres eine gewisse Spitze erreichte. Während im März 1949 ein Maximum an Arbeitslosigkeit von 133.000 Personen erreicht wurde, erreichte die Arbeitslosigkeit im Februar 1950 vorübergehend 189.000 Personen. Das veranlaßte — wie zu erwarten war — die Kommunistische Partei und ihre Presse, wieder den bevorstehenden Untergang der herrschenden Wirtschaftsordnung zu prophezeien und den sogenannten

Kapitalismus für diese vorübergehende Vermehrung der Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. In Wirklichkeit ist diese vorübergehende Vermehrung leicht erklärlich. Sie ist darauf zurückzuführen, daß eine durch die Kriegsfolgen überdimensionierte Bauwirtschaft naturgemäß auch eine größere saisonbedingte Arbeitslosigkeit mit sich bringen muß. Die Bauwirtschaft und die unter dem Sammelbegriff „Steine und Erde“ vereinigten Industrien beschäftigten im Jahre 1949 221.000 Personen in Österreich. Das ist um 163.000 Personen mehr als im März 1938. Daß eine derartig aufgeblähte Bauwirtschaft dann in der Winterpause naturgemäß auf der anderen Seite auch wieder eine größere saisonbedingte Arbeitslosigkeit herbeiführen muß als dies in normalen Zeiten der Fall ist, ist leicht erklärlich und selbstverständlich. Dazu kamen noch einige andere Momente, um diese vorübergehende Konjunkturabschwächung zu verschärfen. Das war ein leichter Stop in der Zuteilung der ERP-Mittel, der auf verschiedene formale Schwierigkeiten zurückzuführen ist, die aber mittlerweile schon wieder beseitigt sind. Das ERP-Programm in ganz Österreich beginnt jetzt erst im vollen Umfange anzulaufen. Ein weiteres retardierendes Moment war die Tatsache, daß im Bund, in den Ländern und Gemeinden fast überall Budgetprovisorien beschlossen werden mußten und daher ein erheblicher Teil des Investitionsprogramms der öffentlichen Körperschaften auf die letzten drei Viertel des laufenden Jahres verschoben werden mußte. Aber, wie gesagt, alles das können wir nur als vorübergehende Erscheinung betrachten. Nach Überwindung dieser vorübergehenden Erscheinungen wird zweifellos die von uns festgestellte Konjunkturwelle auch im heurigen Jahr weiter dauern und sich voraussichtlich noch steigern und dies kommt ja indirekt auch in dem vorliegenden Landesbudget zum Ausdruck, in dem wir über die Ansätze des Herrn Bundesministers für Finanzen hinaus weitere voraussichtliche Steuererhöhungen voreskomptieren konnten.

Hohes Haus! Diese erfreuliche Tatsache, daß die Landesverwaltung verhältnismäßig gut, ja sogar sehr gut gegenwärtig dasteht, darf uns aber nicht dazu verleiten, die gegenwärtige Finanzverfassung und Abgabenteilung voreilig zu preisen. Das alte Sprichwort aus der Antike: „Niemand ist vor seinem Tode glücklich zu preisen“ läßt sich variiert auch auf unseren Fall anwenden: auch keine Finanzverfassung und keine Abgabenteilung ist glücklich zu preisen, bevor man sie nicht durch eine gewisse Reihe von Jahren und vor allem in guten und schlechten Zeiten ausprobiert hat. Unser Herr Finanzreferent steht nicht ganz auf dem gleichen Standpunkt wie wir. Er ist mit der gegenwärtigen Finanzverfassung und Abgabenteilung im allgemeinen grundsätzlich zufrieden. Noch im Vorjahr hat er im Hohen Hause hier festgestellt, daß er dem Verlust der eigenen Steuerhoheit des Landes eigentlich keine Träne nachweint und daß er die verbundene Steuerwirtschaft, wie man das nennt, das System der Finanzzuweisungen an Stelle der eigenen Steuerhoheit des Landes, daß er diese verbundene Steuerwirtschaft für praktisch und gerecht hält. Wir teilen diese Meinung nicht! Richtig ist, daß diese verbundene

Steuerwirtschaft gewisse Vorteile beinhaltet, sie ist vor allem bequem. Sie ist für den Finanzreferenten bequem, sie ist auch für die Abgeordneten bequem; solange die Wirtschaft prosperiert und die Steuerquellen reichlich fließen, bekommt man ohne allzu viel Schwierigkeiten die notwendigen Anteile an den allgemeinen Steueraufkommen automatisch und regelmäßig zugewiesen. Es sind auch weniger Schwierigkeiten, in der Landstube braucht man sich weniger den Kopf zu zerbrechen, es ist kein eigenes Steuerprogramm mühsam auszuarbeiten und vor dem Volke zu vertreten. Das sind gewiß bequeme Seiten. Da die landeseigenen Steuern nur mehr 1-98% der Reineinnahmen ausmachen, ist für die Wählerschaft das Land als lästiger Steuerbüttel fast restlos in Wegfall gekommen, das ist zugestandenermaßen eine große Bequemlichkeit. Das Land kann sagen, ich bekomme mein Geld ohne Steuern beschließen zu müssen: probatum est. Ein ganz angenehmes Rezept nach einer Richtung, aber, Hohes Haus, dieses Finanzverfassungssystem beinhaltet nach unserer Meinung auf der anderen Seite eine große Gefahr für die Zukunft und für unvorhergesehene Fälle. Der Verlust der Finanzhoheit ist nach unserer Auffassung in erster Linie auch ein Verlust eines Teiles unserer Autonomie und eine Schwächung des Föderalismus im Staate. Wenn man dazu in Betracht zieht, daß in den Zentralstellen in Wien draußen, man kann sagen ohne Unterschied der Gattung und politischen Färbung, sich alle in dem Bestreben einig sind, diese Selbständigkeit der Länder und die Landesautonomie da und dort weiter abzubauen, kommt man zu dem Schlusse, daß eine kalte Umwälzung eines wichtigen Teiles unserer österreichischen Verfassung im Werden ist, die ich als unheilvoll betrachte, weil sie dem österreichischen Volkscharakter absolut widersprechend ist.

Der Föderalismus, das ist die Zusammenfassung der Länder in einen Bund, der Länder mit ihrer ursprünglich so weitgehenden Selbständigkeit in ihrer Gesetzgebung und Verwaltung, ist ja nicht etwas am grünen Tisch Erfundenes und Erklügeltes, kein Kunstgebilde, das einzelne Professoren ausgeknobelt haben, sondern ist eine Erscheinung, der Natur des Landes und dem Charakter seiner Bewohner adäquat, den Österreichern und besonders dem Steirer gewissermaßen auf den Leib geschrieben. Verzeihen Sie mir, wenn ich kurz bei diesem Gedanken verweile. Die Natur des Landes hat den Österreicher und den Steirer geformt und sie konnte ihn nur zum Individualisten und Föderalisten formen. Die Wechsellerscheinungen der verschiedenen Klimate, die verschiedenen Landschaftsformen, die verschiedenen Formen der Bodenbearbeitung, die etwa ein Wanderer erlebt, der von Paris bis zum Nordkap spaziert, auf einer Strecke von 2500 Kilometern, diese Vielfalt der Wechsellerscheinungen kann ein Steirer an einem einzigen Tag erleben, wenn er sich aus den tief eingeschnittenen Tälern bis in die Firnenregionen seiner Berge begibt oder wenn er vom Weingartenland des Südens bis in die Kare des „Toten Gebirges“ im Norden der Steiermark wandert, die Vielfalt eines ganzen Kontinentes ist hier auf einem Boden von 16.000 Quadratkilometern zusammengedrängt. Das Land kann man charakterisieren als das Land der Vielfalt und Abwechslung

in jeder Beziehung, in seinen landschaftlichen Formen, in seinen klimatischen Formen, in der Form seiner Bodenbearbeitung, in seiner wechselvollen Geschichte. Ein solches Land kann nur einen Föderalisten, einen Individualisten als Bewohner hervorbringen. Wenn der Bewohner der Ebenen des Ostens, Herr Kollege Pölzl, vor sein Haus tritt (Heiterkeit im Hause) und er blickt nach Norden, nach Süden, nach Osten und nach Westen, auf jeder Seite 100 Kilometer weit, dann erblickt er überall dasselbe, eine einzige Ebene und eine einzige Art der Bodenbearbeitung des Landes. Die Landschaft dieses Ostens formt diesen Menschen gewissermaßen zwangsläufig zum Kollektiv-, zum Herdenmenschen und unsere Landschaft zum Föderalisten, zum Individualisten. Darum, Hohes Haus, beklage ich es irgendwie, daß der Föderalismus, diese Staatsform, die uns gewissermaßen auf den Leib geschrieben ist, als die uns angepaßte und natürliche Rolle, daß die irgendwie eine Einbuße erleiden soll. Darum beklage ich es, daß dieser Föderalismus von der finanzpolitischen Seite her ausgehöhlt werden soll. Die bisherigen Ereignisse lassen befürchten, daß diese Tendenz noch zunehmen wird. Dazu kommt noch eine zweite Gefahr, die im jetzigen Finanzverfassungssystem und in der jetzigen Abgabenteilung verborgen liegt, die Gefahr weiterer Zugriffe des Bundes auf den Sack der Länder und Gemeinden. Die Bedürfnisse des Bundes sind im starken Ansteigen begriffen, die Probleme der Verwaltungsreform sind dort viel schwieriger zu behandeln als hier im Lande. Wir werden später hören, daß die Verwaltungsreform im Lande Steiermark erfolgreichere Fortschritte gemacht hat als im Bund, wo ein weiteres leichtes Ansteigen der Beschäftigtenziffer an Bundesangestellten zu verzeichnen ist.

Das Verstaatlichungsphantom wird uns in der Zukunft zweifellos große Opfer auferlegen. Die bisherige Geschichte der staatlichen Unternehmungen und Anstalten, die fast ausnahmslos passiv sind ... (Abg. Wurm: Aktiv!) ... läßt uns dies befürchten. Momentan ist diese Tatsache überlagert durch außerordentlich kräftige ERP-Injektionen für die verstaatlichten Betriebe. Wenn aber diese symptomatische Behandlung des großen amerikanischen Wunderarztes (Heiterkeit) einmal beendet ist, dann werden wir vielleicht unsere Wunder erleben. (Zwischenruf bei SPÖ: „Gilt das für die Landwirtschaft auch?“) Was wird der Bund machen, wenn eine solche Notlage eintritt? Er wird das tun, was er schon immer gemacht hat — was wir beim ersten und zweiten Notopfer, beim fünfzigprozentigen Zuschlag zur Warenumsatzsteuer, beim Zuschlag zur Mineralölsteuer erlebt haben — er wird versuchen, sich durch Zugriffe in die Taschen der Länder und Gemeinden schadlos zu halten. Ich möchte die Bitte aussprechen: Trachten wir bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Finanz-Ausgleich für das kommende oder für die kommenden Jahre — man weiß ja noch nicht, ob der neue Finanzausgleich wieder nur für ein Jahr oder für mehrere Jahre abgeschlossen wird — die bisher bemerkbare Tendenz der Zerstörung des Föderalismus abzubremesen und wieder ein Stück zur eigenen Finanzhoheit des Landes zurückzukehren.

Ein weiterer Schönheitsfehler der gegenwärtigen Abgabenteilung ist die durch verschiedene Umstände, deren einzelne Darlegung hier zu kompliziert wäre, bedingte Schlechterstellung des Landes Steiermark überhaupt, die sich z. B. darin widerspiegelt, daß wir schon im Jahre 1949 die sogenannte Durchschnittskopfquote an Ertragsanteilen nicht erreichen konnten und daher den sogenannten Kopfquotenausgleich des Bundes erhalten, um wenigstens auf die Durchschnittskopfquote zu kommen. Es ist anzunehmen, daß andere Länder diese Durchschnittskopfquote wesentlich überschritten haben. (Landesrat Horvatek: „Gewiß, Oberösterreich zum Beispiel“.)

Ein weiterer Schönheitsfehler ist die in der jetzigen Abgabenteilung noch immer enthaltene, auf finanzgeschichtliche Entwicklung zurückgehende, finanzpolitische Vormachtstellung der Stadt Wien. Ich weiß, daß sich die Sozialistische Partei hier etwas schwer tut. Es sind da die bekannten zwei Seelen in einer Brust, die wir ja schon oft zitiert haben. Es ist das eine der Erbsünden der SPÖ (Gelächter), eine Erbsünde, die aber Gott sei Dank schon wesentlich gemildert ist, und an deren weiterer Abschwächung wir mithelfen wollen, um die Gleichstellung auch mit dem Land Wien einmal zu erreichen. (Abg. Opershall: „Vielleicht könnte man sie eingemeinden!“ „Nach der Gemeinde Risola, Oststeiermark!“) Vielleicht würde das für die Entwicklung des politischen Geistes ganz zuträglich sein. (Stürmische Heiterkeit.)

Hoher Landtag! Alle diese Tatsachen, die ich jetzt aufgezählt habe, schränken die Möglichkeiten des Landes, auf finanziellem Gebiet selbständig zu handeln, wesentlich ein. Immerhin können innerhalb des uns gestellten Rahmens Verschiebungen und Veränderungen vorgenommen werden und darauf beschränkt sich ja im wesentlichen die Tätigkeit der Referate bei den Vorverhandlungen über die Zusammenstellung des Landeshaushaltes und darauf muß sich im wesentlichen die Tätigkeit des Finanz-Ausschusses beschränken.

Die ÖVP hat bei diesen Vorverhandlungen und innerhalb dieser durch die erwähnten Tatsachen gegebenen Möglichkeiten das Schwergewicht auf alle jene Aufgaben des Landes gerichtet, die als wirtschaftsfördernd und arbeitsbeschaffend bezeichnet werden können, ohne dabei natürlich auf die kulturelle und soziale Mission des Landes zu vergessen. Warum wir die wirtschaftsfördernden Aufgaben in den Vordergrund stellen? Das geschieht aus der einfachen und wohl allgemein bekannten Erwägung heraus, daß wir alle darauf bedacht sein müssen, es bis zum Jahre 1952 soweit zu bringen, daß Österreich dann wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen kann. Wenn die Injektionen des Marshall-Planes aufhören, müssen wir exportfähig sein, müssen wir die derzeit noch auf vielen Gebieten notwendigen Importe möglichst weit herabgedrückt haben. Diesem Ziel dient die Erbauung der Kraftwerke, die Elektrifizierung der Bundesbahn, die moderne Ausstattung unserer Industrien, damit wir konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt werden und bleiben. Diesem Ziel dient aber auch die Förderung der Landeskultur, der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs, auf den zwei

Gebieten also, die in die Kompetenz des Landes fallen, und mit denen wir uns im Finanz-Ausschuß vornehmlich befassen mußten, da ja Förderung der Industrie, des Gewerbes und des Handels nach den bestehenden Verfassungsbestimmungen in die Kompetenz des Bundes fallen. Gleichwohl werden auch diese Sparten der Wirtschaft durch das Land indirekt dadurch gefördert, daß wir durch unsere zahlreichen Bauvorhaben auch in diese Sparte der Wirtschaft Geld und Arbeit hineinpumpen.

Was die Landwirtschaftsförderung im engeren Sinn anlangt, hat uns der Herr Finanzreferent schon ein paarmal vorgerechnet, daß wir auf diesem Gebiet an der Spitze der österreichischen Länder marschieren und die Mittel, die auf diesem Gebiet aufgewendet werden, sehr ansehnlich sind. Nun, selbst wenn das zutreffen sollte, dann erblicken wir darin nur ein großzügiges Nachziehverfahren, durch welches die Förderung der steirischen Landwirtschaft endlich auf jenen Stand gebracht werden soll, welcher in anderen Ländern zu beobachten ist, übrigens auch in Ländern außerhalb Österreichs, auch in solchen, die unter einer sozialistischen Staatsführung stehen.

Vergessen wir auch nicht, daß die Erweiterung der heimischen Ernährungsbasis eine der wichtigsten Aufgaben ist. Die Erweiterung der Ernährungsbasis macht uns für die Zukunft von kostspieligen Importen unabhängig und sie sichert schließlich und endlich die Ruhe und Ordnung im Innern des Staates. Was auf diesem Gebiete aufgewendet wird, ist sicher gut angelegt.

Vergessen wir auch nicht, daß der Bauernstand der ewige Lebensborn eines jeden Staates ist, der immer wieder den Staat, das Land mit Menschen, mit neuen Arbeitskräften versorgt. So sind denn die Vierzehneinhalb Millionen, die für diesen Zweck der Wirtschafts- und Landeskulturförderung im Budgetentwurf stehen und die 1,9 Millionen Schilling, die der Finanzausschuß zusätzlich für diesen Zweck beschlossen hat und, wie ich erfreulicherweise feststellen konnte, einstimmig beschlossen hat, gut angewendet. Hervorheben möchte ich auf dieser Sparte, daß darin auch der Beschluß enthalten ist, für die Erbauung von Güterwegen zusätzlich weitere 470.000 Schilling aufzuwenden, ebenso ist die neue Post bemerkenswert: „Verhinderung der Auflassung gefährdeter Bergbauernbetriebe“, eine Aufgabe des Landes, die dazu dienen soll, die drohende Verödung unseres Bergbauernlandes abzubremesen.

Die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs für die Zukunft unseres Landes und für ganz Österreich wurde vom Finanz-Ausschuß wohl einmütig anerkannt. Es ist allgemein bekannt, daß in den Jahren der ersten Republik das gewaltige Passivum der österreichischen Handelsbilanz nur mit Hilfe des Fremdenverkehrs ausgeglichen werden konnte, daß ungefähr 250 bis 300 Millionen Goldschilling alljährlich in das Land flossen und so den Bestand Österreichs überhaupt erst ermöglichten. Wir müssen dieser Aufgabe, die noch dazu verfassungsmäßige Aufgabe des Landes ist, besondere Beachtung zuwenden und der Finanz-Ausschuß hat dies erfreulicherweise getan. Er hat dem Fremdenverkehrsreferenten für in- und ausländische Werbung erhöhte Mittel bewilligt, er hat verschiedene alte und neue Projekte wiederum

dotiert; auch neue Pläne aufgenommen, wie die Förderung des Kurortes und Solbades Bad Aussee, welches für uns als Eintrittspforte nach Steiermark vom Westen her besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr hat.

Für eine Forcierung des Straßenbaues hat sich unsere Fraktion im Finanz-Ausschusse mit besonderer Wärme eingesetzt. Bedenken Sie, Hohes Haus, daß von dem rund 3000 Kilometer umfassenden Landesstraßennetz erst acht Prozent staubfrei gemacht sind, während die Bundesstraßen in Steiermark immerhin schon bis zu siebenzig Prozent staubfrei sind. Im Jahre 1950 werden endlich weitere 150 Kilometer Landesstraßen staubfrei gemacht werden, ein bedeutender Fortschritt gegenüber den bisherigen Leistungen, denn dies ist soviel, als in den Jahren 1946 bis 1949 zusammengekommen getan wurde. Hier sind die Wünsche unseres Straßenreferenten, des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Udier, zwar teilweise notgedrungen dem Rotstift des Finanzreferenten zum Opfer gefallen, aber der Finanz-Ausschuß hat doch zu den 35 Millionen, die schon im Entwurf des Finanzreferenten für Straßenbau drinnen waren, noch zusätzlich im ordentlichen Haushalt 3 Millionen bewilligt. Außerdem hat der Finanz-Ausschuß auf Anregung des Landeshauptmannes in den außerordentlichen Haushalt eine neue Post von 5 Millionen Schilling eingestellt mit der Zweckbestimmung, eine Landesstraße erster Ordnung einmal auf einer längeren Strecke als Betonstraße in einem Zuge auszubauen, also ein zusätzliches neues Straßenbauprogramm damit zu inaugrieren. Der Herr Finanzreferent hat uns Hoffnung gemacht, daß diese Post in den kommenden Jahren vielleicht eine bleibende Erscheinung werden kann, und zwar dadurch, daß, wie wir hörten, vom kommenden Jahre an der Beitrag des Landes an den Bund für die neu übernommenen Bundesstraßen wegfällt. Dadurch werden wir uns jährlich etwa 3 Millionen ersparen und wenn wir das für unsere eigenen Landesstraßenbauprojekte zusätzlich verwenden werden können, wird das den Fortschritt des Ausbaues unserer Landesstraßen erfreulicherweise weiter fördern können.

Unter den im Finanz-Ausschuß neu beschlossenen Aufwendungen befindet sich eine größere Post für den Straßenzug Graz—Kirchbach—Mureck, der mangels einer Eisenbahnverbindung in diesem Gebiete besonders wichtig ist und die endgültige Fertigstellung der Radegunderstraße, die ja gewissermaßen termingemäß fertig werden muß, weil sie zur Eröffnung der Schöckelbahn zurecht kommen muß und wir dem Grazer, der die erste Fahrt auf der Schöckelbahn unternehmen wird, billigerweise nicht zumuten können, daß er sich in einer Staubwolke von Graz bis Radegund bewegt. Bis diese Schöckelbahn fertig sein wird, wird auch die Radegunderstraße fertig asphaltiert und staubfrei sein.

Ich komme nun zu einem besonders wichtigen und ich möchte sagen sehr heiklen Thema. In der Gruppe 6, die ich jetzt behandelt habe und die den Straßenbau umfaßt, finden sich auch zwei Posten: Beiträge an den Landes-Wohnbauförderungsfonds, und zwar 1.200.000 Schilling als laufender Beitrag und 2.892.100 Schilling als einmaliger Beitrag, zusammen 4.092.100 Schilling, welche das Land im

Jahre 1950 dem Landes-Wohnbauförderungsfonds zuzuführen beabsichtigt. Es sind das aber nicht die einzigen Aufwendungen des Landes zur Schaffung neuen Wohnraumes, man könnte dazu noch rechnen die im Voranschlag enthaltene, geplante Errichtung von Personalthäusern, aber auch die Wiederherstellung von landeseigenen Miethäusern. Wenn ich diese Posten auch noch dazurechne, macht der Aufwand des Landes für 1950 zur Schaffung neuen Wohnraumes nicht vier Millionen Schilling sondern über 12 Millionen Schilling aus und das ist immerhin eine ansehnliche Summe, wenn wir bedenken, daß es sich um eine Ausgabe handelt, die keine verfassungsmäßige Ausgabe, sondern eine rein freiwillige Leistung des Landes ist. Nun wird von einer gewissen Seite, von einer uns nicht allzugünstig gesinnten Presse, uns gegenüber diesbezüglich immer wieder ein Vorwurf erhoben, diese Leistungen des Landes werden nicht anerkannt, es wird behauptet, auf diesem Gebiete müsse viel mehr geschehen und dabei wird in willkürlicher Weise ein Vergleich nach dem anderen der Öffentlichkeit serviert. Es ist natürlich nichts leichter, als irgendeinen Posten unseres Voranschlages herauszugreifen und mit dem Aufwand für Wohnbau zu vergleichen. Nichts ist leichter als hunderte von Posten durchzuprobieren und zu schreien: Seht, das Land gibt für Theater soviel aus, für Irrenhäuser soviel, für Auslandsflüchtlinge, für Autos soviel und für Wohnungen nur soviel.

Diesen Vergleich kann ich an hunderten Beispielen fortsetzen und er wird immer zu Gunsten des Wohnbaues ausgehen, weil alle diese Dinge, wenn man ihre Wichtigkeit betrachtet, vor dem Wohnbaumoment zurückstehen müssen. Aber es ist verfehlt, inkommensurable Begriffe, zwei Dinge, die überhaupt nicht miteinander vergleichbar sind, miteinander zu vergleichen. Wenn man einmal die Frage: „Soll das Land ganz neue, ihm nach der Verfassung nicht zustehende Aufgaben auf sich nehmen?“ mit ja beantwortet, dann kommen wir ins Uferlose, denn dann müßten wir nicht nur den Wohnhausbau auf uns nehmen, sondern auch den Bau der Schulhäuser, der uns nicht obliegt und wahrscheinlich noch ein Dutzend anderer Aufgaben. Da aber gleichzeitig die Bedeckung für alle diese neuen Aufgabengebiete unmöglich scheint, würde dies sicher zu einem Bankrott der Landeskasse führen.

Schließlich, Hohes Haus, aber nicht zuletzt, ist folgendes zu diesen Belangen zu bemerken. Kann durch ein Eingreifen der öffentlichen Hand das Wohnproblem überhaupt grundsätzlich gelöst werden? Diese Frage steht hier unwillkürlich mit zur Diskussion und diese Frage muß nach den bisherigen Erfahrungen verneint werden. Die Wohnwirtschaft ist leider Gottes durch gänzliches Zurückstellen aller wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Erwägungen einem Zustand der Verrottung zugeführt worden. Man kann das nicht anders bezeichnen. Das Mietengesetz ist seinerzeit dadurch entstanden, daß im Jahre 1916 durch kaiserliche Verordnung ein Kündigungsstop für die Wohnungen eingerückter Soldaten geschaffen wurde und aus dieser kriegswirtschaftlichen Verordnung ist ein Erstarrungszustand der Wohnwirtschaft entstanden.

Die Wohnbaupolitik ist erstarrt, das Ergebnis ist, daß jegliche private Bautätigkeit völlig aufgehört hat, die öffentliche Hand aber als Bauherr von Wohnungen zwar nicht völlig, aber fast völlig versagt hat. (Abg. Operschall: „Dort, wo Sozialisten regiert haben, nicht!“) Das was in Wien an Wohnungen von Seiten der Gemeinde gebaut wird, ist nichts weiter als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es ist als Geste des guten Willens genau so wie unsere 12 Millionen anzuerkennen, aber zu glauben, daß damit das Wohnungsproblem, welches ganz andere Summen erfordert, endgültig gelöst werden kann, ist naiv. Es ist unmöglich, auf diesem Wege zu einer Lösung zu gelangen. Hohes Haus! Sehen Sie, man hat bei diesem sturen Festhalten an der Doktrin, daß das Wohnen absolut nichts kosten darf, während alles andere fünfmal teurer geworden ist, ein Grundgesetz der Nationalökonomie vergessen, welches sich nicht ungestraft übertreten läßt, daß nämlich die Produktion einer Ware nur dann dauernd gesichert werden kann, wenn man diese Ware, wenn schon nicht mit Gewinn, so doch wenigstens zu den Reproduktionskosten wieder verkaufen kann, also wenn schon nicht mit einem Reingewinn, dann wenigstens zu jenen Kosten, die die Wiederherstellung dieser Ware erfordert. Das ist ein Grundgesetz der Volkswirtschaftslehre, welches sich mit eherner Konsequenz durchsetzt und das sich eben dauernd nicht übertreten läßt. Die Verletzung dieses Gesetzes durch Jahrzehnte hat die heutige Wohnungsnot herbeigeführt, aber darüber hinaus ganz bedenkliche sittliche, soziale und wirtschaftliche Mißstände aller Art gezeitigt. Schauen Sie, Ihre Partei (zur SPÖ gewendet) meine Damen und Herren, beruft sich ja mit Vorliebe darauf, daß sie eine Verteidigerin der staatsbürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte ist. Und überlegen Sie einmal, eine Wirkung dieser Wohnzwangswirtschaft, eine dieser Wirkungen ist, daß ein wichtiges Grund- und Freiheitsrecht der Staatsbürger, um welches unsere Ahnen im Jahre 1848 gekämpft haben, nämlich die Freizügigkeit der Staatsbürger, nur mehr auf dem Papier steht. Es gibt keine Freizügigkeit der Staatsbürger mehr in der Praxis in diesem Staate, weil durch diese Wohnwirtschaft alle Mieter zu schollegebundenen Hintersassen geworden sind. *Glebae adscripti* — schollegebundene Hintersassen, ein Zustand, welchen man schon vor 300 Jahren als überwunden ansehen konnte, und der jetzt unglückseligerweise wieder eingetreten ist. Jeder einzelne Mieter ist lebenslänglich an sein Quartier gefesselt wie der Harzer Roller an seinen Käfig. (Allgemeine Heiterkeit.) Wenn man einen Gelehrten von einer Universität auf die andere berufen will, wenn ein berühmter Professor eine Berufung nach Wien, Innsbruck oder Graz erhält, er kann dieser Berufung keine Folge leisten, weil er hier obdachlos ist. Er hat kein Quartier. Aber auch für die Produktion, für die industrielle Produktion vor allem, für den Arbeiter und den Angestellten hat das unheilvolle Folgen. Die Wege vom Wohnplatz zum Arbeitsplatz werden immer länger. Die Arbeiter müssen bis zu 30 Kilometer und mehr zurücklegen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu kommen, weil sie eben *glebae adscripti* — an die Scholle gebundene

Hintersassen sind. Man ist sogar so weit gegangen, auch die Werkssiedlungen der Industrien in diese Wohnzwangswirtschaft einzubeziehen, dadurch hat auch das Bauen von Werkssiedlungen im großen und ganzen aufgehört, weil jeder Unternehmer sich davor fürchtet, daß er einen Arbeiter, der einmal in einer dieser Werkswohnungen wohnt, auch dann nicht hinausbringt, wenn er schon lange nicht mehr in seinem Betrieb beschäftigt ist. Ich kann solche Beispiele ja auch bei landeseigenen Objekten genug anführen und wenn das so weitergeht, werde ich genötigt sein, ein Museum auszuräumen, um den gegenwärtigen und ehemaligen Angestellten Quartier und Unterkunft zu geben. (Gelächter und Zwischenrufe.)

Ich sehe, daß Sie diese Ausführungen irgendwie beeindruckt. (Schallende Heiterkeit. Zwischenruf: „Hausherrenvertreter“.) Anders kann ich mir das allgemeine Volksgemurmel nicht erklären. Schauen Sie, diese Dinge sind ein höchst ernstes Problem, in Ihren eigenen Reihen beginnt es zu dümmern (Abg. Operschall: „Aber keine Hausherrenrente!“) in Ihren eigenen Reihen treten Vorschläge zu Tage, diesem Problem irgendwie beizukommen. Leider sind ihre Vorschläge Versuche mit untauglichen Mitteln, aber sogar als solche Versuche höchst interessant und symptomatisch, sie laufen auf nichts anderes hinaus als darauf, daß man das, was man als Zins erspart, als Steuer zahlen muß, was auf das gleiche hinauskommt. (LR. Horvatek: „Es werden dafür Häuser gebaut und Wohnungen geschaffen.“) (Zwischenruf bei ÖVP: „Ja, aber Kellerwohnungen!“) (Heftige Gegenrufe bei SPÖ.) Die ganzen Städte und Märkte sind zu 95 Prozent durch private Bautätigkeit geschaffen worden, das wird niemand bestreiten können (Zwischenruf Abg. Plaimauer: „Fragen Sie die Arbeiter oder Angestellten, ob sie 300 bis 400 Schilling für eine Wohnung bezahlen können“.) Zu allen diesen unerfreulichen Erscheinungen kommt dazu die enorme Überlastung der Verwaltungsbehörden und Gerichte mit all dem, was mit der Wohnungszwangswirtschaft im Staate zusammenhängt. Sie erschüttern die Rechtssicherheit im Staate und bedingen die Zerstörung des Sparsinns der Bevölkerung. Darauf muß ich jetzt noch kommen: auf die Zerstörung des Sparsinns der Bevölkerung. Der Franzose, der als einer der sparsamsten unter den Nationen bekannt ist, kennt kein anderes Ideal, als wie einmal zu einem eigenen Haus zu kommen. Auch in Amerika und England ist es ähnlich. Sie sparen, um irgendeinen Ertrag am Lebensabend zu haben. Es ist symbolisch und bezeichnend, daß die Franzosen und die Engländer ihr Vermögen nicht darnach bezeichnen, was die Gesamtsumme des Vermögens ausmacht, der Franzose sagt nicht, daß er 60.000 Francs oder der Engländer, daß er 10.000 Pfund besitzt, sie bezeichnen ihr Vermögen darnach, was dieses Vermögen an Rente abwirft. Der französische Kleinbürger sagt, ich besitze 1500 Francs Rente und in England ist es genau so. Jedem Vernünftigen scheint das Sparen und am Ende des Sparens der Erwerb eines kleinen selbständigen Besitzes als das ganz natürliche, in der Menschennatur begründete Ideal. Dieser Sparsinn ist durch die Wohnungszwangswirtschaft schwer havariert worden. (Gegenrufe bei SPÖ.) Jeder, der heute baut, ob nun ein großes oder ein

kleines Haus, riskiert ja, daß die nächste Reform der Wohnungswirtschaft ihn wiederum ausradiert, expropriert, ihm sein Häuschen wegnimmt (Landesrat Horvatek: „Genau so wie beim Währungsschutzgesetz.“) Darum baut niemand, weil dieses Risiko niemand eingehen will (Abg. Hofmann: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not! Aber dann haben wir gesehen, daß man auf gesetzlichem Wege bestohlen werden kann.“) Hohes Haus! Ich weiß ja, daß sie morgen schreiben werden, die ÖVP hat wieder einmal an dem Mieterschutz gerüttelt, das ist aber nicht richtig, ich möchte dem gleich vorbeugen, weil ich es von Ihrer Presse erwarte. (Zwischenruf: „Ja, der Herr Dr. Illig.“) Am Schutz vor Kündigung soll nicht gerüttelt werden, aber an dem System, daß man umsonst oder fast umsonst wohnen kann, während Zehntausende andere aus diesem Grunde obdachlos sein müssen. An diesem Problem muß einmal gerüttelt werden. (Verschiedene Zwischenrufe, Lärm.)

Präsident: Ich bitte den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen.

Landesrat Dr. Illig (fortfahrend): Die private Bautätigkeit war es, die zu 95 Prozent die Städte, Märkte und Dörfer in diesem Staate aufgebaut hat und diese private Bautätigkeit kann durch die öffentliche Hand niemals ersetzt werden. Wenn Sie diesen Versuch machen wollen, müssen Sie hierfür Milliarden aufwenden und jede andere staatliche Tätigkeit einstellen. Wenn Sie die Gesamtsumme, die im Bundesbudget drinnen ist, von rund 10 Milliarden Schilling, nur für diesen Zweck verwenden, dann werden Sie eine fühlbare Erleichterung herbeiführen, aber dann müssen Sie alle anderen staatlichen Aufgaben abschreiben. (Abg. Wurm: „Stimmt nicht, das ganze Baugewerbe braucht nur viereinhalb Milliarden.“) Da dies unmöglich ist, werden Sie zu der Erkenntnis kommen, daß unsere Bestrebungen dahin gehen müssen, durch entsprechende Reformen wiederum die private Bautätigkeit herbeizuführen, die in vielhundertjähriger Vergangenheit alles das gebaut hat, was wir jetzt bewohnen.

Ich habe im übrigen die Ausführungen eigentlich nicht deshalb gebracht, um hier die ganze komplizierte Problematik der Wohnbaufrage aufzurollen, sondern deshalb, um die auf das Land gerichteten Angriffe zu entkräften, daß das Land verpflichtet sei, die Wohnbaufrage zu lösen. Aus meinen Ausführungen sollte hervorgehen, daß ein solches an das Land gerichtete Ansinnen ein Unsinn ist, daß eine solche Forderung niemals praktische Erfüllung finden kann, selbst dann nicht, wenn wir jegliche andere Tätigkeit im Lande einstellen.

Ein weiteres Thema, welches bei Beratung des Voranschlages im Finanz-Ausschusse zur Debatte stand und wahrscheinlich auch hier im Hohen Hause wieder berührt werden wird, ist die Frage der Verwaltungsreform. Nun, das Land Steiermark kann mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen, daß es hier einen Schritt nach vorwärts getan hat. Der Personalaufwand des Landes macht nur mehr 37 Prozent der Rohausgaben aus gegenüber 41,3 Prozent im Vorjahre. Die Abnahme des Per-

sonals beträgt etwas über 4 Prozent in der eigentlichen Landesverwaltung im engeren Sinne, in der sogenannten Hoheitsverwaltung sogar 11 Prozent. Es ist erfreulich, daß der große Teil des nicht mehr benötigten Personals anderweitig untergebracht werden konnte, vielfach auch auf Positionen in der Wirtschaft. Wir stehen diesbezüglich günstiger da als der Bund, bei welchem heuer noch eine kleine Steigerung des Standes der Bediensteten eingetreten ist. Die ÖVP kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie auf dem Gebiet der Verwaltungsreform vorangegangen ist. Das dem Herrn Landeshauptmann unterstehende Personalreferat hat gute Arbeit geleistet und hat die Leute, die nicht mehr benötigt werden, anderweitig untergebracht, alle Ämter, die nicht mehr benötigt werden, fast gleichzeitig mit dem Aufheben der diesbezüglichen Gesetze gesperrt. Zum Beispiel das Landeswirtschaftsamt und die Bezirkswirtschaftsämter haben fast auf den gleichen Tag, mit welchem die Wirtschaftsgesetze, die sich darauf bezogen haben, nicht mehr gelten, ihre Pforten geschlossen. Die Ernährungs- und Aufbringungsämter sind in Liquidation und werden im Laufe des heurigen Jahres auslaufen. Wir sprechen die Hoffnung und Erwartung aus, daß auch die besonders lebenszähe Abteilung 3a des Herrn Kollegen Matzner dieses Schicksal teilen wird. (Heiterkeit.) Auch dafür hat der Finanz-Ausschuß Verständnis aufgebracht. Ich glaube, daß das Land Steiermark mit einer gewissen Berechtigung darauf hinweisen kann, auf diesem Gebiet innerhalb der Grenze des Möglichen einen Schritt nach vorwärts getan zu haben. Ein Überfluß an etwa nicht benötigten Beamten und Arbeitern kann wohl kaum mehr irgendwie konstatiert werden. Unsere Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft ist auf ihrem Posten und genügt voll und ganz den an sie gestellten Anforderungen. Im Gegensatz zur allgemeinen Verminderung des Personals um durchschnittlich 4 Prozent gegenüber dem Vorjahre ist bei den Fürsorge- und Krankenanstalten des Landes eine Erhöhung um 160 Personen eingetreten, zweifellos bedingt durch die teils räumliche Ausdehnung dieser Anstalten und auch durch den wesentlich höheren Belag dieser Fürsorge- und Krankenanstalten. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Anstalten des Fürsorgewesens und der Krankenpflege in Steiermark muster-gültig eingerichtet sind und daß sich das Land auf diesem Gebiet sicherlich sehen lassen kann und daß der Ruf dieser Anstalten ein ausgezeichneter ist. Dies rechtfertigt auch den erhöhten Aufwand, der heuer wieder für diese Zwecke gemacht werden muß, wobei insbesondere der Neubau und Ausbau des röntgenologischen Institutes des Landeskrankenhauses sowie der Wiederaufbau des Kinderheimes auf der Stolzalpe hervorgehoben zu werden verdient.

Es ist erfreulich, daß trotz der vielfältigen zwingenden Aufgaben des Landes im Landesvoranschlag für das heurige Jahr auch der Kulturmission des Landes nicht vergessen wurde. Durch Mitwirkung des Landes Steiermark ist es gelungen, die Theaterkrise der städtischen Bühnen einer tragbaren Lösung zuzuführen. Die zweitgrößte Stadt des Staates Österreich kann zweifellos auch einer solchen Kultur- und Kunststätte nicht entbehren

und es wäre ein schwerer Schlag für die Kultur und für den Fremdenverkehr gewesen, wenn diese Musentempel ihre Pforten hätten schließen müssen. Ich glaube, man muß dem Land danken, daß es diese Krise gelöst hat, daß es den Bestand der städtischen Bühnen und auch des Landestheaters weiterhin gesichert hat.

Auch unsere Landesmuseen sind erfreulicherweise gut und ausreichend bedacht worden und bilden eine Zierde des Landes. Hierüber hört man manchmal eine mißgünstige Kritik. Auch hier kann man natürlich leicht wieder zwei verschiedene Maßstäbe anlegen, einen demagogischen Vergleich machen und zum Beispiel beantragen: „Sperren wir das Museum zu und bauen wir dafür ein Wohnhaus.“ Das ist natürlich äußerst billig. Aber ich glaube, niemand könnte sich dazu entschließen, das Erbe des Erzherzogs Johann, das Erbe unserer Vorfahren, die Zeugnisse einer ruhmvollen Vergangenheit unseres Vaterlandes der Verwahrlosung anheimfallen zu lassen. Erfreulicherweise besteht hier im Hohen Landtag und bestand im Finanz-Ausschuß einmütig die Meinung, daß diese Kulturstätten aus historischen Gründen, aus Gründen der Tradition, aus Gründen des Fremdenverkehrs und aus dem Grunde, daß wir eben nach wie vor eine Kulturbastion in Europa bilden werden und sollen, weiter gepflegt werden müssen.

Ein Sorgenkind des Landes sind die steirischen Landesbahnen. Aber immerhin kann man die erfreuliche Feststellung machen, daß heuer zum ersten Mal das Defizit der Landesbahnen eine weitere Steigerung nicht mehr erfährt, sondern daß hier ein Stop eingetreten ist. Auch gibt es einige Lichtblicke am Horizont, die eine günstige Beurteilung des Haushaltes der Landesbahnen für die Zukunft hoffen lassen. Auf der einen Seite ist es im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsbund gelungen, die Voraussetzung zu schaffen, den unerträglichen Personalüberhang, der dort herrscht, langsam abzubauen und zweitens ist zu erwarten und zu hoffen, daß das große Problem Schiene—Straße wenigstens auf dem Gebiet der Landesbahnen durch entsprechende Verhandlungen mit der Postverwaltung und mit der Verwaltung der Kraftwagenlinien der österreichischen Bundesbahnen einer für die Landesbahnen erträglichen Lösung zugeführt wird. Der Herr Staatssekretär Übeleis hat uns bereits seine grundsätzliche Zustimmung zu Verhandlungen zur Lösung dieses Problems bekannt gegeben. Ich hoffe, daß es dadurch gelingen wird, zahlreiche bahnparallele Linien, also Autobuslinien, die parallel zu den steirischen Landesbahnen verkehren, in den Besitz der Landesbahn zu bringen und dadurch den Etat der Landesbahn grundsätzlich zu verbessern. Eine dritte, allerdings nicht ganz sichere Hoffnung, erblicke ich darin, daß vielleicht aus den Mitteln des Marshall-Planes auch für jene Linien der steirischen Landesbahnen etwas abfallen wird, die für den Fremdenverkehr von Bedeutung sind, wie etwa die Murtalbahn, die Bahn Kapfenberg—Au-Seewiesen und die Bahn Feldbach—Gleichenberg. Also auch hier dürfen wir zumindest von der Zukunft eine günstige Entwicklung erwarten.

Ein Wort noch, Hohes Haus, zur Bedeckung des Landesvoranschlages. Nachdem nur 1,9 Prozent der

Steuern landeseigene Abgaben sind, haben wir uns im wesentlichen nicht besonders den Kopf zerbrechen müssen, weil wir ja durch die Anteile an den Bundesertragsanteilen weitgehend gedeckt sind. Immerhin hat die ÖVP auf diesem Gebiete eine Reihe von Bedeckungsanträgen gestellt. Der Herr Finanzreferent hat uns zugestimmt, daß man bei den Ertragsanteilen um 6,2 Millionen Schilling mehr kalkulieren kann.

So gelang es uns auch, einen wesentlichen Teil der Anträge beider Parteien zu bedecken. Hinterher haben die Herren Kollegen von der SPÖ gesagt, bilde Dir nicht ein liebe ÖVP, daß das etwa Deine Entdeckung ist, so gescheit wären wir auch gewesen und wenn Du nicht geredet hättest, hätten wir es beantragt. Nun, Schwamm darüber! (Allgemeine Heiterkeit.) Aber es fällt einem unwillkürlich die alte Sache vom Ei des Kolumbus dabei ein. (Zwischenruf: „Er will auf jeden Fall eine lederne Medaille.“)

Zusammenfassend möchte ich sagen, Hohes Haus: Ich betrachte den Voranschlag des Landes Steiermark von 1950 als einen Voranschlag des Wiederaufbaues. Die Summen, die der Wirtschaft, dem Bauwesen, die der Wiedererrichtung alles dessen, was Krieg und die erste Nachkriegszeit zerstört hat, zugeführt werden, sind beträchtlich; zusammen mit den Bundesmitteln werden 360 Millionen der steirischen Wirtschaft im Jahre 1950 direkt zugeführt werden. Die Wirtschaft ist im weiteren Aufbau begriffen und damit das ganze Vaterland, im weiteren Aufbau begriffen trotz aller düsteren Prognosen Ihrer Partei, Herr Abgeordneter Pölzl, die uns täglich den sicheren Untergang in Ihrer Presse prophezeit. (Gelächter.) Wenn wir den Weg betrachten, den wir seit 1945/1946 gegangen sind, dann können wir befriedigt sagen: Es ist ein Weg nach aufwärts, ein Weg des wirtschaftlichen Aufstieges, das beweisen auch deutlich die Produktionsziffern, insbesondere auch der steirischen Wirtschaft. Im Jahre 1948 haben wir die Produktionsziffern des letzten Friedensjahres 1937 mit der Indexziffer 102 erstmalig überschritten. Im Jahre 1949 hat die steirische industrielle Produktion bereits die Indexziffer 130 erreicht, die Beschäftigtenzahl die Indexziffer 163, die Produktivität allerdings erst die Indexziffer 80. Diese drei Ziffern sagen uns, daß auf einem Gebiete noch etwas nachzuholen ist. Wir müssen mehr arbeiten, um im Jahre 1952 gegen alle Gefahren gewappnet zu sein. Bis dahin muß die Produktivität diese letzten 20 Prozent aufholen und muß die Indexziffer 100 erreichen. Und ich zweifle nicht, daß es bei dem Fleiß und dem Arbeitssinn des österreichischen Volkes gelingen wird, auch dieses Ziel zu erreichen. In manchen Sparten der Wirtschaft ist der Aufschwung geradezu sensationell. Er erreicht in manchen Sparten 200, 300, ja, bei der Erzeugung von Motorrädern seit 1946 sogar beinahe 800 Prozent. Hervorheben möchte ich, was ganz besonders ehrenvoll für die steirische Industrie ist, daß bis auf wenige Ausnahmen die Neuausstattung der steirischen Industrie mit eigenen Mitteln gelungen ist. Durch Export, selbsterzeugte Ware, sind die vielen Maschinen und Einrichtungen importiert worden und eigentlich nur auf zwei großen Gebieten hat es der größeren Zuführung von Mitteln aus dem Marshall-Plan bedurft, bei der

eisenerzeugenden Industrie und letzthin auch bei der Papierindustrie. Auf allen anderen Gebieten ist die steirische Wirtschaft auf sich selbst gestellt gewesen, sie hat sich selbst geholfen und herausgeholfen und die jetzige Höhe erreicht.

So glaube ich, daß wir mit größter Hoffnung in die Zukunft blicken können und in diesem Sinne betrachten und beurteilen wir den Voranschlag für Steiermark für 1950. Wir glauben an die Zukunft unseres Vaterlandes, wir werden uns durch alle düsteren Prophezeiungen subversiver Elemente nicht abhalten lassen und von dieser Hoffnung niemals abweichen und alle zusammen an diesem gemeinsamen Ziel arbeiten, unserem Vaterland wieder emporzuhelfen. In diesem Sinne begrüßen wir den Voranschlag als einen Voranschlag des Aufbaues, des Wiederaufstieges und werden ihm mit Freuden unsere Zustimmung erteilen. (Allgemein starker Beifall bei ÖVP., SPÖ. und VdU.)

Abg. **Scheer**: Hohes Haus! Wenn ich heute im Namen der VdU-Fraktion zu dem vorliegenden Landesvoranschlag Stellung nehme, dann muß ich den Umstand vorausschicken, der mir heute eigentlich von LR. Illig bestätigt worden ist, daß wir ein Budgetprovisorium hinter uns haben, welches, wie LR. Illig heute vorgebracht hat, sich wirtschaftshemmend auswirkt und dieses auch der Grund war, daß wir in der Landtagssitzung vom 15. Dezember 1949 dieses Provisorium als eine wirtschaftshemmende Erscheinung abgelehnt haben. Abgelehnt auch aus dem Grunde, weil wir der Meinung waren, daß die vergangenen Wahlen kein Grund sind, um wirtschaftliche Belange unseres Staates soweit in Rückstand bringen zu lassen, daß man auf die Ordnung des Staatshaushaltes vergessen könnte und daß wir deshalb natürlich auch mit dem Landesvoranschlag, wo wir zu 98% vom Bundesvoranschlag abhängig sind, nachhinken müssen. Unser damaliger Vorwurf und die Ablehnung des Budgetprovisoriums trifft durchaus nicht, und sollte auch nicht den Steiermärkischen Landtag, die Landesregierung oder den Herrn Finanzreferenten treffen, sondern eben wirklich nur diese Tatsache aufzeigen, daß wir mit all den Dingen der Wirtschaft um 4 Monate in den Rückstand gekommen sind, daß alle Beschlüsse bezüglich Einsparung u. dgl., die wir im Landtag fassen werden, eine Verzögerung von 4 Monaten ergeben.

Wir wollen in durchaus sachlicher Art nunmehr zu diesem Voranschlag Stellung nehmen, bei dem sich zweifellos der Herr Finanzreferent mit Hofrat Pestemer und dem gesamten Finanzausschuß in x-fachen Sitzungen auseinandergesetzt hat. Es ist natürlich klar, daß wir im Lande vor einer Situation stehen, die ganz anders als im Bundesvoranschlag ist. Wir haben 98% unserer Einnahmen vom Bund und müssen also nichts anderes tun, als diese Beträge, die wir vom Bund erhalten, auf die erforderliche Weise verteilen. Wir sind also vom Bundesbudget abhängig. Mit einem Regierungsmitglied sitzen wir auch in der Steiermärkischen Landesregierung und sind schon aus dem Grund grundsätzlich der Meinung, daß wir die Verantwortung, die sich in der Erstellung des Landeshaushaltes ergibt, vollinhaltlich mitzutragen haben werden. Wenn wir uns auch in politischer Hinsicht am Anfang vorgekommen sind

wie ein neuer Fahrgast, der in ein Coupé eintritt und dem man natürlich in dem besetzten Wagen ungerne Platz macht, noch dazu wenn daraus einige aussteigen mußten, wie der Kollege unseres „Freundes“ da drüben, der nur mehr zu 50% anwesend ist. Es ist also ganz klar, daß wir anfangs in feindseliger Weise betrachtet worden sind, wie eben jener Eindringling, der in das Coupé eintritt, den man zuerst mit Mißbilligung und sehr wenig erfreut ansieht und sich schließlich aber doch irgendwie damit abfindet. Ich erkläre das hier, weil gerade die Arbeiten im Finanzausschuß uns das Zusammenfinden in dem neuen Coupé eigentlich sehr erleichtert haben und sich die Zusammenarbeit positiv gestaltet hat. Alle Abgeordneten, die im Finanzausschuß mitgearbeitet haben, werden von dieser Stimmung überzeugt sein.

Unser Herr Finanzreferent hat im Finanzausschuß einen Ausspruch getan, der für seine Stellung im Finanzausschuß bezeichnend ist. Er sagte, er habe den Eindruck — im Finanzausschuß — als ob er überhaupt von lauter „Feinden“ umgeben sei, und zwar deshalb — das sage ich um keinen falschen Eindruck zu erwecken — weil von allen Seiten Änderungs- und Erhöhungsanträge auf den Herrn Finanzreferenten eingestürmt sind und er sein kunstvolles Gebäude an allen Ecken und Enden angezupft fühlte.

Wir können jedoch sagen, daß der Herr Finanzreferent alles getan hat, um uns einen Voranschlag vorzulegen, der den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, gerecht wird.

Wir müssen uns allerdings der Meinung des Herrn Landesrates Dr. Illig in der Hinsicht anschließen, daß wir in einem Verlust der Finanzhoheit keinen Vorteil sehen und daß wir sehr wohl der Meinung sind, daß ein gewisser Föderalismus den Möglichkeiten des Landes entsprechenden Einfluß finden müßte. Es hat uns aber der Herr Landesrat Dr. Illig leider nicht verraten, wie er sich den Föderalismus in dieser Hinsicht im einzelnen vorstellt bzw. wie diese Wiedereinführung des Föderalismus praktisch durchgeführt werden soll. Ich kann nicht annehmen, daß die Gegensätze — wie der Herr Landesrat vorgebracht hat — mit seinen Kollegen in Wien so groß sind, daß man sich nicht auch darüber aussprechen könnte.

Herr Landesrat Illig hat auch das Problem der Verwaltungsreform berührt, welches auch im Finanzausschuß Gegenstand einer sehr langen Debatte war. Es ist dies absolut kein neues Problem mehr, denn soweit man eigentlich in der parlamentarischen Geschichte zurückblicken kann, war diese Verwaltungsreform immer wieder Gegenstand erregter Debatten, immer wieder Gegenstand von Vorschlägen, von Anträgen usw. Des Pudels Kern ist so richtig nie gefunden worden. In dem vergangenen autoritären System wurde der Verwaltungsapparat immer größer aufgebaut, so daß dieser heute als durchaus überzüchtet bezeichnet werden kann. Der Krieg hat auch in dieser Hinsicht eine erhöhte Verwaltung mit sich gebracht. Die zweite Republik hat einen großen Teil dieses Verwaltungsapparates übernommen und ist nur sehr zögernd zu bewegen, diesen Apparat wieder entsprechend einzuschränken. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Normalisierung der Ver-

hältnisse zu erreichen ist. Allerdings sind wir grundsätzlich gegen jede Verwaltungsreform, welche soziale Härten in sich tragen sollte. Es muß erreicht werden, daß unser Beamtenstand — ich möchte aber feststellen, daß wir durchaus nicht beamtenfeindlich gesinnt sind — auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird. Anfangen müssen wir aber damit, die Agenden abzubauen, denn nur durch den Abbau der überzückten Agenden ist es möglich, die entsprechenden Beamten einzusparen. Und diese Beamten müssen dann einer anderen Beschäftigung zugeführt werden.

Wir dürfen mit dieser Verwaltungsreform — wenn wir sie so nennen dürfen — nicht solange warten, bis wir durch die Umstände der Zeit gezwungen werden, abbauen zu müssen, ohne Rücksicht darauf, ob wir den Beamten einen neuen Posten schaffen können. Wir erinnern uns an den berühmten österreichischen Beamten, der schon beinahe in die Geschichte eingegangen ist. Es muß wieder erreicht werden, daß dieser berühmte österreichische Beamte die entsprechende Geltung und das entsprechende Ansehen in unserem Lande selbst und auch anderswo wiederfindet.

Einen weiteren Beweis hiefür, daß der Beamtenapparat zu groß sein muß, finden wir auch darin, daß der Gehalt des Beamten ein derart niedriger ist, wie er in der Zeit der österreichischen Geschichte bisher noch nie gewesen ist.

Es ist notwendig, daß man erzieherisch dahin wirkt, um bei der Jugend den Drang zum Schreibtisch abzuschwächen und den Wert der manuellen Arbeit in das notwendige Licht rückt, weil die soziale Gleichstellung der manuellen Arbeit ja schon längst erfolgt ist.

Von den einzelnen Posten des Landesvoranschlages möchte ich die soziale Fürsorge besonders beleuchten. Auf diesem Sektor ist ja durchaus keine Einsparung möglich, im Gegenteil: Die wirtschaftliche Not unserer Nachkriegszeit erfordert eigentlich noch größere Beträge, als wir in unserem Landesvoranschlag einzusetzen überhaupt in der Lage waren. Der Fürsorgeaufwand an sich zeigt wie ein Fieberthermometer die Not der Zeit an und die Not der Zeit ist groß, Hoher Landtag! Und wer etwas in unserem Volk herumkommt — in den Siedlungen und Höfen —, der sieht wie groß die Not unseres Landes im einzelnen ist. Darum geht der Appell an alle Parteien, alles zu tun, um der wirtschaftlichen Probleme Herr zu werden, weil unser Lebensstandard ein äußerst niedriger ist. Die Not ist unteilbar und warten wir nicht, bis die Not an die Tür von uns klopft und letzten Endes nichts anderes bringt als wirtschaftlichen Tiefstand, der uns einer Ideologie in die Arme treibt, die kein Pardon mehr kennt.

Über den Wohnhausbau ist hier in diesem Hohen Hause von Herrn Landesrat Illig weit und breit gesprochen worden. Wir werden diesbezüglich uns in der Spezialdebatte entsprechend äußern und gehen daher ab, dieses Problem in der Generaldebatte allzulange auszuführen. Wir wissen, welch ungeheures Programm der Wohnhausbau erfordert und daß der Wohnhausbau von dem Mietenproblem an sich nicht zu trennen ist. Wir wissen, daß der

Wohnhausbau nicht Sache des Landes ist. Es ist allerdings die Not der Zeit, die es erfordert, daß alle Kräfte, welche es immer seien, diesem Umstand Rechnung tragen, wenn sie auch nicht auf Grund der Verfassung dazu berufen erscheinen. Die öffentliche Hand muß in einem Augenblicke eingreifen, in dem ein weiteres Wirken auf privater Seite nicht möglich ist.

Wenn aber von wirtschaftlichen Dingen die Rede ist, so ist die Wirtschaft das Alpha und Omega jeder Parteipolitik. Wir kommen hier auf ein Gebiet, welches wir hier im Lande nicht so entscheiden können, als von den Regierungsstellen in Wien. Hier haben wir es mit einer Zweiparteienregierung zu tun: die Planwirtschaft, die freies Spiel der Kräfte, — die Verstaatlichung und die Privatwirtschaft. Nicht parallel auf einer Ebene, sondern vom politischen Machtkampf verzerrt, wobei der wirtschaftliche Sektor in verschiedener Hinsicht außer acht gelassen wird. Hier den Ausgleich zu schaffen und die gebildeten Kontraste zwischen den großen Parteien auszugleichen und dahingehend zu wirken, daß ein großes Wirtschaftskonzept erstellt werde, das ist die Sache des VdU, so daß es möglich ist, zwischen der verstaatlichten Industrie und der Privatwirtschaft ausgleichen zu können. Die endliche Erreichung dieses Wirtschaftshöhepunktes zu einem gesunden Staatsganzen, das Ziel, das von der sozialistischen Partei als Tatsache schon angeführt wurde, das wir aber in Österreich seit 1945 nie erreicht haben, das ist: Die Vollbeschäftigung. Diese Vollbeschäftigung zu erreichen, müßte das Ziel, das gesamte wirtschaftliche Ziel des Landes sein. Mit der Vollbeschäftigung werden wir eine entsprechende Produktion zuwegebringen, um in jeder Hinsicht gegenüber dem Auslande konkurrenzfähig zu werden.

Zu dem besonderen Kapitel Fremdenverkehr möchte ich nicht verabsäumen, im Namen meiner Fraktion auch die Bedeutung des Fremdenverkehrs besonders herauszustreichen. Es wird hier im Lande endlich darangegangen, dem Fremdenverkehr das entsprechende Augenmerk zuzuwenden, welches notwendig ist. Der Fremdenverkehr in Steiermark hinkt gegenüber anderen Bundesländern, wie Tirol oder Salzburg ohnehin um 10 bis 20 Jahre nach. Es ist ein klarer Fall, daß der Fremdenverkehr an und für sich eine Art stillen Export darstellt, indem wird die Ausfuhr unserer Ware im eigenen Lande besorgen und die Käufer nur hierherzubringen brauchen. Andererseits ist dieser Fremdenverkehr auch in erster Linie ein Devisenbringer und ist gleichzeitig die goldene Brücke zur Verständigung mit anderen Völkern. Wenn wird diese goldene Brücke zu den anderen Völkern ausbauen, dann wird einmal die Möglichkeit und der Grundstock dafür geschaffen, was wir als unser Ziel ansehen, das sind die Vereinigten Staaten von Europa. Wir müssen uns ganz daraufhin schulen, daß wir im Fremdenverkehr einen ganz besonderen Einnahmefaktor erblicken, daß jeder Einzelne auf der Straße weiß, daß der Fremdenverkehr einen so wesentlichen Faktor für den ganzen Staatshaushalt darstellt, wie es tatsächlich der Fall ist. Unsere eigene Presse ist leider noch immer nicht soweit, zu er-

kennen, daß sie in jedem Fall und in jeder Hinsicht fremdenverkehrswerbend aufzutreten hat. Wenn nun anlässlich der Ausseer österreichischen Skimeisterschaften irgendwelche Zeitungen, gleichgültig welcher Schattierung, Nachteiliges in fremdenverkehrsmäßiger Hinsicht schreiben, das den Eindruck aufkommen läßt, als würden in unserem Fremdenverkehrsgebieten nur die primitivsten Voraussetzungen vorhanden sein, müssen wir erwidern, daß es eine Art von großer Kurzsichtigkeit ist, die es möglich macht, daß eine politische Zeitung derartige Urteile über den Fremdenverkehr abzugeben imstande ist. Die Fremdenverkehrswerbung ist in jedem Falle schon damit gegeben, wenn wir die Voraussetzungen in sportlicher Hinsicht schaffen. Die Errichtung der großen Sprungschanze auf dem Kulm ist eine durchaus fremdenverkehrsfördernde Angelegenheit, der wir gerne unsere Zustimmung geben werden.

Aber ich will nun, Hoher Landtag, auf ein Gebiet kommen, welches, wenn der Herr Landesrat Illig vielfach auch nur leicht mit dem Finger hintupft, doch wichtig ist: es ist dies das Kapitel der Landesbahnen. Im Finanzausschuß wurde das Kapitel der Landesbahnen vorgebracht und es wurde von einer Fraktion gegenüber dem früheren verantwortlichen Referenten der Landesbahnen, Herrn Dipl.-Ing. Landeshauptmannstellvertreter Udier, allerhärteste Anklagen vorgebracht. Ich möchte hier, um das Ansehen der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung zu wahren, vorbringen, daß es mir und dem Klub des VdU notwendig erscheint, daß diese Dinge einer entsprechenden Klärung zugeführt werden und daß wir der Meinung sind, daß wahrscheinlich Landeshauptmannstellvertreter Udier sich die Erklärung für das Hohe Haus vorbehalten hat, weil wir bisher auf unsere Anfrage keine entsprechende Antwort erhalten haben. Ich möchte mich hier über diese Dinge im einzelnen nicht ergehen und erwarte, daß Landeshauptmannstellvertreter Udier sich zu dieser Frage entsprechend äußert.

Die Landwirtschaft erfährt durch den Landeshaushalt eine entsprechende Würdigung und auch wir sind der Meinung, daß wir die Landwirtschaftsförderung zur Sicherung unserer Ernährungsbasis notwendig haben und daß alles getan werden muß, um die Landwirtschaft auf die Beine zu bringen, vor allem schon deshalb, weil wir daran denken müssen, daß die Beendigung der Marschallhilfe 1952 uns in weitester Hinsicht von dem Auslande unabhängig machen muß. Auch soweit es unserem landwirtschaftlichen Sektor betrifft.

Wir haben erfreulicherweise festgestellt, daß das Ernährungsamt schön langsam aber sicher seinem Ende entgegengeht, sind aber lediglich der Meinung, daß dieses Ernährungsamt vielleicht schon um ein halbes Jahr zu spät das Zeitliche segnet und daß man auch auf diesem Gebiet vielleicht schon früher hätte entsprechende Einsparungen machen können.

Daß die Kulturförderung und Kulturerhaltung eine besondere Wertschätzung im Lande erfährt, ist nur zu begrüßen, daß die Erhaltung vergangener Kulturgüter durchgeführt wird, ebenfalls. Was wir aber

nicht vergessen dürfen, ist die Förderung der lebenden Künstler. Über das Künstlerhaus wollen wir uns nicht äußern, da der Beschluß über das Künstlerhaus in der vergangenen Legislaturperiode gefaßt wurde und wir heute nur noch ausführende Organe für diesen schon einmal gefaßten Beschluß sind.

Zur Jugendförderung, die uns am meisten am Herzen liegt, möchten wir nur betonen, daß wir mit dieser Jugendförderung eines erreichen müssen, daß nämlich unsere Jugend von der Straße und ihren schädigenden Einwirkungen weggelassen, wenn wir die entsprechenden Lehrplätze und Arbeitsplätze schaffen, also Arbeit schlechthin für den Jugendlichen. Wenn uns das gelingt, dann gelingt uns viel, was der Jugend notwendig ist, um sie vor der Verproletarisierung im schlechten Sinn des Wortes zu retten, damit diese Jugend nicht dem Kommunismus und seinen Doktrinen zum Opfer fällt. Lezten Endes sind diese Dinge nichts anderes als Ausflüsse der Wirtschaft. Wenn es uns gelingt, die Wirtschaft auf die Beine zu bringen, dann wird es uns auch gelingen, alle diese Fragen zu lösen, daß sie keine Probleme mehr darstellen.

Wenn ich zum Schluß auf die Demokratie komme, in der wir die höchste Form der möglichen persönlichen Freiheit erblicken und wenn wir in dieser Demokratie den besten Nährboden für verantwortungsbewußte Politik sehen und wenn wir erkennen, daß in der Demokratie die Betätigung eines ehrlichen Willens liegt, so darf diese Demokratie kein Schlagwort sein, sondern muß wirklich Allgemeinut des gesamten Volkes werden. Dann wird die Demokratie von allen autoritären Systemen gerettet sein, die über uns kommen mögen! Wir alle glauben, daß in der Pflichterfüllung gegenüber dieser Demokratie allein wir den Weg aus der Misere finden müssen.

Und wenn ich schließe mit dem Dichterwort — „Sicher ist der schmale Weg der Pflicht“ — und wenn wir ihn noch so schwer und hart gehen müssen, so ist dies wohl das Wort, das wir der Jugend und das wir uns allen geben müssen. Jeder muß dort seine Pflicht, wo er hingestellt wird, seine Pflicht gegenüber seinem Volk und seinem Land erfüllen. Diesen Weg wollen wir gehen. Mit diesen Grundsätzen wollen wir auch dem vorgelegten Vorschlag für das Jahr 1950 unsere Zustimmung nicht versagen. (Bravorufe und Händeklatschen bei VdU.)

Abg. **Stockbauer**: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Der Landtag beschäftigt sich heuer wieder — wenn auch etwas verspätet — mit der Frage des Haushaltes unseres Landes. Es liegen der Entwurf des Herrn Finanzreferenten mit den Abänderungsanträgen des Finanzausschusses vor. Diese Abänderungsanträge beinhalten eine ziffernmäßige Vermehrung von rund 2,7 Prozent des gesamten Budgets und sind jedenfalls als Beweis dafür zu werten, daß von Haus aus der Entwurf des Herrn Finanzreferenten mit einer außerordentlichen Sorgfalt vorbereitet worden ist und daß die Änderungen, die vorgenommen wurden, sich aus der verschiedenartigen Beurteilung ergeben haben, die vielleicht zum Teil durch die zwischen der Erstellung des Planes und der Beratung sich ergebenden allge-

meinen Veränderungen bedingt war. Wir können feststellen, daß die Beratungen des Finanzausschusses sehr eingehend waren und daß die Vorschläge, die heute als Abänderungsanträge dem Landtag vorgelegt werden, als Ergebnis demokratischer Zusammenarbeit zu werten sind. Und jedes Ergebnis demokratischer Zusammenarbeit wird ein Kompromiß sein, ein Kompromiß, mit dem der eine oder andere nicht ganz zufrieden ist. Aber das Gesamtwerk, das Ihnen heute zur Annahme empfohlen wird, ist ein solches, daß wir ruhig sagen können, der Finanzausschuß war sich seiner demokratischen Aufgabe im vollen Umfange bewußt. Jene Mitglieder des Hohen Hauses, die seit 1945 diesem angehören, werden mir beipflichten, daß das Gesamtbild des Haushaltes samt den Abänderungen ein ganz anderes ist als in den vergangenen Jahren. In den vergangenen Jahren standen nämlich alle Beratungen im Schatten der Not und des Mangels. Der Mangel an Nahrungsmitteln, an Kleidern, an Schuhen, an Kohle usw. ließ die Gegensätze viel schärfer hervortreten, hat die Gemüter weit stärker erhitzt, als dies bei der Beurteilung der Fragen der Fall war, die jetzt zur Entscheidung vor uns liegen. Es ist dies für mich und die anderen Mitglieder ein eindeutiger Beweis, daß da tiefgehende Veränderungen in unserer gesamten Wirtschaft — sei es die der gewerblichen, der Industrie, aber auch der agrarischen Wirtschaft — vor sich gegangen sind und diese so dem Normalzustand näher gekommen sind. In der Reihe der Dringlichkeit, wie die Aufgaben zur Lösung kommen sollten, trat hier eine wesentliche Veränderung ein. Wenn wir uns im Vorjahr in erster Linie mit den Fragen der Aufbringung befassen mußten, so stellt heuer eine andere Frage den Kardinalpunkt im ganzen Budget dar, nämlich die, in welcher Weise das Land in die Lage kommt, einen weitgehenden Beitrag für die Vollbeschäftigung zu leisten, damit die soziale Existenz aller Arbeitenden in dem Lande gesichert wird. Die Mittel des Landes sind beschränkt, die Möglichkeiten der Entfaltung in dieser Richtung hin eingeengt, aber wie ein Redner bereits hervorgehoben hat, können wir von uns wirklich sagen, daß wir wahrscheinlich ein Maximum dessen herausgeholt haben was herauszuholen war, um unseren Beitrag zur produktiven Arbeitsbeschaffung zu leisten.

Das freut uns Sozialisten besonders, da die Frage der Vollbeschäftigung und eines entsprechenden Reallohnes einer der wichtigsten Programmpunkte unserer Auffassung darstellt. Wir haben auch aus einem anderen Grunde eine Freude, weil wir auf der Seite unserer Gegner sehen können, daß unsere zähe pädagogische Arbeit auf fruchtbaren Boden fällt. (Gelächter bei ÖVP.) Während vor nicht allzulanger Zeit solche Forderungen, die von Ihnen jetzt schon gerne angenommen werden, auf heftigen Widerstand stießen, sehen Sie sich jetzt in den Zeitungen veranlaßt, die Dinge etwas anders darzustellen als sie in Wirklichkeit sind. Sie haben den Ehrgeiz, als Initiator in der Öffentlichkeit dazustehen. Das liegt darin, daß es uns gelungen ist, eine Mehrheit für unsere Absichten zu gewinnen und unsere programmatische Auffassung auf diese Weise in die Wirklichkeit umsetzen zu können. Wir sind

überzeugt, daß gerade unsere Auffassung beiträgt, zusätzliche Arbeit in dem Lande zu schaffen; geschieht dies nun in Form von Beiträgen für Siedlungsbauten oder zu anderen Zwecken, mag vorläufig einerlei sein. Wir werten diese Beträge nach einer anderen Richtung. Wir sind davon überzeugt, je mehr Arbeit wir schaffen, je mehr wir die Sorgen den Einzelnen abnehmen, ob er morgen noch Verdienst und damit Brot hat, je mehr es uns gelingt, durch produktive Arbeitsbeschaffung den Kreis jener, die verdienen können, auszuweiten, desto mehr tragen wir einen gewichtigen Teil dazu bei, daß der Friede bei den Einzelnen und im Volk gesichert ist. So tragen wir aber auch einen Teil zur Erfüllung und Stillung der Friedenssehnsucht bei, von der alle anständigen Menschen in der Welt erfüllt sind. Wir glauben, daß die Arbeitsbeschaffungsbeschlüsse, die wir fassen werden, weit mehr den Friedensabsichten dienen, als wie die bombastischsten Friedenskongresse mit noch so schön formulierten Friedensresolutionen.

Landesrat Dr. Illig hat in seinen Ausführungen darauf verwiesen, daß wir unseren Beitrag zur Schaffung neuen Wohnraumes um mehr als drei Millionen Schilling erhöht und damit eine Steigerung von etwas mehr als 300 Prozent vorgenommen haben. Dieser Betrag von etwas über vier Millionen Schilling wird vornehmlich seine Verwendung dazu finden, um Siedlungsbauten zu ermöglichen. Es werden beiläufig 200 Siedler dadurch in die Lage kommen, sich ein Eigenheim zu errichten. Ich glaube, daß dies ein nicht unbeträchtlicher Beitrag ist, obwohl die Gesamtsumme bescheiden zu nennen ist. Wir sind uns darüber klar, daß das Wohnbauproblem nicht als eine Aufgabe des Landes von diesem gelöst werden kann, sondern vor allem eine Aufgabe des Bundes ist, aber wir haben uns verpflichtet gefühlt, im Rahmen des uns Möglichen einen Beitrag zu leisten, der dazu dienen soll, einer entsprechenden Anzahl von Siedlern die Erfüllung ihrer Wünsche zu ermöglichen. Wir wollen damit erreichen, daß wir durch diesen Beitrag eine beträchtlich höhere Summe, ein Vielfaches dessen, was wir aufbringen, an Kapital für Wohnbauzwecke zuführen und neue Arbeit schaffen und das Ergebnis dieser neuen Arbeit wird die Erfüllung langgehegter Wünsche für viele sein. Damit schaffen wir Arbeit und Verdienst für viele Arbeiter und Selbständige des Baugewerbes. In diesem Zusammenhang hat Landesrat Dr. Illig sich verpflichtet gefühlt, auf das gesamte Wohnbauproblem einzugehen und er hat nicht mit Unrecht vorausgeschickt, daß er damit ein sehr heikles Problem berührt. So einfach wie er die Dinge sieht, scheinen sie doch nicht zu sein. Ich möchte vorausschicken, daß die wesentlichste Ursache der allgemeinen Wohnungsnot in ganz Europa, die also auch in jenen Staaten vorhanden ist, die keine Beschränkung der Mietzinserhöhung, wie wir sie haben, kennen, nicht im System der Mietengesetze liegt, sondern die Ursache liegt viel tiefer. Wir dürfen nicht übersehen, daß durch beide Weltkriege Europa sein Vermögen eingebüßt hat und zum armen Mann geworden ist. Schweizer Statistiker, die ernst zu nehmen sind, haben errechnet, daß die Kosten des zweiten Weltkrieges so groß waren, daß man allen Einwohnern der Vereinigten Staaten, Kanadas, der skandinavischen

schen Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Rußlands je ein Einfamilienhaus im Werte von 100.000 Schweizer Franken bauen hätte können und die Beträge, die die Kriegskosten ausmachen, wären damit noch lange nicht erschöpft. Die Ursache, weshalb wir nicht bauen konnten, liegt also nicht in den Gründen, die Sie aufgezeigt haben, sondern in der durch die Kriege, vor allem den zweiten Weltkrieg, bedingten unheimlichen Verarmung und Zerstörung von Wohnhäusern, über deren Ausmaß wir alle sehr gerne hinweggehen und daran nicht erinnert werden wollen. Wenn man Ihren Gedankengängen folgen würde, müßte eine Änderung in der Mietzinsbildung erfolgen und diese hinreichen, um für die Privatkapitalisten einen Anreiz zum Wohnungsbau zu geben. Man müßte einen Mietzins einführen, der mindestens der Verzinsung des Kapitals gleichkommt, wenn dieses in irgendeiner Sparkasse eingelegt wird. Wenn Sie nun bei dem heutigen Baukostenindex ausrechnen, wie hoch die Miete kommen würde, würden Sie wahrscheinlich nicht in der Lage sein, es zu bestreiten, daß eine derartige Mietzinsbildung ein Chaos in der gesamten Volkswirtschaft hervorrufen würde (Rufe bei SPÖ: „Sehr richtig!“) das zweifellos mit dem eklatanten Zusammenbruch und der Vernichtung alles dessen enden würde, was bisher unter größten Opfern aufgebaut wurde. Es würde nicht nur der Mieter des Schutzes gegen Kündigung beraubt werden, weil er nicht in der Lage ist, den Zins zu bezahlen, es würden auch die Gewerbetreibenden und Kaufleute nicht mehr in der Lage sein, aus ihrer Gewinnspanne das Erforderliche aufzubringen, um die um ein vielfaches erhöhten Mieten zu bezahlen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit und wenn Sie Ihre Überlegungen konsequent durchdenken, werden Sie selbst jene Grenze sehen, von der Sie sagen müssen, es ist sehr gefährlich, man kann nicht weiter. Die Welt ist in ihrer sozialen Struktur und in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen einer ständigen Veränderung unterworfen. Wir können nicht mehr zu einem System zurückkehren, das durch die gesamte Entwicklung überholt ist, wir werden einen anderen Weg finden müssen. (Zwischenruf bei ÖVP: „In Erdhöhlen wohnen?“) Ich stimme mit Ihnen überein, daß jeder, der ein Obdach sein eigen nennt, verpflichtet ist mitzuhelfen, daß der andere, der ohne Wohnung dasteht, zu einer Wohnung kommt (Landeshauptmann Krainer: „Aber nicht in Form einer allgemeinen Steuer!“) aber wie die Frage zu lösen ist, darüber gehen unsere Meinungen auseinander. Es ist weder der Raum noch die Zeit dazu da, um diese Fragen im einzelnen zu erörtern. Was ich mit meinen Ausführungen erreichen wollte, ist nur eines: Man soll sich davor hüten, irgendwelche Illusionen, die nicht erfüllt werden können, wach zu rufen und man soll nicht durch das Hineinwerfen eines so umstrittenen Themas Leidenschaften aufpeitschen, die besser ruhig bleiben sollen. Die Lösung des ganzen Wohnbauproblems ist eine Angelegenheit, die nur nach sachlichsten Gesichtspunkten und wahrscheinlich in lang andauernden Verhandlungen wird gefunden werden, damit sie von allen Beteiligten als eine brauchbare und annehmbare Lösung befunden wird. (Landeshauptmann Krainer: „Aber Wohnungen müssen herauskommen dabei.“) (LR. Dr. Illig: „Die sozialis-

tische Gemeinde als Hausherr ist Ihnen nicht unsympathisch.“) (LR. Horvatek: „Sie ist sozial eingestellt.“) (LR. Dr. Illig: „Diese Zinsgeier!“) Mit Ihren Zwischenrufen nötigen Sie mich ja doch, etwas ausführlicher zu werden. (Landesrat Dr. Illig: „Habe ich jetzt die Leidenschaften geweckt?“) (Präsident mahnt mit dem Glockenzeichen zur Ruhe.) Ich möchte nur erinnern, daß die Gemeinde Wien bis zum Jahre 1934 mit Hilfe ihrer Wohnbausteuer, die nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt war, rund 100.000 vorbildliche Wohnungen geschaffen hat. Wohnungen, die für viele Architekten in der ganzen Welt Vorbild geworden sind. (LR. Dr. Illig: „Die die Gemeinde mit einem gewaltigen Defizit belasten.“) Diese Wohnungen hat die Gemeinde mit den Erträgen der Wohnbausteuer errichtet und konnte die Gemeinde auch aus den damals eingegangenen Mietzinsen instandhalten, so daß für die Gemeinde keine weitere Belastung entstand. Dieser Weg, den damals die Gemeinde Wien durch ihre Tätigkeit vorgezeigt hat, wird wahrscheinlich auch in der heutigen Zeit noch als nachahmenswert anzusehen sein. Sie werfen uns vor, daß wir in der Frage des Mieterschutzes einfach doktrinär denken und jeder anderen Anregung ablehnend gegenüberstehen. Gestatten Sie mir, daß ich nicht gleiches mit gleichem vergelte, aber Sie lehnen sich in dem Augenblick auf, wenn Sie überhaupt etwas vom roten Wien hören und sind nicht mehr imstande, eine sachliche Prüfung im Zusammenhang mit dem roten Wien anzustellen. (Abg. W e g a r t: „Ist ja kein rotes Wien mehr!“)

In der Gruppe 6 unseres Voranschlages samt den Abänderungsanträgen scheinen über 61 Millionen Schilling als Ausgaben auf, wovon ein sehr großer Teil für den Bau und die Instandsetzung von Straßen und Brücken, für Fluß- und Wildbachregulierungen und andere lohnintensive Arbeiten Verwendung finden soll. Auch diese Ausgabenpost ist unserer Meinung nach geeignet, das Ziel, die Sicherung der Vollbeschäftigung, zu erreichen. So sehr wir Sozialisten diese Verwendung begrüßen, so sehr bedauern wir es, daß es dem Land nicht möglich war, für die Beihilfen zur Durchführung von Schulbauten durch die Gemeinden größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie wissen, daß durch die Nachwuchspolitik des Dritten Reiches überall der Anfall von Kindern, die die Schule besuchen, im Ansteigen begriffen ist. Der vorhandene Schulraum ist im ganzen Land fast in allen Schulen unzureichend und in vielen Klassen muß in zwei und drei Schichten unterrichtet werden. Die Kinder kommen in Schulräume, die weder gereinigt noch hinreichend gelüftet werden können. Das allein ist schon eine außerordentliche Belastung, aber dazu kommt ja noch etwas anderes. Die Voraussetzungen, die heute an die Schulentlassenen gestellt werden, sind wesentlich größere als dies jemals der Fall war. Das Kind von heute muß mehr lernen, um im Leben wirklich den gestellten Anforderungen gewachsen zu sein. Denken wir nur einmal an eine Berufsgruppe, die Ihnen besonders nahesteht, an die Landwirtschaft. Vor dreißig Jahren war es doch fast unbekannt, die Kenntnisse der Agrarwirtschaft in die Praxis umzusetzen. Einzelne, ganz wenige Pioniere haben sich in der Praxis damit beschäftigt.

Aber es wäre wohl unmöglich gewesen vor dreißig Jahren, zu den Bauern zu gehen und ihnen vorzuschlagen, richten wir doch künstliche Besamungsstationen ein, weil diese für die Viehzucht besondere Vorteile bieten. Es war das deswegen nicht möglich, weil die ganzen geistigen Voraussetzungen für diese großen Umänderungen nicht gegeben waren. Aber der junge Mensch, der heute in die landwirtschaftliche Fortbildungsschule geht, der braucht eine gründliche Ausbildung während der Pflichtschulzeit, um jenen Anforderungen, die während der Fortbildungsschule an ihn herantreten, nachkommen zu können. Was für die Landwirtschaft Gültigkeit hat, gilt für das ganze Gewerbe und die ganze Industrie und erst recht für jene Kinder, die sich dann einer akademischen Ausbildung zuwenden und irgendwelche wissenschaftliche Berufe ergreifen wollen. Der Fortschritt in der Technik und die ungeheure Ausweitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse erfordert es ja, daß der heranwachsende junge Mensch viel mehr und viel intensiver lernen muß, als das jemals der Fall gewesen war. Daher wäre es begrüßenswert gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, dem Schulbau eine größere und wirksamere Förderung zuteil werden zu lassen. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die günstigen Verhältnisse, mit denen wir jetzt augenblicklich im allgemeinen zu rechnen haben, wirklich andauern werden. Dadurch würde die Möglichkeit geschaffen, der Schulbautenunterstützung im nächsten Jahre im größeren Ausmaß nachzukommen.

Wir haben bei der Wirtschaftsförderung der öffentlichen Einrichtungen sehr beträchtliche Mittel für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft bereit gestellt. Ich wiederhole nur unsere grundsätzliche Einstellung als Sozialisten zu diesem Aufgabengebiet. Wir haben das im Hohen Landtag im Vorjahr und vor zwei Jahren sowie in vielen verschiedenartigen Sitzungen erklärt, daß wir selbst daran interessiert sind, daß unsere Agrarwirtschaft rentabel und krisenfest gestaltet wird. Die Krisenfestigkeit und die Sicherung der Rentabilität ist aber nur erreichbar durch weitgehende Förderung, durch die Auswertung aller agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse, durch die Anwendung modernster Produktionsmethoden, das heißt, wir sind gezwungen, nicht nur Traktoren und Mähmaschinen und andere landwirtschaftliche Maschinen und Geräte mehr zu verwenden, sondern wir sind vor allem gezwungen, die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte so zu schulen, daß sie auch mit den modernen Produktionsmethoden Schritt halten können. Wir sehen in einer rentablen, krisenfesten und wirklich produktiven Landwirtschaft eine bedeutende Aktivpost für unser Land. Wir werden dadurch von der Einfuhr ausländischer Agrarprodukte unabhängig und können die Devisen, die wir so ersparen, zum Ankauf von Rohstoffen und Maschinen verwenden, die im eigenen Lande nicht vorhanden sind oder im eigenen Land nicht erzeugt werden können.

Wir sind aber auch aus einer anderen Überlegung heraus für eine weitgehende Förderung der Landwirtschaft mit dem Ziele, diese rentabel und krisenfest zu machen, weil wir den Bauern als Konsumenten gewerblicher und industrieller Erzeugnisse achten und weil wir aus der Vergangenheit die ver-

heerenden Wechselwirkungen zwischen Industrie- und Agrarkrisen noch in lebhafter Erinnerung haben. (LR. Dr. Illig: „Unsere Pädagogik hat gewirkt.“) Sehr verehrter Herr Landesrat, Sie täuschen sich, der Unterschied ist folgender: Sie haben sich geändert. Vor zwanzig Jahren haben die österreichischen Agrarier ihr Heil nur in den hohen agrarischen Schutzzöllen gesehen, hinter einer Mauer glaubten sie vor dem Winde geschützt zu sein. Heute schon hat bei einem größeren Teil von ihnen sich die Erkenntnis durchgerungen, daß agrarische Schutzzölle etwas sehr fragwürdiges sind. (Zwischenruf: „Es hat auch hohe Industriezölle gegeben.“) Gewiß ist, daß Agrarzölle nur dazu führen, ein Hindernis gegen den industriellen Export herbeizuführen und zur Agrarkrise die Industriekrise hinzuzuschaffen. Den Älteren unter uns wird es nicht aus dem Gedächtnis geschwunden sein, daß man seinerzeit, am Kaiser-Josef-Platz, beobachten konnte, wenn in der Früh eine Bäuerin mit einem Korb voll Eier gekommen ist und glaubte, aus dem Erlös dieser Eier das Notwendige sich kaufen zu können und daneben sind die hungrigen Kinder der Arbeitslosen gestanden. Am Abend ist die Bäuerin mit ihrem Korb voll Eier hinausgegangen, wie sie in der Früh hereingekommen ist und die Kinder der Arbeitslosen sind genau so hungrig zu Bett gegangen als sie am Morgen aufgestanden sind. Diese Wechselwirkungen waren sehr sichtbar und ein Verbrechen wäre es, aus dieser Vergangenheit nicht das notwendige zu lernen. Wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir hier in großen Zügen und in überaus sachlicher Weise Ihre Forderungen, Ihre Anregungen durch eigene Forderungen und Anregungen ergänzt und gemeinsam dafür gestimmt haben. Wir haben nur eine Erwartung, nämlich die, daß die ganzen Förderungsmaßnahmen ausschließlich nach sachlichen und nicht nach politischen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Es wäre für Sie von Nachteil, wenn Sie der Versuchung nicht widerstehen könnten und diese Förderungsmaßnahmen in Treue-Prämien für den ÖVP-Bauernbund umwandeln würden. Diese Förderungsmaßnahmen müssen alle ohne Rücksicht auf politische Einstellung, ausschließlich nach sachlichen Notwendigkeiten, dem Einzelnen zugeführt werden.

Grundsätzlich gilt das, was wir für die landwirtschaftliche Ausbildung gesagt haben, auch für die Ausbildung im gewerblichen Nachwuchs. Wir führen seit langem in diesem Hause und im Finanzausschuß einen zähen Kampf, um, wie mein Vorredner vom VdU es formuliert hat, die Jugend von der Straße wegzubringen. Wir sind uns unserer Verpflichtung bewußt, und wenn Sie in den Protokollen nachschauen, werden Sie feststellen können, daß wir schon im Vorjahre mit Anregungen und Forderungen gekommen sind, die unserer Meinung nach dazu beitragen sollten, um für die jungen Menschen Arbeit zu schaffen. Wir haben die Forderung nach Lehrwerkstätten erhoben und nicht aus sachlichen, sondern weit mehr aus politischen Gesichtspunkten wurde diese Forderung immer wieder von der ÖVP abgelehnt und erst nach zähen Verhandlungen im Kompromißwege einige Beträge zur Verfügung gestellt, die den Lehrwerkstätten in der Industrie zugeleitet werden sollen, um auf diese Weise eine

größere Anzahl von Lehrlingen unterzubringen. Wir können nicht darauf verzichten, Ihnen dies in Erinnerung zu bringen und zu empfehlen, die Frage zu prüfen, ob es nicht im Interesse der von Ihnen so heiß bejahten und von uns nicht bestrittenen Meisterlehre liegen würde, eine Kombination zwischen Meisterlehre und Lehrwerkstätten zu schaffen. (LR. Dr. Illig: „Wir fürchten Ihre Pädagogik.“) Sie haben schon manches gefürchtet in Ihrer politischen Laufbahn und Ihre Furcht reichte nicht hin, die Entwicklung aufzuhalten. Arbeiten Sie mit, dann ersparen Sie sich die Furcht und wir werden beide gemeinsam etwas erreichen, was sowohl den Meistern als auch vielen heranwachsenden Lehrlingen zum Vorteil gereichen wird. (LR. Dr. Illig: „Machen wir ein neues Referat Illig für diesen Zweck.“) (Heiterkeit.) Herr Landesrat Illig, Sie gehören zu jenen Leuten, deren körperliche und geistige Verfassung so vielseitig ist, daß Sie eine Reihe von Referaten bereits verwalten und zusammen gesammelt haben, so daß es nicht darauf ankommt, daß Sie noch eines dazubekommen. (Erneute lebhaft Heiterkeit.) Daran werden wir die Frage nicht scheitern lassen. Wir werden Ihnen wahrscheinlich das einräumen, wenn die Entwicklung Sie in jene Bahnen führt (LR. Dr. Illig: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“) die fruchtbringend und zweckmäßig sind.

Nun können wir mit Stolz feststellen, daß wir zur Förderung des Studiums einen ganz wesentlichen Beitrag zur Verfügung gestellt haben in Form von Studienbeihilfen und in Form von Beihilfen und Zuschüssen zur Erhaltung der Schülerheime. Es könnte jemand die Frage aufwerfen, ob bei diesem Überschuß an intellektuellen soviel Förderungsmaßnahmen zu rechtfertigen sind. Wenn man aber bedenkt, daß das Studium nicht von den materiellen Möglichkeiten der Eltern abhängig gemacht werden soll, sondern die Begabten, die Fähigsten ausgesucht und ausgewählt werden müssen, so müssen Vorkehrungen geschaffen werden, damit diese Fähigen auch dann studieren können, wenn sie Kinder von Arbeitern und Angestellten oder Keuschlern und kleinen Gewerbetreibenden sind. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, begrüßen wir diese Ausgaben, weil wir dadurch einen kleinen Beitrag leisten, daß die Begabten, die Fähigsten, wissenschaftlich ausgebildet werden, und wir unserem Volk am besten dienen, indem wir mithelfen, das Ansehen der österreichischen Wissenschaft im In- und Auslande zu vermehren.

Etwas über sechs Millionen Schilling geben wir für kulturelle Zwecke aus; davon eine beträchtliche Summe für das Landesmuseum Joanneum und für das Barock-Museum Eggenberg. Ich möchte mich im wesentlichen der Begründung des Landesrates Dr. Illig für diese Ausgaben anschließen, aber doch nicht verhehlen, daß in Anbetracht der Gesamtlage die Aufwendung für diese Zwecke bald die Grenze erreicht, wo die Entscheidung darüber zur Gewissensfrage wird. Es ist ja nicht nur über die Aufwendungen für die Museen, sondern auch über die beträchtlichen Zuschüsse für die Theater zu entscheiden. Diese Zuschüsse für die Bühnen können nur unter einer Voraussetzung gerechtfertigt sein, nämlich unter der, daß es gelingt, bei einer wirk-

lich künstlerischen Höhe einen Massenbesuch für das Theater zu organisieren, daß das Theater bei einem besten künstlerischen Wert zu einem richtigen Volkstheater wird. Denn ich glaube kaum, so erfreulich die Zusammenlegung der drei Bühnen, die Zusammenlegung der Theaterverwaltung Land mit jener der Stadt Graz an und für sich ist, weil sie zwangsläufig eine Reihe von Ersparungen mit sich bringen muß, daß die Ersparungen so ins Gewicht fallen werden — auch dann nicht, wenn eine ausgesprochen künstlerische Leitung da ist und eine sehr gute und zuverlässige kaufmännische Führung — daß die großen Zuschüsse gerechtfertigt wären, die erforderlich bleiben, wenn der Theaterbesuch nicht eine ganz erhebliche Steigerung erfahren wird. Ich glaube daher, daß der Landtag sich unserer Erwartung anschließen wird, daß nichts unversucht bleiben soll, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß das Theater eine wirkliche Angelegenheit des Volkes in unserem Lande wird.

Die Ausgaben des Gesundheitswesens stellen den größten Posten im Gesamtbudget mit 23 Prozent aller Ausgaben dar. Es könnte mancher beim Durchblättern des Voranschlages und seiner Erläuterungen versucht sein, zu sagen, dieser Betrag, der hier ausgegeben wird, ist ja doch weitaus zu hoch gegriffen, von den 79 Millionen Schilling könnten doch sicher sehr wesentliche Einsparungen vorgenommen werden. Eine solche Meinung kann nur dann aufkommen, wenn man das Problem nur flüchtig betrachtet. Wir dürfen vor allem folgendes nicht übersehen: Die Krankenhäuser haben durch den Krieg und durch die Nachkriegszeit sehr schwer gelitten. In den Anstalten war vielfach keine Bettwäsche mehr vorhanden, die Matratzen und Einsätze waren unbrauchbar. Es ist die Nachschaffung unbedingt notwendiger Einrichtungen erforderlich geworden. Aber das allein ist noch nicht ausschlaggebend. Die Entwicklung unserer Krankenhäuser konnte mit der Entwicklung der Medizin nicht Schritt halten. Die chemischen Laboratorien und die Operationssäle und die Röntgeninstitute sind vielfach zu klein und unzureichend geworden. Es hat sich in der Medizin eine ganze Wandlung vollzogen. Heute wird der Patient einer Kette von chemischen und physikalischen Untersuchungsmethoden unterzogen, die natürlich nicht nur einen größeren Personalaufwand sondern auch einen weitaus größeren Sachaufwand bedingen. Wenn wir nur daran denken, welche Bedeutung heute die Röntgentherapie im Gesundheitswesen einnimmt, dann wird es verständlich, daß zum Beispiel das derzeitige Zentralröntgeninstitut in Graz seinen Aufgaben nicht annähernd gewachsen sein kann. Stundenlang müssen die Patienten, die zu diagnostischen oder therapeutischen Zwecken in das Zentralröntgeninstitut gebracht werden, auf den Gängen warten, bis sie zur Behandlung kommen. Dadurch wird der ganze medizinische Betrieb in den übrigen Abteilungen gestört und in Mitleidenschaft gezogen, dadurch können die notwendigen Behandlungen vielfach weder zeitgerecht noch in dem notwendigen Umfange durchgeführt werden.

Es kommt aber noch etwas weiteres dazu. Die Kosten der Heilbehandlung steigen ununterbrochen an, weil immer neue Medikamente, die sich als

außerordentlich heilfördernd erweisen, aber vielfach den wesentlichen Nachteil besitzen, daß sie teuer sind, verwendet werden, und die dazu beitragen, den Haushalt der Krankenhäuser zu belasten.

In diesem Kapitel ist eine à-conto-Zahlung zur Wiedererichtung des während der nationalsozialistischen Zeit abgebrannten Kinderpavillons in der Knochen- und Drüsentuberkulose-Heilanstalt auf der Stolzalpe eingeschlossen. Es ist überflüssig, über die Bedeutung der Stolzalpe allzu viel zu sagen, denn die Stolzalpe ist ja ein Begriff und fast jeder weiß, daß die Heilwirkung auf der Stolzalpe größer und wirkungsvoller ist als die in der gleichartigen Anstalt in Davos. Nun erfordert aber die Behandlung der Knochentuberkulose eine sehr lange, oft eine jahrelange Behandlung, um einen Heilerfolg herbeizuführen und diesen zu sichern. Die zu geringe Bettenzahl in der Heilstätte auf der Stolzalpe bringt es mit sich, daß viele Erkrankte viel zu lange auf die Aufnahme warten müssen, daß sie erst zu einem Zeitpunkt aufgenommen werden können, bis ihre Krankheit schon so weit fortgeschritten ist, daß die Behandlung dann schon fragwürdig wird. Es wäre daher notwendig, die Stolzalpe zu erweitern. Wir können aber im Augenblick nicht viel mehr machen, als mit dem Wiederaufbau der Kinderabteilung zu beginnen. Wir wollen aber die Frage des Ausbaues der Stolzalpe nicht mehr von der Tagesordnung absetzen lassen, auch aus der Überzeugung heraus, daß ein großzügiger Ausbau der Stolzalpe eine sehr devisenbringende Einrichtung wäre, also zusätzlich zu den großen Heilerfolgen außerdem noch eine wesentliche materielle Bedeutung kommen könnte.

Für die Jugendförderung ist ein Betrag von nahezu 150.000 Schilling ausgesetzt. Wir werden für diesen Betrag stimmen, obwohl wir Ursache haben es zu bedauern, daß der Leiter dieser Aktion, der Herr Professor Köstler unter Außerachtlassung der Beiräte und des Referatsausschusses, den er monatelang nicht einberufen und nicht angehört hat, seine Pläne entwickelt und durchführt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es eine demokratische Jugend-erziehung gibt, wenn der Leiter dieser demokratischen Jugend-erziehung selbst auf die demokratische Mitwirkung seiner beigeordneten Instanzen so wenig Wert legt wie Professor Köstler. Es würde uns außerordentlich freuen, wenn dieser Hinweis im Hohen Hause hinreichen würde, um bei ihm eine Änderung seiner bisherigen Praxis herbeizuführen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, dann werden wir unsere bisherige Stellung einer Revision unterziehen und mit geeigneten Maßnahmen die Erreichung demokratischer Notwendigkeiten durchsetzen.

Bei allen Budgetberatungen, die wir seit Kriegsende durchführen, waren die Aufwendungen für die steirischen Landesbahnen Gegenstand eingehender Diskussionen, aber auch eine ständige Sorge, die auf uns schwer lastete. Der Herr Landesrat Dr. Illig, der nun dieses Referat führt, hat im Finanz-Ausschuß unter bestimmten Voraussetzungen, die er auch hier angedeutet hat, um einen Vertrauensvorschuß ersucht, in der Meinung, daß es ihm gemeinsam mit dem neuen Eisenbahndirektor

möglich werden wird, den Abgang soweit herabzudrücken, daß er vom Hohen Hause und vor der steirischen Bevölkerung zu verantworten ist. Wir sind, wenn auch schweren Herzens, bereit, ihm diesen Vertrauensvorschuß zu gewähren und würden uns freuen, wenn seine Arbeit von dem von ihm erwarteten Erfolg gekrönt wird. Wir können aber nicht umhin festzustellen, daß der damalige politische Referent, der der Fraktion der ÖVP angehört, unter dem alle diese schweren Unzukömmlichkeiten durch den früheren Eisenbahndirektor begangen wurden, von seiner Schuld nicht loszusprechen ist. Es sind Unzukömmlichkeiten vorgekommen, fingierte, nur zum Teil begründete Rechnungen wurden zur Auszahlung gebracht, Arbeiten wurden durchgeführt, die nicht oder nur zum Teil notwendig waren, es mangelte an der nötigen Sorgfalt, es wurde auch nichts unternommen, um im Konkurrenzwege günstige Offerte zu erhalten, Angestellte wurden aufgenommen, für die keine Verwendung da war und vieles andere mehr. All diese Dinge, die sich um vieles ergänzen ließen, sind der Beweis dafür, daß der damals zuständige Referent die erforderliche Vorsicht, Umsicht und Aufsicht mangelhaft durchgeführt hat, und zwar so mangelhaft, daß es im Finanz-Ausschuß selbst seinem Fraktionskollegen Dr. Illig nicht erspart geblieben ist, auf diese Unzukömmlichkeiten zu verweisen, um das Terrain abzustecken, auf dem er seinen eigenen Vertrauensvorschuß forderte. Wenn solche Verwaltungen vorhanden sind und solche Verwaltungen so kontrolliert werden, dann müßten natürlich die verstaatlichten Betriebe zu jenen ominösen Faktoren werden, von dem Herr Landesrat Illig gesprochen hat. Aber dort, wo Sozialdemokraten verwalten und aufpassen, kann so etwas nicht passieren! (LR. Dr. Illig: „Was ist in Linz bei der VÖSt, was ist bei den Donawitzer Schiebungen?“) Das ist der Unterschied, gegen Diebe ist niemand gefeit, nicht einmal ein Reisebüro, geschweige große staatliche Unternehmungen. Hier, bei den Landeseisenbahnen handelt es sich nicht um einen Diebstahl, sondern um mangelnde Aufsicht untergeordneter Dienststellen durch den politischen Referenten. Ich weiß, es ist Ihnen unangenehm, wenn Ihnen solche Dinge in Erinnerung gerufen werden, aber wir können nicht darauf verzichten im Interesse der Reinlichkeit und Sparsamkeit, aber auch aus der uns auferlegten Verpflichtung, alles zu unternehmen, was geeignet ist, die Interessen des Landes weitgehend wahrzunehmen und zu schützen, auf diese grobe Nachlässigkeit zu verweisen.

Wir haben in vielen Fragen eine von Ihnen wesentlich verschiedene Auffassung; die verschiedentliche Beurteilung vieler wirtschaftlicher, vieler politischer und kultureller Vorgänge bringt es ja auch mit sich, daß innerhalb der Bevölkerung eine Verschiebung in der weltanschaulichen Einstellung vor sich geht. Der Landtag von heute zeigt ein anderes Bild als der Landtag bis Oktober 1949. Im ersten Landtag hatten Sie die Mehrheit, Sie sind heute nur mehr die stärkste Partei. (Landesrat Dr. Illig: „Sie sind ja auch viel schwächer!“) Zu Ihnen hat sich die Gruppe des VdU gesellt, die der KPÖ ist zusammengeschrumpft auf eine Fraktion, die nur mehr aus einem Mann besteht und auf Grund des Ergebnisses der Gemeinderatswahlen er-

gibt sich das Resultat, daß Sie uns als die stärkste Partei des Landes auch anerkennen müssen. (Gelächter.) (Zwischenruf: „Rechenkünste der „Neuen Zeit.“) Die Auswertung von Wahlergebnissen erfolgt durch die exakte Mathematik, die kontrollierbar ist und nicht mit Hilfe der philosophischen Spekulation. Für Sie ist diese Rechnung einfach, Ihr Leiborgan zählt alle Stimmen, die auf den sogenannten unpolitischen oder Wirtschaftslisten abgegeben worden sind, zur ÖVP und kommt dadurch auf einen Prozentsatz, der über 40 liegt. Wie schaut es in der Wirklichkeit aus? Überall dort, wo Sie auf unpolitische Listen gegangen sind (Zwischenruf bei VdU: „Alles VdU!“) haben Sie nach zwei Richtungen sauber draufgezählt. 1. Bei Erstellung der Kandidatenlisten haben Sie Ihre treuesten Anhänger und darunter viele, die sich in den vergangenen Gemeinderäten außerordentlich bewährt haben, ausgetobtet (Zwischenruf bei ÖVP: „Auch Sie haben manche ausgeschifft.“) und haben die Mehrzahl durch Anhänger des VdU und ähnlicher Geistesströmungen besetzen lassen, 2. haben Sie bei der Wahl überall dort verloren, wo Sie solche Bettgemeinschaften eingegangen sind, dort haben Sie Ihre schwersten ziffernmäßigen Niederlagen einstecken müssen. Die Öffentlichkeit, Ihre Anhänger, haben solche wahltaktische Methoden abgelehnt und Ihnen die Gefolgschaft versagt. Mit dem gleichen Rechte, mit dem Sie die Stimmen dieser unpolitischen Listen sich selbst zuzählen, mit dem gleichen Rechte könnte der VdU diese Stimmen sich selbst zuzählen. (LR. Dr. Illig: „Das ist reine Phantasie.“) Ich würde Ihnen raten, bei der Verkündung von Wahlergebnissen nicht die Philosophen sondern die Mathematiker arbeiten zu lassen. (Abg. Stöfler: „Aber doch nicht solche!“) Sie können an diesen bedeutenden politischen Veränderungen, die in der Bevölkerung vor sich gehen, nicht achtlos vorübergehen, „Nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten sollst Du sie erkennen,“ ist ein altes Bibelwort (Heiterkeit), darnach hat das Volk entschieden und dieses Plebiszit deutet darauf hin, daß die sozialistische Partei mit ihrer Arbeit und ihrer programmatischen Auffassung immer mehr und mehr Anhänger in der steiermärkischen Bevölkerung findet. (LR. Dr. Illig: „Das ist geradezu komisch.“) Wir können auch hier feststellen, daß bei diesen Gemeinderatswahlen ein Wahlargument nicht mehr angewendet werden konnte, die Verdächtigung der Sozialisten, daß sie Wegbereiter für die Volksdemokratien sind. Ihre Wahlergebnisse im vergangenen Jahr sind vor allem auf diese Verdächtigung zurückzuführen. Diesmal hat die Arbeit der Sozialisten in den Gemeindestuben den Ausschlag gegeben. Das Urteil der Wähler über die Arbeit, über die Verwaltung, über die Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt war das Entscheidende. Wir freuen uns dieses Erfolges, er macht uns nicht überheblich, ist aber ein Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind, daß wir der Verantwortung, die uns unsere Wähler auferlegt haben, gerecht werden konnten und von diesem Gesichtspunkte aus, von unserem berechtigten Selbstbewußtsein, von unserem Verantwortungsbewußtsein haben wir uns in der Mitwirkung beim Haushaltsplan leiten und führen lassen. (Zwischenruf Dr. Illig: „Statt zum Budget zu

sprechen, halten Sie einen Epilog zu den Gemeinderatswahlen.“)

Ich möchte zum Schluß kommend sagen: Es wäre für uns alle erfreulich, wenn es den großen Mächten in dieser Welt gelungen wäre, die Differenzen, die vorhanden sind, zu überbrücken, so wie es uns im Finanz-Ausschuß gelungen ist, die Differenzen auszugleichen. Es wäre dann der ganzen Welt eine große Sorge genommen und wir könnten uns alle zusammen in intensiver Arbeit weit stärker entfalten. Ich weiß, der Vertreter der Kommunistischen Partei wird da natürlich anderer Meinung sein. Ich glaube, ich könnte seine Rede voraussagen, ohne mich wesentlich zu irren. Mich wundert es ja nicht, daß die Kommunisten alles das, was in Österreich mit viel Mühe und Hingabe errichtet, aufgebaut, verbessert und neu geschaffen wird, scheel ansehen. Das kommt davon, daß die Kommunisten selbst jetzt immer nur nach einer Richtung schielen, nämlich nach dem Osten, und da sind ihnen die Augen stecken geblieben und aus dieser anatomischen Veränderung im Sehapparat (Gelächter) ist es ihnen unmöglich geworden, die Verhältnisse so zu sehen, wie sie sind. Sie haben ein verzerrtes Bild vor sich. Aber wegen dieser anatomischen Schwäche dürfen wir ihnen keinen Vorwurf machen und es hieße ihnen zuviel an Bedeutung zumessen, wenn wir mehr sagen würden als ich es getan habe. Abschließend möchte ich erklären: Wir Sozialisten haben an diesem Budget mitgewirkt und wir werden auch bei der Abstimmung dafür unsere Stimme abgeben. (Starker Beifall bei SPÖ.)

Abg. Pölzl: Wenn man sich die Ausführungen der Redner der Regierungsparteien, wie auch die Ausführungen der Faschisten anhört (Allgemeine Heiterkeit), so hat man den Eindruck, alles ist herrlich und gut, alles ist zum besten bestellt, unser Landesvoranschlag, die österreichische Wirtschaft, die Vergangenheit, die Gegenwart, die Zukunft. Alle Probleme sind sozusagen gelöst oder in Lösung begriffen. Der Herr Landesrat Dr. Illig hat versucht, die Lage so darzustellen (LR. Dr. Illig: „Ich habe Sie heute sehr geschont, Herr Kollege“) (Schallendes Gelächter), als ob wir in unserer Wirtschaft nichts anderes sehen könnten, als eine ununterbrochene Aufwärtsentwicklung und hat eine Prognose gestellt, die, wenn sie in Erfüllung gehen würde (Dr. Illig: „Ihr Ende bedeutet“) für viele Hunderttausende in unserem Lande der Ruin wäre. Aber die Wirklichkeit weicht von dem, was der Herr Landesrat gesagt hat, sehr weit ab. Herr Landesrat Dr. Illig hat sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigt und ich weiß, daß er mit viel Eifer ebenfalls die Berichte des Österreichischen Konjunkturforschungsinstitutes studiert. Es ist nur schade, daß er nur die Ziffern herausnimmt, die ihm gerade in den Kram passen, daß er aber nicht bereit ist, die Ziffern selbst dieses Konjunkturforschungsinstitutes — das ja in rein bürgerlichen Händen ist — wirklich sprechen zu lassen. Diese Ziffern sprechen eine andere Sprache als die, die wir von Herrn Doktor Illig gehört haben. Im Jahresdurchschnitt des Jahres 1948 hatten wir in Österreich 54.000 Arbeitslose. Im Jahre 1949 waren es im Jahresdurchschnitt 100.000, Anfang 1950 hatten wir beinahe 200.000 Arbeitslose. Ich glaube, wenn man sich diese Tat-

sachen vor Augen führt, dann ist es gar kein Kunststück, sich auszurechnen, wohin bei der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in Österreich die Entwicklung geht. Wir haben eine steigende Arbeitslosigkeit, eine im Durchschnitt steigende Arbeitslosigkeit, allerdings bei steigender Produktion. Aber ich frage Sie, wohin wird es führen, wenn die Produktion steigt, gleichzeitig aber auch durchschnittlich die Arbeitslosigkeit steigt und ein wesentlicher Teil unserer Bevölkerung von der Konsumtion ausgeschlossen ist. Wie lange wird die Produktion noch steigen können, wenn ein zunehmender Teil unseres Volkes von der Konsumtion im wesentlichen ausgeschlossen wird? Es zeigt sich eben an dem Steigen der Arbeitslosenziffern in Österreich der ganze Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise. 1949 ist die Industrieproduktion in Österreich allein um 30 Prozent gestiegen. Ein schöner Erfolg, könnte man sagen, wenn nicht gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit gestiegen wäre. Wenn wir aber an die Tatsache der gesteigerten Produktion die Frage knüpfen: „Wo blieb in derselben Zeit die Lebenshaltung derer, die die Produktion gesteigert haben?“, so müssen wir leider feststellen, daß die Lebenshaltung der breiten Masse der Werktätigen nicht nur nicht gestiegen, sondern geradezu gesunken ist. Und diese Tatsache kann man nicht hinwegdisputieren, diese Tatsache ist so nüchtern und klar, daß ich mich berufen fühle, sie hier auszusprechen.

Neben der Arbeitslosigkeit der Erwachsenen haben wird hier in Österreich eine sehr bedenkliche Jugendarbeitslosigkeit. Die jugendlichen Arbeitslosen, die noch nie Gelegenheit hatten, überhaupt eine Arbeitsstelle, einen Lehrplatz zu finden, werden bei der gegenwärtigen Arbeitslosenstatistik in Österreich noch gar nicht mitgezählt. In Steiermark allein sind es gegenwärtig gegen 2000 Jugendliche, die beim Arbeitsamt gemeldet sind als arbeitssuchende Lehrlinge. Sie können keinen Lehrplatz, sie können keine Arbeitsstelle finden. Und ich bin überzeugt, daß es noch dazu Hunderte gibt, die noch nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind. Ein wirtschaftliches System, ein politisches System, das nicht imstande ist, seiner heranwachsenden Jugend Arbeit zu geben, Zukunftsmöglichkeiten, Zukunftsaussichten zu geben, ein solches System hat keinen Grund, sich hier in selbstgefälligen Redensarten zu ergehen, sondern hätte allen Grund, Mittel und Wege zu suchen, um für die Arbeitslosen und für die Jugendlichen Arbeit zu schaffen, nicht nur, um die Jugendlichen von der Straße zu entfernen — das ist nicht das Problem — sondern um sie zu tüchtigen Menschen zu machen, zu Menschen, die einen Beruf, zu Menschen, die eine Zukunft vor sich haben. Sie von der Straße zu entfernen, das haben vergangene Systeme auch verstanden. Ich verweise auf den freiwilligen Arbeitsdienst, ich verweise auf den Arbeitsdienst der braunen Armee, der schließlich damit geendet hat, daß diese Jugendlichen auf die Schlachtfelder geschickt wurden, um für den deutschen Imperialismus die Kastanien aus dem Feuer zu holen. (Zwischenruf LR. Dr. Elsnitz: „Was geschieht denn in Rußland?“). Im Finanzausschuß gab es

lange Diskussionen darüber, ob man dazu übergehen soll, die Lehrwerkstätten der Industrie zu unterstützen, damit wir eine Lehrlingsausbildung im stärkeren Grade wie jetzt zu übernehmen in der Lage sind. Es war das der einzige Antrag, den die sozialistische Fraktion gestellt hat und von dem man sagen konnte, hier steckt ein gewisser sozialistischer Gehalt drinnen. Es wurde verlangt, daß der Betrag von 100.000 S, der ausgeworfen wurde, auf 2 Millionen Schilling erhöht wird. Es ist dies angesichts der Zahl der arbeitslosen Lehrlinge noch immer ein lächerlich geringer Betrag. Aber selbst dieser Antrag der sozialistischen Fraktion wurde vom Vertreter der privatkapitalistischen Interessen, Herrn LR. Illig mit Erfolg torpediert, so daß der Betrag, der schließlich eingesetzt wurde, anstatt 1.800.000 S nur mehr 500.000 S betrug. Die Bedingung, die daran geknüpft wurde, wie dieser Betrag zu verwenden ist, sieht so aus, wie heute die Rede des Herrn LR. Illig ausgesehen hat: „Um Gottes willen keine Unterstützung von Lehrwerkstätten“. Es ist ja ein Eingriff in die von ihm so sehr gepriesene Meisterlehre, die nicht imstande ist, die massenhaft vorhandenen Jugendlichen aufzusaugen. Wenn schon der Betrag von 500.000 S zusätzlich eingesetzt worden ist, ist seiner Meinung nach unbedingt zu trachten, daß die Möglichkeit offen bleibt, diese Jugendlichen in so etwas ähnliches wie den freiwilligen Arbeitsdienst einzusetzen. Es heißt der Titel: „Förderungsbeiträge zur Unterbringung arbeitsloser Jugendlicher in Lehrwerkstätten der Industrie, auf Lehrplätzen, in landwirtschaftlichen Lehrhöfen und bei Gemeinschaftsarbeiten für die Heimat.“ (Abg. Scheer: „Ja, für die Heimat!“) Wir sind im Prinzip dagegen (Zwischenruf: „Gegen die Heimat.“), daß man den arbeitslosen Jugendlichen, der die Schulzeit hinter sich hat, Krampen und Schaufel in die Hand drückt und ihn zum lebenslänglichen Hilfsarbeiter macht. Auch wir sind der Meinung, daß der Jugendliche, wenn er schon nicht die Möglichkeit hat, zu studieren, weil er nicht reicher Eltern Kind ist, die Möglichkeit haben soll, einen anständigen Beruf zu erlernen. Wir wollen nicht, daß unsere Jugendlichen Fronsoldaten werden, wir wollen der arbeitenden Jugend die Möglichkeit geben, einen anständigen und ordentlichen Beruf zu erlernen, um später im Lebenskampfe bestehen zu können. (Abg. Kandutsch: „Das wollen wir auch!“) Leider hat die sozialistische Fraktion auf ihrem Antrag nicht bestanden, sie hat wie immer in diesen Fragen wieder einmal kapituliert. (Gegenrufe bei SPÖ.) Wenn man dem Herrn Landesrat Illig über die Lage der steirischen Industrie zuhört, hat man den Eindruck, als ob alles in Ordnung wäre und als ob wir eine Entwicklung vor uns hätten, der wir und der die Arbeiterschaft unseres Landes beruhigt entgegenblicken könnte. Die Rottenmanner Arbeiter denken anders über die Sache. Ich bin auch der Überzeugung, daß die Arbeiter der steirischen Braunkohlengruben anders über diese Frage denken. Man hat den Arbeitern der steirischen Kohlenbergbaue jahrelang gesagt: „Arbeitet so viel ihr könnt, macht Sonntagsschichten, tut alles, um die Förderung zu heben, es wird euer Schaden nicht sein. In Zukunft werden wir uns daran erinnern und wenn wieder

die große Weltkohlenkrise kommt, werdet ihr Arbeit und Brot haben.“ Wie schaut es heute damit aus, nachdem die Bergarbeiter alles daran gesetzt haben, die Förderung zu heben? Heute ist die Situation so, daß man ihnen in nicht wenigen Gruben des Landes sagt, warum warst Du so dumm, warum hast Du soviel gearbeitet, jetzt müssen wir Dich leider abbauen und das in einer Situation, wo drei Viertel des österreichischen Kohlenbedarfes aus dem Ausland hereingebracht wird. Das ist das System der österreichischen Wirtschaft, die durch ihre Vertreter vielfach glaubt mit Hohn auf das blicken zu können, was sich östlich des Landes tut. (LR. Dr. Elsnitz: „Dort, wo die Chinesen arbeiten, gelt?“) Landesrat Illig hat im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft einige sehr interessante Bemerkungen gemacht. Sie sind nur nicht originell, er hat sie ebenfalls aus dem Heft des Konjunkturforschungsinstitutes entnommen. (LR. Dr. Illig: „Sie sind der reinste Quellenforscher.“) (Heiterkeit.) Es wird gesagt, daß das Anschwellen der Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen sei, daß wir viel zu viel Bauarbeiter haben. (LR. Dr. Illig: „Das ist nicht der Fall.“) Ich möchte Sie fragen: wenn Sie in den letzten Jahren und Wochen des Krieges alle die Bombardierungen miterlebt haben, gesehen haben, wie ein Haus nach dem anderen zusammengefallen ist, werden Sie sich doch auch gedacht haben, daß es einen Mangel an Bauarbeit auf Jahrzehnte hinaus nicht geben kann. Heute erzählt uns der Vertreter der „Wirtschaft“, wir haben zuviel Bauarbeiter. (LR. Dr. Illig: „Das ist unwahr.“) Die Bauwirtschaft ist überbesetzt. (LR. Dr. Illig: „Wer sollte bei 20 Grad Minus bauen, das sollten Sie wissen!“) Sie haben deutlich gesagt (Landesrat Dr. Illig: „Das ist nicht richtig!“) daß unsere Bauwirtschaft zuviel Arbeitskräfte hat und daß im Zuge der Normalisierung eben diese Zahl der Bauarbeiter — so ähnlich steht es in jenem Artikel — die jetzt bei Aufräumarbeiten beschäftigt worden sind, sich um einen anderen Arbeitsplatz umsehen müsse. Ein Großteil der Bauarbeiter müßte sich trotz der Wohnungsnot, die in Österreich herrscht, um einen anderen Arbeitsplatz umsehen. Wenn wir die drohende Entwicklung im Braunkohlenbergbau beobachten, müßte man hinzufügen, auch ein Teil der Bergarbeiter müßte sich um einen anderen Arbeitsplatz umsehen. Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß der Bund 40.000 Bundesangestellte abzubauen gedenkt, die sich auch um eine andere Arbeit werden umsehen müssen, muß man die Frage stellen, die gerade für uns in Steiermark interessant und wichtig ist: Wie steht es mit der Zukunft der österreichischen Metallindustrie? (Abg. Stöffler: „Das ist ja dumme Demagogie.“) Bei der Marshallpolitik wird wahrscheinlich sich auch ein Großteil der Metallarbeiter um eine andere Arbeit umsehen müssen. Sehen Sie, das ist das charakteristische der Wirtschaft in unserem Lande, daß jeder spürt und weiß, daß für die Zukunft die größte Unsicherheit besteht und dieses Greifen zum Optimismus, das von Landesrat Dr. Illig und anderen Rednern geübt wird, ist nicht echt. (LR. Dr. Illig: „Das ist der Moskauer Marschzettel, den Sie hier vorbringen.“) In Wirklichkeit sehen Sie alle mit der größten Sorge der kommenden Entwicklung der Wirtschaft in Österreich entgegen, Sie können nicht

sagen, daß diese Entwicklung in der österreichischen Wirtschaft von den Kommunisten bestimmt wird. Nun, diese Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wird von Ihnen selbst bestimmt als getreuen Trabanten allerdings des amerikanischen Kapitals.

Es wurde über die Wohnungsfrage diskutiert. Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht in der Lage den Arbeitern und Angestellten das Recht auf Arbeit zu garantieren (Abg. Stöffler: „So wie in den Uranbergwerken.“), sie ist nicht in der Lage, das Recht auf eine menschenwürdige Lebenshaltung zu garantieren, sie ist nicht in der Lage, ihnen das Recht auf Bildung zu garantieren, sie ist auch nicht in der Lage, ihnen das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung zu garantieren. Einmal baute das rote Wien Wohnungen, und zwar 6000 im Jahr. Die Zeiten sind vorbei, wo die sozialistische Partei sich als Kämpferin für den Mieterschutz, für den Wohnungsbau mit der ganzen Kraft eingesetzt hat. Heute hat sie andere Rezepte, die irgendwie doch die ÖVP dazu bringen sollen, schließlich wieder mit der SPÖ in die Laube zu gehen (Heiterkeit), aber diese Rezepte sind nicht allzu zweckmäßig für das werktätige Volk, nicht zweckmäßig für die Wohnungslosen und stellen absolut keine Lösung der Wohnungsfrage dar. Wenn der Vorschlag der SPÖ davon ausgeht, durch eine zehnprozentige Erhöhung der Lohnsteuer und der Einkommensteuer einen Fonds zu schaffen und mit Hilfe dieses Fonds Wohnungen zu bauen, dann möchte ich fragen, wann werden die unbedingt notwendigen 200.000 Wohnungen in Österreich gebaut werden auf dem Weg, den die SPÖ vorschlägt? Ich glaube, daß zur Wiederherstellung der Arbeitskraft der österreichischen Arbeiter und Angestellten nicht nur Essen und Trinken und Kleidung gehört. Zur Wiederherstellung der Arbeitskraft gehört auch ein Dach über dem Kopf, dazu gehört, daß diejenigen, die die Arbeitskraft ausbeuten, die von der Ausbeutung dieser Arbeitskraft leben und existieren, auch dafür sorgen sollen, daß der Mensch, der für sie arbeitet, auch eine Wohnung, auch ein Dach über dem Kopf hat.

Es wurden heute von verschiedenen Rednern ausfällige Äußerungen gegen meine Partei und gegen die Volksdemokratien gemacht. Schauen Sie, ich glaube, daß es auch für Sie von Nutzen wäre, sich ein wenig mit den Volksdemokratien zu beschäftigen und sich ein wenig umzuschauen, wie die Volksdemokratien ein solches Problem, wie es das Wohnungsproblem ist, löst. (Abg. Kandutsch: „Wir haben zuviel gesehen davon.“) Im ungarischen Fünfjahresplan, der dieses Jahr schon läuft, ist der Bau von 180.000 Wohnungen vorgesehen, jährlich 36.000 Wohnungen. (Abg. Stöffler: „Und wieviele Gefängnisse?“) Warum brüllen Sie? Zeigen Sie, daß Sie auf diesem wichtigen Gebiet unseres Lebens zu einer ähnlichen Leistung imstande sind. Wieviel Wohnungen werden mit Ihren Mitteln, mit Ihren Methoden in den nächsten fünf Jahren gebaut werden? Wenn wir sagen, „Wohnungen statt Kasernen“, (LR. Dr. Illig: „Wir haben ja keine Kasernen!“) dann ist das begründet, obwohl ich weiß, daß manche unter Ihnen mehr Verständnis dafür haben, allgemeine Steueraufkommen, also die Mittel des Volkes, dafür zu verwenden, Kasernen zu bauen anstatt Wohnungen. Sie dürften genau so gut wissen wie ich, daß in der Steiermark in diesem

Jahr allein für militärische Bauten vom Handelsministerium 4.246.000 Schilling freigestellt worden sind.) (LR. Dr. Illig: „Das Handelsministerium?“) Sie wissen so gut wie ich, daß im Bundesvoranschlag stille Reserven vorhanden sind, die dafür gedacht sind, im Rahmen des Atlantik-Paktes die Wiederaufrüstung in Österreich voranzutreiben. Was ist mit der Schulkaserne in Liebenau? Man hat dafür 1.216.000 Schilling für dieses Jahr eingesetzt. Was ist mit dem Flughafen in Zeltweg? (Präs. Stockbauer: „Was kostet ein tschechisches Frauenbataillon?“) Ich glaube, er wäre reif wieder in Acker umgewandelt zu werden. Es stehen 100.000 Schilling in dem Voranschlag des Handelsministeriums, welche die Bundesgebäudeverwaltung II in Graz für diesen Flughafen zu verwenden hat. Wie steht es mit dem Flughafen Aigen, der ein ausgesprochener Militärflughafen war? 356.000 Schilling sind dafür eingesetzt, um diesen Flughafen in Aigen wieder in Stand zu setzen. (Präs. Stockbauer: „Die brauchen wir ja, damit die Flüchtlinge aus den Oststaaten landen können.“) (Stürmische Heiterkeit.) Gerade der Landtagspräsident Stockbauer, der früher solche Friedenstöne gefunden hat, hat keinen Grund, ironische Bemerkungen zu machen. Er weiß, daß zwischen den Friedenstönen, die er gesprochen hat und der realen Wirklichkeit ein scharfer Widerspruch besteht. Ein Widerspruch, der darin zu sehen ist, daß heute alles, was aus Österreich eine Basis des amerikanischen Kapitalismus zu machen imstande ist, propagiert wird, um zu einem Angriff auf die Welt der Volksdemokratien, auf die Welt der Sowjetunion, gerüstet zu sein. (Zwischenruf Abg. Stöffler: Daß Sie den Krieg wollen, das ist der Widerspruch.“) („Wo stehen die Wachtürme, drüben oder herüber?“) (Landesrat Dr. Illig: „Sie wären auch noch ein fescher Rittmeister.“) (Zwischenrufe, Lärm; Präsident mahnt mit Glockenzeichen zur Ruhe.) Es ist interessant, daß der Hohe Landtag brüllt in dem Augenblick, in dem man davon zu sprechen beginnt, daß es das wichtigste in unserem Lande ist, den Frieden zu erhalten, unser Land herauszuhalten aus allen Kriegen, es ist interessant, daß alles brüllt, mit dem VdU zusammen, mit diesen Faschisten, die keinen anderen Gedanken haben, als unsere Jugend für fremde Fahnen in Uniformen zu stecken. (Zwischenruf bei VdU: „Wir haben keine fremden Interessen, ihr seid ja komisch.“)

Ich möchte über noch eine Frage sprechen, die — wie ich glaube — von ganz besonderer Bedeutung ist, nämlich über die Frage der Entlohnung der Landesbediensteten. Wir haben nach dem Voranschlag 9419 Bedienstete. Es ist für diese 9419 Bediensteten ein Gesamtaufwand von 90.591.000 Schilling vorgesehen. Das bedeutet, daß unsere Landesangestellten einen Durchschnittsmonatsverdienst von etwa 700 Schilling haben. Ich glaube, wenn man sich das vor Augen führt, denkt man anders über die selbstgefällige Rede, die der Abgeordnete der Volkspartei gehalten hat, 700 Schilling Durchschnittsverdienst, man kann sich vorstellen, wie es in den unteren Kategorien der Landesbediensteten aussieht. Im Landesvoranschlag ist für ein entsprechendes Nachziehverfahren nichts vorgesehen. Der Landesfinanzreferent hat geäußert, daß das Nachziehverfahren dem Lande etwa den Betrag

von 2 Millionen Schilling kosten wird. (LR. Horvatek: „Rein zusätzlich zu dem, was wir durch Maßnahmen des Bundes bekommen werden, der Aufwand beträgt etwas über 10 Millionen.“) Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Wenn wir die Landesangestellten halbwegs auf ein Lohnniveau bringen wollen, das ihren Leistungen entspricht, das ihren Lebensnotwendigkeiten Rechnung trägt, haben wir damit zu rechnen, daß dafür mindestens zusätzlich 15 Millionen Schilling notwendig sind und das für den Rest des Jahres. Also ich sehe nicht ein, wieso eine solche Selbstgefälligkeit bei Betrachtung des Landesvoranschlages möglich ist. Ich möchte noch einige interessante Beobachtungen besprechen, die ich im Finanzausschuß gemacht habe.

Im Finanzausschuß wurde scheinbar hart gekämpft, aber es war letzten Endes nicht so arg. Nachdem die SPÖ und ÖVP sich gegenseitig übertrumpft haben im Stellen von Anträgen, sind sie schließlich zur Überzeugung gekommen, so kann das nicht weitergehen und haben sich zu Parteibesprechungen zurückgezogen. (Heiterkeit.) (LR. Dr. Illig: „Ohne Sie dazu einzuladen.“) Und in dieser holden Bettgemeinschaft (Gelächter) ist der harte Streit beigelegt worden in der Weise, daß im wesentlichen die sozialistische Fraktion, soferne sie, wie das Beispiel mit den Lehrwerkstätten zeigt, einen leisen Versuch gemacht hat, in einer Sache einen kleinen Schritt nach vorwärts zu tun, diesen Schritt schleunigst zurückgezogen hat. (Abg. Stöffler: „In anderen Staaten wird der Verhandlungspartner erschossen.“) Auf der anderen Seite hat die ÖVP sich bei allen ihren Anträgen im wesentlichen darauf beschränkt, Wirtschaftsförderung durch Subventionierung der Privatwirtschaft zu betreiben. (Landesrat Dr. Illig: „Das ist ja Phantasie!“) Das ist ihr Rezept, ein anderes Rezept hat sie nicht. Mit dieser Art der Wirtschaftsförderung wird unsere Wirtschaft wahrscheinlich auf keinen grünen Zweig kommen.

Der Landeswohnbaufonds wurde mit 4 Millionen Schilling dotiert. Der Landesfinanzreferent hat gesagt, das bedeutet 160 bis 200 Bauvorhaben, also Vorhaben von Siedlungsbauten, die dadurch bewerkstelligt werden können. Ist nicht viel, aber der Mensch freut sich, wenigstens etwas, wenigstens ein kleiner Tropfen auf einen sehr heißen Stein. Der VdU hat sich darauf beschränkt zu verlangen, daß man alle Bewirtschaftungsstellen auflösen soll, aber unterdessen hat er sich schon korrigiert. Im Finanzausschuß hatte man den Eindruck, daß er nicht mehr und weniger verlangt, als daß man die Angestellten dieser Bewirtschaftungsstellen Knall und Fall davonjagen soll. (Zwischenruf Abg. Scheer: „Ist nicht wahr.“) Unterdessen, muß ich sagen, hat er sich etwas korrigiert, obwohl seine Theoretiker in Bezug auf die Pläne der Verwaltungsreform im Bunde kein anderes Konzept haben als: Werft die Angestellten und Beamten hinaus, sie sollen selbst sehen, wo sie bleiben. (Abg. Scheer: „Freche Lüge, was Sie da sagen.“) das heißt, sie führen ein Konzept durch, von dem sie glauben, daß sie sich in den Augen und im Lager der Großindustriellen, der Kapitalisten ein Verdienst erwerben können, um ihre sehr ramponierte Stellung irgendwie auffrischen zu können. (LR. Dr. Elsnitz: „So ramponiert wie Sie sind wir noch lange nicht.“)

Der Straßenbau ist ein Kapitel, das sehr eingehend im Finanz-Ausschuß diskutiert wurde und es ist sehr erfreulich, daß ziemlich beachtliche Mittel dafür freigemacht wurden, nur eines wäre zu wünschen, daß die führenden Funktionäre der ÖVP öfter ihren Wohnsitz wechseln. Es fällt nämlich eines auf: in der Gegend wo der Landeshauptmann wohnt, dort sind die Straßen reichlich dotiert. (Landeshauptmann-Stellv. Dipl. Ing. U d i e r : „Ist nicht richtig!“) Wenn man das Wort Leibnitz hört oder Sulmtal, so ist das die erste Landesstraße, die asphaltiert wird. Es wäre an sich nichts dagegen zu sagen, nur wäre es gut, wenn der Landeshauptmann von Zeit zu Zeit einen anderen Wohnsitz einnehmen würde, dann wäre für die Landesstraßen mehr Aussicht, rascher in einen Zustand versetzt zu werden, den man wünschen muß. Die zweite Straße Kirchbach—Gosdorf—Mureck, dort wohnt der Obmann des Bauernbundes (Heiterkeit), in Kirchbach. Ich habe nichts dagegen (Zwischenruf Abg. Wallner : „Ich werde Ihnen sagen warum“), ich bin dafür, daß die Straßen hergerichtet werden, es fällt nur ein wenig auf, daß gerade dort, wo führende Funktionäre der ÖVP wohnen, für diese Straßen das größte Verständnis herrscht. Eine Ausnahme ist die Radegunderstraße, hier, das muß man sagen, haben Sie sich durchgekämpft, Herr Landesrat, da setzen Sie sich ein Denkmal. (Zwischenruf LR. Dr. Illig : „Ich wohne ja nicht in Radegund“.) Wo Sie wohnen, sind die Straßen schon lange asphaltiert. Ich habe nichts dagegen, ich möchte nur wünschen, daß auch in jenen Gegenden, wo keine führenden Funktionäre der ÖVP wohnen, mit der gleichen Sorgfalt, mit der gleichen Initiative daran gegangen wird, Straßen zu bauen. (LR. Dr. Illig : „Überall, wo man hinkommt, gibt es halt ÖVP-Leute.“) (Heiterkeit.) Aber scheinbar doch zu wenig, denn hinsichtlich der Landesstraßen fehlt es in vielen Gebieten.

Herr Landesrat Dr. Illig hat heute eine Attacke gegen den Mieterschutz geritten. Eine seiner größten Sorgen ist es, wie kann man die Hausherrenrente wieder herstellen (Zwischenrufe bei ÖVP.), scheinbar folgt er amerikanischen Vorbildern. Ich habe hier einen Artikel aus dem „Österreichischen Volkswirt“, darin sind zwei Statistiken, ich kann mir vorstellen, daß einen Mann wie Landesrat Illig eine solche Statistik nicht ruhen läßt. Da heißt es unter „Mieten“, daß der österreichische Arbeiter und Angestellte nur 2:1 Prozent seines Einkommens für die Miete aufwendet. (LR. Dr. Illig : „Und das scheint Ihnen zu hoch?“) Seien wir glücklich, daß er nicht mehr dafür aufwendet. Leider gibt es nicht wenige, die weit mehr als 2:1 Prozent ihres Einkommens für Miete aufwenden. Aber in Amerika, da braucht der Arbeiter und Angestellte 22:4 Prozent seines Einkommens für Miete. Ich glaube, das ist das Ziel, das sich der Herr Landesrat gesteckt hat und das so ungefähr hineinpassen würde in sein Konzept, nämlich, daß auch der österreichische Arbeiter und Angestellte neben all den Lasten, die er schon zu tragen hat, auch noch die Lasten der Hausherrenrente aufgebürdet bekommt. (Gegenrufe bei ÖVP.) Das Budget des Landes atmet denselben Geist wie das Bundesbudget. Es ist auch im höchsten Grade vom Bundesbudget abhängig. Es ist heute schon wiederholt gesagt worden, daß kaum zwei Prozent

der Einnahmen auf Grund der Steuerhoheit des Landes hereinkommen. Der Geist, der aus dem Bundesbudget spricht und auf das Landesbudget ausstrahlt, wird das werktätige Volk in Österreich nicht zu jenem Wohlstand führen, den wir erwünschen. (LR. Dr. Illig : „Sie sind der Geist, der stets verneint“.) Der Herr Landesrat Dr. Illig hat davon gesprochen, daß die Österreicher Individualisten sind und die Menschen, die in den Volkdemokratien wohnen, Herdenmenschen. Das Wort, das er hier geprägt hat, stammt allerdings aus der Phraseologie des Nationalsozialismus, aber man sieht, ungestraft kann man nicht jahrelang unter einem faschistischen Regime leben und selbst ein so unzweifelhafter Demokrat, wie es der Herr Landesrat Illig ist, hat, wie man sieht, aus dieser Ära manches angezogen. Ich glaube, daß der Individualismus der in unserem Lande Lebenden unter keinen Umständen so weit gehen darf, daß wir unseren Blick derartig hemmen lassen, daß wir übersehen, was in der Welt vorgeht. Es geht viel vor in der Welt und es geht vor allem viel vor in der Welt des Ostens, welche vorwärts marschiert zu einer neuen Ordnung (Zwischenruf bei SPÖ : „Zu einem neuen Krieg“.) zu einer sozialistischen Ordnung, trotz der Trabanten der amerikanischen Kapitalisten und ich bin der festen Überzeugung mit meiner Partei, daß auch Österreich, wenn nicht heute, so morgen, ebenfalls den Weg der Volkdemokratie, den Weg des Sozialismus gehen wird. (Abg. Sch e e r : „Hochverräterische Reden!“) (Lärm, Gegenrufe, Gelächter.)

Landesrat **Horvatek** : Hohes Haus ! Es war bisher üblich, daß der Landesfinanzreferent den Voranschlag, wenn er vom Finanz-Ausschuß behandelt war, durch eine Rede eingeleitet hat. Da der Voranschlag aber im großen und ganzen unverändert blieb, die Änderungen betragen 2:7 Prozent auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite, habe ich von dieser Übung abgesehen und habe mich nur deshalb jetzt zum Wort gemeldet, weil ich einige Irrtümer, die sich im Laufe der Debatte herausgestellt haben, richtigstellen will.

Es war mir sehr interessant, daß der Herr Landesrat Dr. Illig in seinem Artikel, im „Steirerblatt“, darauf hingewiesen hat, daß durch die Maßnahmen des Landes und des Bundes etwa 350 Millionen Schilling in die Wirtschaft gebracht werden. Scheinbar stehen ihm andere Mittel zur Verfügung als mir. Ich habe festgestellt, daß wir in unserem Voranschlag für Instandsetzungen 39 Millionen Schilling, für Neubauten und Erweiterungen 34:3 Millionen Schilling, für Neubauten im außerordentlichen Haushaltsplan, die budgetmäßig bedeckt sind, 25 Millionen Schilling, für Neubauten, für die die Bedeckung erst herbeigeschafft werden muß, 17:9 Millionen Schilling eingesetzt haben, das ergibt insgesamt 116,392.000 Schilling. Unter den Förderungsmitteln und Beihilfen, die das Land gibt, sind eine Reihe solcher, die gebunden sind an Beihilfen und Förderungsmittel des Bundes und der Interessenten. Die Bundes- und Interessentenbeiträge, die durch die Leistung des Landes mitbewirkt werden, betragen 41,607.000 Schilling. Also auch das wird in die Wirtschaft hineinkommen. Wir kommen daher zu einem Betrag von 157,999.000 Schilling, also rund

158 Millionen Schilling. Nach Mitteilung des Landesbauamtes werden Bauvorhaben — einschließlich Straßen — von der Bundesverwaltung in der Höhe von 83 Millionen getätigt. Das gibt dann zusammen rund 240 Millionen Schilling. Weiters habe ich mich bei der Kammer für Land- und Forstwirtschaft erkundigt, wieviel sie im ganzen für ihre Förderungsmaßnahmen dotieren, es sind etwa 40 Millionen Schilling. Da komme ich dann also insgesamt auf etwa 280 Millionen Schilling. Ich nehme also an, daß der Rest sich auf die Industrie bezieht und auf die Eisenbahnen, wozu mir aber die Unterlagen fehlen. Ich muß also sagen, daß der Betrag von 360 Millionen Schilling zweifellos zutreffen wird, wie ja die Übersicht, die ich mit meinem Ziffernmateriale angestellt habe, zeigt, und es nicht zutreffen dürfte, daß die arbeitende Bevölkerung nicht befriedigt sein wird, wenn heuer im Lande Steiermark 360 Millionen Schilling ins Verbauen gebracht werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese weitgehende Förderung der Bautätigkeit der Arbeitslosigkeit ein Ende bereiten und die Vollbeschäftigung in Steiermark nach sich ziehen wird.

Eine zweite Zahl, die heute hier gebracht wurde, und zwar hat sie der Herr Landesrat Dr. Illig ausgerechnet, sollte das Verhältnis der Einnahmen zwischen 1946 und 1950 zeigen. Hier ist allerdings Herr Landesrat Dr. Illig einem Irrtum unterlegen. (LR. Dr. Illig: „Ich sprach nicht von den Einnahmen, sondern von den Ausgaben.“) Die Ausgaben beziehen sich ja auf die Einnahmen. Man kann nicht mehr ausgeben als man eingenommen hat. Der Irrtum ist auf folgende Weise zustande gekommen. Im Jahre 1946 waren die Einnahmen ohne die Durchföhrungen, die ich abgezogen habe, 52·4 Millionen Schilling, im Jahre 1950 ohne die Durchföhrungen und die unwirksamen Beträge 282·5 Millionen Schilling. Es wäre also hier tatsächlich ein Unterschied zwischen den Einnahmen 1946 und 1950 von 538 Prozent. Aber das ist ein Irrtum! Im Jahre 1946 wurde die mittelbare Bundesverwaltung vom Bund bezahlt. Ich muß also, um einen richtigen Vergleich zu schaffen, die Mittel, die für die mittelbare Bundesverwaltung damals notwendig waren, und das waren nicht weniger als 55 Millionen Schilling, zu den wirksamen Einnahmen des Jahres 1946 dazu zählen, dann komme ich auf 107 Millionen Schilling und nur die kann ich vergleichen mit den wirksamen Einnahmen des Jahres 1950. Es ergibt sich sodann, daß die Einnahmensteigerung nur 263 Prozent beträgt. (Zwischenruf bei ÖVP: „Akademische Erörterung!“) Sie liegt also wesentlich unter der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten, die 450 Prozent betragen hat. Ich wollte das nicht wegen einer unfreundlichen Politik sagen, sondern um klar zu stellen, daß die öffentlichen Einnahmen nicht so enorm gestiegen sind, wie es im ersten Augenblick den Eindruck gemacht hat. (Landesrat Illig: „Ich habe auch nicht „Einnahmen“ sondern „Ausgaben“ gesagt.“) Das ist identisch, denn wir können nicht mehr verausgaben, als wir vereinnahmen. Sie wissen, daß wir normal nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Wir haben im Jahre 1946 noch etwas verausgaben können aus den sogenannten Rücklagen, die aber seither erschöpft worden sind.

Ich möchte nun grundsätzlich auf die Ausführungen des Herrn Landesrates Illig eingehen, die sich auf den Finanzausgleich bezogen haben. Ich kann die Meinung des Herrn Landesrates Dr. Illig nicht teilen. Er ist der Meinung, daß das Finanzausgleichsgesetz, wie es jetzt in Wirksamkeit ist, eine außerordentliche Gefahr für jedes Bundesland Österreichs, also auch für die Steiermark, darstellt, einen Angriff auf den Föderalismus und wir jetzt wieder zu einer Gesetzgebung kommen müßten, die die Abgabenhöheit des Landes wieder herstellt. Wir haben eine föderalistische Bundesverfassung, aber es ist für die Ausführung der in dieser Verfassung vorgesehenen Verwaltungsmaßnahmen vollkommen gleichgültig ob die Einnahmen, die die Länder bekommen, über die Bundes-Finanzbehörden zufließen oder ob wir eigene Abgabenämter haben. (LR. Dr. Illig: „Nein, das ist nicht vollkommen gleichgültig!“) Aber eines übersehen Sie. Es liegt im Wesen der bundesstaatlichen Verwaltung, daß die Organe des Bundes eine Kompetenz über die gesetzgebenden Organe der Länder haben. Wenn wir heute die Steuerhöheit besitzen würden wie vor 1934, würde uns dasselbe passieren wie damals. In der sogenannten Ära Dollfuß-Schuschnigg sind Maßnahmen getroffen worden, die weitgehend die Einnahmen der Länder gedrosselt bzw. den Ländern neue Ausgaben auferlegt haben. Der Bund wird, wenn er in Not gerät, hineingreifen wo er kann; entweder Abgaben, die das Land besitzt, als Bundesabgaben erklären oder durch Gesetz die gleichen Abgaben einföhren, wie sie die Länder haben oder aber er kann die Landesabgaben auf die Weise schmälern, indem er neue Lasten auf die Länder überwälzt. So würde die Rückeroberung der Abgabenhöheit in Wirklichkeit ein echter und dauernder Schutz nicht sein. Was Sie, Herr Landesrat, Dr. Illig, meinen, ist etwas anderes. Sie wollen haben, daß man im Abgabenteilungsgesetz den Ländern gewisse Rechte für einen bestimmten Zeitraum einräumt, sie ihnen zugesteht und während der Wirksamkeitsdauer dieses Gesetzes keine Änderungen vornimmt. Wir haben das Notopfer erlebt, das einen Eingriff in den Finanzausgleich darstellt und dreimal erlebt, daß der Bund geteilte Bundesabgaben auf die Weise unterhöhlt, indem er besondere Zuschläge für reine Bundeszwecke zu den geteilten Bundesabgaben einhebt, die zwar von den Sprechern Ihrer Partei in den Bundesratssitzungen als ungehörig bezeichnet, schließlich aber doch von den Abgeordneten Ihrer Partei genehmigt wurden, denn sonst hätten sie nicht Gesetz werden können. Gegen diese Möglichkeiten gibt es bei der Kompetenz des Bundes keinen Schutz, der Schutz liegt nur darin, daß die Parteien selbst sich bemühen, das Recht, das sie geschaffen haben, für die bestimmte Zeit einzuhalten. Es gibt für den Bund eine Entschuldigung. Er ist bei seiner Budgetierung in einer weitaus schwierigeren Lage als die Länder. Es sind das zweifellos Notmaßnahmen, die getroffen worden sind, die uns nicht erfreuen. Unsere wichtigste Aufgabe bei den Finanzausgleichsverhandlungen, die heuer mitten im Sommer beginnen werden, wird sein, zu trachten, eine Zusage auf Einhaltung der Gesetzgebungsmaßnahmen zu erreichen, mehr wird nicht erreichbar sein. Alle jene Maßnahmen, die die Länder betreffen, wurden von den föderalistisch

eingestellten Abgeordneten der ÖVP gutgeheißen, hätten sie nicht mitgestimmt, wären sie nicht geschehen. Man kann nicht sagen: „Halte den Dieb“, wenn er im eigenen Lager sitzt. Es wurde vorgeschlagen vom Bundesfinanzminister, der der ÖVP angehört (Zwischenruf Landeshauptmann Krainer: „Zimmermann ist kein ÖVP-Minister gewesen!“) (LR. Dr. Illig: „Es gibt in unserer Partei eigene Meinungen, wir sind nicht so uniformiert.“) Wir haben damals zwei sogenannte Beamtenminister gehabt. Es wurde Gerö als uns und Minister Zimmermann als Ihnen zugehörig betrachtet, obwohl beide nicht als Parteiminister wirksam waren. Es waren zwei Beamte. Vom Finanzminister wurde im großen und ganzen gesagt, er sei zu Ihnen zu zählen. Jedenfalls haben maßgebende Faktoren Ihrer Partei sich trotz Einsprüchen vom Bundes-Finanzminister genau so überzeugen lassen wie die Abgeordneten unserer Partei im Nationalrat. (Landeshauptmann Krainer: „Der Not gehorchend, deshalb ist ja kein endgültiger Finanzausgleich gemacht worden!“) Die Befürchtungen, die Landesrat Illig hegt, sind nicht begründet, wenn aber, muß ihre eigene Partei sich nach der Richtung durchsetzen. Ich mache aufmerksam, es besteht bei diesem Versuch, zu einer eigenen Abgabenhöheit des Landes zu kommen, eine große Gefahr. Mir ist bereits der Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes bekannt. Aus diesem Entwurfe geht für mich hervor, daß, wenn er Gesetz würde, der Bundesfinanzminister die nächste Gelegenheit benützen wird, die Lehrerlasten den Ländern wieder zuzumuten, wir also als Folge der Abgabenhöheit eine Bombenlast tragen müßten, die sich ständig erhöht, und der wir auf die Dauer nicht gewachsen wären. Die Lehrerbezüge sollen beim Bund verbleiben. (Landeshauptmann Krainer: „Weil die Lehrer es wollen, nicht?“) Es waren deswegen doch immer Schwierigkeiten im Steiermärkischen Landtag, Herr Landeshauptmann Krainer. Erinnern Sie sich doch an einen Ausspruch! Wenn wieder eine Lehrervorlage gekommen ist, wurde ein Unterausschuß des Finanz-Ausschusses gebildet und dort haben die Lehrer der verschiedenen Richtungen Platz genommen und für die verschiedenen Politiker sind dann die großen Schwierigkeiten eingetreten und die Frage: Wie soll man das von den Lehrern Ausgehandelte bedecken? Es ist soweit gekommen, daß einmal die Biersteuer erhöht werden mußte, um den Lehrern höhere Bezüge geben zu können und daß im Lande dann allenthalben die Leute das Bierkrügel mit den Worten leerten: Damit die Lehrer etwas zu essen haben. (LR. Dr. Illig: „Daß ein Lehrer von den Lehrern nichts wissen will!“) Das war ein unwürdiger Zustand. Ich bin der Meinung, man soll nicht unnötigerweise die schwierige Frage der Einhebung von Steuern auch noch in die Länder tragen, es ist genug, wenn diese schwierige Aufgabe der Bund trägt. Wir wollen, daß der Finanzausgleich für die Zeit, für die er abgeschlossen worden ist, auch eingehalten wird. Die Bäume eines falsch gesehenen Föderalismus sollen nicht in den Himmel wachsen.

Sie wünschen, daß die Vormachtstellung Wiens endgültig gebrochen werde. (LR. Dr. Illig: „Übertreiben Sie doch nicht!“) Geben wir uns keiner Täuschung hin, Herr Landesrat, eine große Stadt hat besondere Bedürfnisse und Wien ist für Öster-

reich eine sehr große Stadt. (Zwischenruf: „Zu groß!“) Wir können sie nicht kleiner machen! Wir können nicht Maßnahmen treffen, daß über Nacht 300.000 oder 500.000 Menschen nach Sibirien abwandern. Das können wir nicht durchführen. Wien ist ein wertvoller wirtschaftlicher und geistiger Faktor in Österreich. Nehmen Sie von Österreich Wien weg, was bleibt in der Welt von Österreich? Die Konsequenzen, die die beiden Weltkriege nach sich gezogen haben, haben wir zu tragen ob wir wollen oder nicht. Wien hat zu den vom Krieg am stärksten betroffenen Städten gehört, Wien muß sich entwickeln.

Ich will in dem Zusammenhang noch folgendes sagen: Sie finden, daß der Kopfquotenausgleich, den wir durchgesetzt haben, ein Nachteil sei. Ich muß sagen, hier kann ich Ihnen nicht folgen. Was hat sich bisher beim Finanzausgleich aus der Struktur der Bundesländer gezeigt? Es hat sich gezeigt, daß die Struktur der Bundesländer so gelagert ist, daß bei den Bundesertragsanteilen manche schlechter und manche besser abgeschnitten haben. Oberösterreich, Vorarlberg und Salzburg waren immer weit über den Durchschnitt, während Steiermark, Kärnten und Burgenland unter dem Durchschnitt waren. Daher haben wir gesagt, es ist doch ausgeschlossen, daß die Länder derartig verschieden behandelt werden. (Landeshauptmann Krainer: „Nach dem Verhandlungsgrundsatz: divide et impera.“) Es ist unserem Einfluß, vor allem auch dem steirischen Einfluß, gelungen, zu erreichen, daß durch den Kopfquotenausgleich eine Besserung eintritt, da wir nun mindestens die Jahresdurchschnittskopfquote durch die Zuweisung des Bundes erreichen. Soll das ein Nachteil sein? Das ist einer der größten Vorteile des Finanzausgleichs, ihn haben wir vor 1934 nicht gehabt. Es wäre herostratisch, wenn man dagegen ankämpfen wollte. (Landeshauptmann Krainer: „Dr. Illig hat ihn nicht angekämpft, er hat nur bewiesen, daß Steiermark nicht auf die Kopfquote kommt.“) (Landesrat Dr. Illig: „Sehr richtig!“) Das ist eine Tatsache, die seit dem Jahre 1919 bekannt ist. (LR. Dr. Illig: „Das geht auf die Erbsünde zurück.“) Das war in der ersten Republik dasselbe. Das hat mit den Anwesenden nichts zu tun, das hat damit zu tun, daß unsere großen Fabriken und Unternehmungen ihre Zentralen in Wien haben, außerdem damit, daß die Urproduktion, die wir hier in der Steiermark haben, immer weniger Steuern zahlt als die Fertigungsproduktion. Es hängt zum Teil auch damit zusammen, daß wir hier in Steiermark vor allem bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe haben, während Oberösterreich und Niederösterreich Großbetriebe haben. Die Ursachen der ungleichen Verteilung der Bundesertragsanteile sind also nicht in der Politik zu suchen, sondern sie liegen in der Wirtschaft des Landes begründet. Ich bin absolut der Meinung, daß der Finanzausgleich eine sehr ernste und wichtige Angelegenheit ist und daß auf alle Fälle etwas verhindert werden muß: Es darf keine Maßnahme getroffen werden, die es dem Bund möglich machen würde zu sagen „Teile und herrsche“. Es müssen der Landgemeindegemeinschaft, der Städtebund und die Finanzreferenten zuerst zu einer Lösung kommen. (Landeshauptm. Krainer: „Zuerst die Länder.“) Dagegen ist nichts einzuwenden, daß die Länder sich

vorher beraten. Man muß zu einer gemeinsamen Plattform kommen, dann werden wir dem Bund gegenüber standhalten. (Landeshauptm. K r a i n e r : „Eine gewisse Ordnung: Bund, Länder, Gemeinden!“) Geschieht das nicht, dann wird heuer vielleicht etwas passieren, vor allem den Gemeinden. Aber erstens wollen wir die Gemeinden nicht schädigen, unter keinen Umständen, es sind ja die wichtigsten Zellen des Staates, und außerdem würde daraus nur folgen, daß, wenn es dem Bund wieder einmal schlecht geht, er zu den Reicherem, zu den Ländern geht und ihnen das, was sie mehr bekommen haben, wieder wegnimmt. (LR. Dr. Illig : „Wird nichts übrig bleiben, als wieder in die Laube zu gehen.“) (Heiterkeit.)

Es ist ziemlich eingehend über das Wohnbauproblem gesprochen worden. Ich möchte dazu nur folgendes sagen : 1. Wohnungen fehlen überall. Wir wissen, daß vor allem in Europa kein Staat existiert, der nicht unter einer außerordentlich schweren Wohnungsnot leidet. 2. Die Frage, „Wieviel Wohnungen bauen wir“, ist nicht die Frage des Mietzinses, sondern die Frage des vorhandenen Sozialproduktes. Ein Staat erzeugt durch seine Bürger, durch seine arbeitenden Menschen eine gewisse Menge des Sozialproduktes. Wie es aufgeteilt wird, ist natürlich die Frage. Aber sie können aus der Masse des gewonnenen Sozialproduktes nur einen bestimmten Teil für einen bestimmten Zweck abzweigen. Es wird also in Österreich nicht möglich sein, wenn Herr Abgeordneter Pölzl auch diesen Vorschlag gemacht hat, 37.000 Wohnungen in einem Jahr zu bauen, weil wir soviel nicht herauswirtschaften können. Die Grenze des möglichen Wohnungsbaues ist abhängig davon, wieviel man aus dem erzeugten Sozialprodukt für diesen Zweck abzweigen kann. Daß das Problem brennend ist, weiß sowohl die ÖVP wie die SPÖ. Es wird also notwendig sein, nachdem sehr konkrete Vorschläge von uns erstattet wurden, die, wie ich weiß, nicht Ihr volles Verständnis gefunden haben, daß ernste Menschen (Abg. Pölzl : „In die Laube gehen.“) (Heiterkeit.) jawohl, sehr richtig, in die Laube gehen, um dort diesen Weg zu finden. Es ist dies keine Schande, denn die Demokratie verlangt eine Vereinbarung. Man mag das nennen wie man will. Es ist dies in Wirklichkeit das edelste Produkt, denn es bleibt jede Übervorteilung und Benachteiligung des Partners aus, wenn man zusammen vereinbaren muß. Es muß eben jeder von seiner Forderung etwas nachgeben. Man kommt zu einem Ergebnis, das zwar nicht voll befriedigt, das aber den Weg zu einem günstigen Zeitpunkt wieder eröffnet. Mag nun einer vom Kuhhandel sprechen oder ein anderer sagen, daß wir „in die Laube gehen“, darin liegt eben der Sinn der Demokratie, daß sich die Verantwortungsbewußten zusammensetzen und gemeinsam einen Weg suchen. Sonst wären wir ja Autokraten. Aber die Autokratie des Ostens findet bei uns kein Wohlgefallen und sie widerspricht dem Sozialismus.

Der Herr Abgeordnete Scheer befindet sich in einem Irrtum, wenn er sagt, wir seien zu 98 Prozent vom Bund abhängig. Wir haben auch eigene Einnahmen. Wenn wir die berücksichtigen, so sind jene Steuereinnahmen, die wir aus den geteilten Bundesabgaben bekommen, 159,42 Millionen Schil-

ling, so daß wir sehr wohl auch über eigene Einnahmen verfügen.

Herr Präsident Stockbauer hat in seinen Ausführungen unter anderem auch auf den bedeutenden Aufwand in der Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, hingewiesen. Die Ausgaben betragen 79,3 Millionen Schilling im ordentlichen Haushaltsplan, im außerordentlichen 11,1 Millionen Schilling. Dem stehen Eigeneinnahmen aus derselben Gruppe im Betrage von 68,2 Millionen Schilling gegenüber, so daß die Belastung der wirklichen Einnahmen, die das Land hat, nur 11 Millionen Schilling beträgt. Ich beziehe mich auf den ordentlichen Voranschlag. Wenn ich den außerordentlichen dazunehme, sind es 22 Millionen Schilling. Abgeordneter Pölzl ist auch einem Irrtum unterlegen (Abg. Dr. Kaan : „Nur einem?“) in Bezug auf die Post 231,71. Er hat den Text vorgelesen, die Schreibkraft hat auf einen Beistrich vergessen (LR. Dr. Illig : „Der Beistrich muß geschlossen werden.“) (Heiterkeit.) Unter Post 231,71 soll es heißen : „Förderungsbeiträge zur Unterbringung arbeitsloser Jugendlicher in Lehrwerkstätten der Industrie, auf Lehrplätzen, in landwirtschaftlichen Lehrhöfen und bei Gemeinschaftsarbeiten für die Heimat“.

Ich darf jetzt ein aufrichtiges Wort sagen : Abgeordneter Pölzl hat gesagt, es ist unerträglich zu denken, daß die Jugendlichen, der Pflichtschule Entwachsenen nicht auf Lehrplätze kommen. Wir stellen fest, daß das immer so war, daß so und so viele Jugendliche entweder kein Interesse hatten, ein Handwerk zu lernen oder die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren, weil die jungen Leute körperlich zurückgeblieben, so ungenügend entwickelt waren, daß sie die Strapazen des gewählten Berufes nicht aushalten könnten (Abg. Pölzl : „oder daß sie ins Verdienen kommen mußten“) oder, sehr richtig, daß sie ins Verdienen kommen mußten. Heute ist es ja so, daß die Lehrlinge eine Lehrlingsentschädigung bekommen, die im zweiten Jahr schon beachtenswert ist. Tatsache ist, daß mit der Arbeit begonnen werden muß, es möge auf Lehrplätzen sein oder sonstwo, das ist weder schlecht noch schimpflich, aber man soll jeden, der einen Beruf erlernen will, auch fördern. Vernünftige Leute tun das auch. Je weiter unsere zivilisatorische Entwicklung fortschreitet, um so mehr ist auch die fachliche Ausbildung des Einzelnen notwendig. Der Einwand, daß es für junge Menschen, die aus den Pflichtschulen herauskommen und nicht sofort aufgenommen werden, Unheil bedeutet, wenn sie einstweilen andere Arbeiten verrichten sollen, stimmt nicht. Die notwendigen Einrichtungen hierfür zu schaffen müßte Bundesangelegenheit sein, die Frage beschäftigt schon eine Reihe von Menschen. Wenn hier steht : „Lehrwerkstätten der Industrie“, werden wir natürlich alle Möglichkeiten ausnützen. Wenn sich die Unterbringung auf Lehrplätzen schwierig gestaltet, wenn jemand den Lehrplatz nicht beziehen kann, weil er keine Unterkunft hat, so müssen wir ihn eben unterstützen, daß er auf einem privaten Kostplatz unterkommt. Wir haben auch Lehrhöfe der Landwirtschaft, über tausend, wo die Jugendlichen als Lehrlinge unterkommen könnten. Es gibt auch junge Leute, die Freude am bäuerlichen Beruf haben

und dann haben wir noch die Gemeinschaftsarbeiten für die Heimat. Ich möchte Ihnen das erklären, damit Sie nicht eine falsche Auffassung haben. Abgeordneter Stöffler hat da einen richtigen Gedanken ausgesprochen. Es wäre nur gut, wenn wir die jungen Leute begeistern könnten an einem Gemeinschaftswerk mitzuwirken, um so für die Allgemeinheit einen Dienst zu leisten, unter Bedingungen natürlich, die dem Jugendlichen körperlich und geistig gut tun und unter der Voraussetzung, daß dabei die geistige Ausbildung nicht vernachlässigt wird. Es wurde ja auch seinerzeit Tito nicht in Acht und Bann getan, als er so die Eisenbahn Banjaluka gebaut hat. (Zwischenruf bei VdU: „Sehr richtig! Dort war es Zwang, hier wäre es freiwillig.“) Wir können uns vorstellen, daß bestimmte Gebiete kultiviert werden sollen, daß man sie entwässert. (Abg. Pölzl: „Wessen Land ist es, das sie entwässern sollen?“) (Abg. Kandutsch: „Das ist ja gleichgültig.“) Ich kann mir ganz gut vorstellen, daß man hier die Leute einsetzt, nicht volle acht Stunden, sondern vielleicht vier Stunden. Über diese Zeit hinaus werden dann Kurse abgehalten und sie können auch Zeit mit Spiel verbringen. Die Idee, gemeinsam ein Werk für die Heimat damit zu schaffen, müßte sie doch erfreuen. Wichtig ist, daß die Fläche Frucht trägt, das ist volkswirtschaftlich sehr wichtig und wichtig ist es, wie Sie gehört haben, daß es unter besonderen Bedingungen geschieht.

Bei Berechnung der Bezüge der Landesbediensteten ist auch ein kleiner Irrtum. Der Durchschnitt beträgt 797 Schilling und nicht 700 Schilling, es fehlen also nur 3 Schilling auf 800 Schilling. Man soll schon so aufrichtig sein und sagen, es sind fast 800 Schilling. Was das Nachziehverfahren der öffentlichen Bediensteten betrifft, so ist es ein berechtigter Wunsch. Die bezüglichen Verhandlungen laufen, sind schon sehr weit gediehen und werden hoffentlich diese Woche zum Abschluß kommen. Der Bundesfinanzminister, die Vertreter der Länder und Gemeinden haben nicht nur die Berechtigungsfrage zu beantworten, sondern auch die Frage, wo nehmen wir die Bedeckung her. In dem Zusammenhang sind wichtige Bedeckungsvorschläge gemacht worden. Das Land wird nicht alles aus seinen jetzt präliminierten Mitteln beisteuern müssen, sondern ein Viertel. Wenn also das Nachziehverfahren für Steiermark 10 oder 12 Millionen Schilling ausmachen würde, würden wir 2 bis 3 Millionen beizutragen haben. Die werden wir beitragen. Es war nach meiner Meinung nicht notwendig, sie zu präliminieren, weil ich zu dem Zweck die Mittel aus dem vorhandenen Kassenbestande werde bereitstellen können. Wir werden in keine Schwierigkeiten geraten. Ich habe auf eine Anfrage eines Herrn des VdU erklärt, daß für die Beamten, Arbeiter und Angestellten keine Gefahr besteht. Was wir vereinbaren, werden wir in Steiermark halten.

Damit glaube ich, habe ich die wichtigsten Dinge, die darzulegen mir notwendig erschienen sind, gesagt und ich darf mit gutem Gewissen erklären, daß der Voranschlag, der dem Hohen Hause vorliegt, nicht nur gründlich durchberaten ist, sondern für alle Aufgaben, die dem Lande gestellt sind, die notwendigen Mittel vorsieht. Außerdem werden wir eine Reihe von wichtigen Förderungsmaßnahmen

vollziehen, so daß die Bevölkerung im Gegenteil zu dem, was Abgeordneter Pölzl gesagt hat, wird feststellen müssen, daß die steiermärkische Landesverwaltung, der Steiermärkische Landtag und die Landesregierung auch bei Beratung des Voranschlages 1950 ihre Pflicht voll und ganz erfüllt haben. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und VdU.)

Abg. Wegart: Hohes Haus! Die Ausführungen der Abg. Stockbauer und Pölzl veranlassen uns, einige Richtigstellungen zu treffen. Wenn wir Abg. Pölzl von seinem Sitz sich erheben und mit seinen geheimnisvollen, asiatischen Gesichtszügen lächeln sehen (Heiterkeit), so glauben wir daraus entnehmen zu können, daß alles das, was er sagt, von ihm selbst nicht geglaubt wird, sondern dahinter seine Auftraggeber stecken, denen er nicht entrinne kann. Ich will da nur eines anführen und das sind die Rüstungen in Österreich. Sie glauben wohl (zu Abg. Pölzl gewendet) selbst nicht daran, daß dieses kleine Land Österreich Rüstungen betreibt. Wir haben ein großes Interesse, den Frieden zu erhalten, dieses Österreich, das durch zwei Weltkriege hart mitgenommen wurde, hat kein Interesse, Heere aufzustellen, Rüstungen zu betreiben oder sich einer Aggression anzuschließen. Ich hätte begrüßt, wenn Sie gesagt hätten, was hinter dem Eisernen Vorhang an Rüstungen geschieht. In Österreich gibt es keine Frauenbataillone. Hier werden nicht die Kinder in die Rüstungsfabriken gepreßt (Landesrat Horvatek: „Hier sind auch keine Arbeitslager“). Dieses kleine Österreich hat kein Interesse, eine Rüstung aufzuziehen und hat kein Interesse, sich in eine Aggression zu begeben. Wenn Sie den VdU als faschistisch bekämpfen, so nennen Sie mir eine einzige Nummer in der „Wahrheit“ vor dem 9. Oktober, ob damals darin der VdU als faschistische Partei hingestellt wurde. Mit keiner einzigen Zeile wurde das behauptet. Erst hinterher hat man sich aufgemacht, um in die Versammlungen zu ziehen und das zu behaupten und ein untaugliches Bild zu geben. Wir verabscheuen solche Methoden, weil sie nicht dazu angetan sind, diese junge Demokratie zu erhalten.

Und nun zu den Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten Stockbauer. Als ich heute morgens die „Neue Zeit“ zur Hand nahm, um die Gemeinderatswahlergebnisse auch in der „Neuen Zeit“ zu studieren, da traute ich meinen Augen nicht. Ich wußte nicht, ob das ein Faschingsscherz sein soll, denn da steht „SPÖ stärkste Partei“ (Gelächter bei ÖVP). Der Witz steht aber tatsächlich hier. Doch wir von der ÖVP sind mit dem Ergebnis der Gemeinderatswahlen sehr zufrieden (Abg. Stockbauer: „Bleibt Ihnen ja nichts anderes übrig!“). Nehmen Sie zur Kenntnis, wir sind trotz allem die stärkste Partei. Wir sind Ihnen um 2000 Mandate voraus. (Abg. Hofmann: „Das ist ja kindisch! 2000 Mandate!“). Es ist erklärt worden, daß es der SPÖ gelungen sei, die Bevölkerung zu überzeugen, sie sei nicht für die Volksdemokratie. Sie wissen ganz genau, daß die Gemeinderatswahlen mit der Volksdemokratie nichts zu tun haben. Wir haben unsere Propaganda bei den Gemeinderatswahlen ausschließlich auf positive Leistungen abgestimmt. Es ist so, daß wir mit den Gemeinderatswahlen allein schon deshalb

zufrieden sind, weil ein Symptom besonders bemerkenswert ist: (zur SPÖ gewendet) Ihr Einbruch in das Dorf, von dem Sie immer wieder gesprochen haben, ist jetzt abgeriegelt worden. (Abg. Wurm: „Das ist übertrieben!“) Und nun erblassen Sie nicht, meine Herren vom VdU, wenn ich den Sozialisten folgendes sage: „Wenn Sie der Hafer sticht, sind wir jederzeit bereit, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. (Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. h. c. Machold: „Stellen Sie doch einen Antrag!“) Wir sind 1945, als wir noch auf keine Leistungen zurückblicken konnten, als die stärkste Partei in dieses Haus eingezogen. Wir sind 1949, als Sie mit allen Mitteln versuchten, uns zu Fall zu bringen, wieder als die stärkste Partei eingezogen und wir werden bei der nächsten Auseinandersetzung, gleichgültig zu welchem Zeitpunkt sie vor sich gehen wird, wieder als die stärkste Partei in dieses Haus einziehen. (Starker Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Wallner: Hohes Haus! Ich will nicht versuchen, die politischen Ausführungen des Herrn Abg. Pölzl zu zerstreuen, weil dies wahrscheinlich ein müßiges Beginnen wäre. Aber ich will der Behauptung entgegentreten, daß in der Dotierung der Straßenzüge zu viel Lokalpatriotismus aufscheine und jene Straßen zum Zuge kämen, wo ÖVP-Fraktionäre zu Hause sind. Warum in der südlichen Steiermark die Straßen besonders betreut werden müssen, will ich Ihnen erklären, Herr Abgeordneter: Das liegt in dem Umstand begründet, daß wir vor dem Jahre 1937 die Straßenerhaltung nur durch die lokale Bezirksvertretung geregelt haben. Im Bezirk Kirchbach allein wären 105 km Straßen zu betreuen. Wir konnten aber jährlich nur 2000 m³ Schotter auf die Straße führen, weil wir diesen gar aus Peggau oder Weiz beziehen mußten. Da können Sie sich vorstellen, daß die Straßen nicht so vorbereitet sind wie es für den heutigen Autoverkehr notwendig wäre. Nach Auflösung der Bezirksvertretungen kam der Krieg und erst seit einigen Jahren ist es möglich, für diese Straßen etwas zu tun. Wir sind froh, daß die Bezirksvertretungen aufgelöst sind und daß die Erhaltung der Straße jetzt eine Aufgabe des Landes ist. Wir haben ein Gebiet bis Mureck — über 30 km lang — für das schon im Jahre 1914 eine Bahnlinie projektiert war, die dann aber doch nicht gebaut werden konnte während des Krieges, so daß wir dort auf die Straßen angewiesen sind, welche aber absolut nicht den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen, weil hier oft Autos mit 15 bis 20 t fahren und die Straßen absolut nicht dafür eingerichtet sind. Deshalb will ich den Hohen Landtag bitten, dem Ausbau dieser Straße besonderes Interesse entgegenzubringen. Präsident Stockbauer hat davon gesprochen, daß die Landwirtschaft im Zuge dieses Voranschlages außerordentlich gut dotiert ist. Ich will als Vertreter der Landwirtschaft gerne feststellen, daß auch die Sozialistische Partei jederzeit Verständnis gehabt hat für die Forderungen der Landwirtschaft. Wenn es auch ihre Vertreter in gleicher Weise in Wien täten, dann wäre es um die Landwirtschaft besser bestellt und wir könnten von mancher Forderung absehen. Wir haben hier

Beträge zur Verfügung für Landwirtschaftsförderung, die bei 9 Millionen Schilling liegen. Wenn wir aber bedenken, daß wir in den Jahren 1948 und 1949 in der Steiermark allein 11.000 t Brotgetreide um einen Preis von 85 Groschen abliefern mußten, welcher Preis gerade das 1½fache des Preises von 1936 ist und wenn man verlangt, daß die Preise für die Produkte der Landwirtschaft ebenso höher festgesetzt werden wie bei allen übrigen Preisen ein Steigen nach aufwärts beobachtet werden konnte und wenn man dann allein den Betrag für Brotgetreide betrachtet, wo der Preis bei S 1.35 liegen müßte, dann findet man, daß der Landwirtschaft 5.5 Millionen Schilling vorenthalten wurden, also ein wesentlicher Teil dessen, was wir als Förderung der Landwirtschaft aufwenden.

Im Zuge des Lohn- und Preisabkommens im Jahre 1949 sind zum letztenmal die Rinderpreise in Österreich geregelt worden. Es wurden damals Preise festgelegt zwischen S 2.30 und S 4.90. Im Zuge des Lohn- und Preisabkommens des vorigen Jahres hat man es verabsäumt, d. h., es ist von Ihrer Partei nicht zugestanden worden, die Rinderpreise zu regeln und es sind nur die Schweinepreise allein geregelt worden. Wir mußten tausende Tonnen Fleisch abliefern unter Zwangsmaßnahmen, wodurch auch der Landwirtschaft Beträge vorenthalten worden sind, die ihr gebührt hätten. Es sind gerade in den letzten Jahren die Preisbehörde und derartige Einrichtungen immer wieder der Preisentwicklung in der Landwirtschaft nachgegangen und sehr viele Bauern sind gestraft worden, weil sie Preise, die längst anerkannt waren, vereinnahmt haben.

Ich möchte feststellen, daß im Rahmen des Budgets sicher auch heuer die entsprechenden Beträge eingesetzt sind, aber wir müssen es ablehnen, daß es so ausgelegt wird, als ob die Landwirtschaft als Bettler auftritt, der lästig ist und dem man etwas geben muß. Wenn man uns das gleiche Recht in der Produktion zugestanden hätte wie jedem anderen Stand, nämlich daß die Kosten der Produktion auf das Produkt umgelegt werden dürfen, könnten wir von manchen Förderungsmaßnahmen absehen. Aber die Landwirtschaft genießt ja eine Ausnahmestellung. Man fragt nie, was das Produkt eigentlich kostet. Wir stellen fest, daß die Gestehungskosten der Milch auf S 1.21 kommen, wir müssen sie aber um 95 Groschen oder 1 S abliefern, je nach Fettgehalt. Das sind Tatsachen, über die wir nicht hinweg kommen. Das Spiegelbild dieser ganzen Entwicklung ist die fortschreitende Landflucht, die immer weiter fortschreitet, denn immer wieder wandern die Menschen vom Land ab. Sie wollen nicht mehr bleiben. Es wird niemand behaupten können, daß unsere Bauern in der Steiermark — von denen mehr als 82 % unter 10 ha Kulturfläche haben — vielleicht Kapitalisten sind, die ihren Mitarbeitern nicht das zukommen lassen, was ihnen gebührt. Aber es ist eine Tatsache, daß wir vor einer Verelendung der Landwirtschaft stehen. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir als Folge des Krieges in der Landwirtschaft zurückgeblieben sind, daß in unseren Bergen und Tälern eine Bearbeitung, wie sie vielleicht in ebenen Flächen üblich ist, geradezu unmöglich ist, daß wir daher unsere Land-

wirtschaft nicht so mechanisieren können unter Einsatz von großen Maschinen und deshalb die Produkte bei uns immer teurer sein werden. Es wird uns, wenn vom Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften die Rede ist, immer das eine Rezept gesagt, daß wir eben den Arbeitsleuten mehr bieten müßten, daß wir eben das bieten müßten, was auch die anderen Berufsstände geben. Das ist unmöglich, weil wir auch in der Arbeitszeit nicht mitkönnen. Bei uns geht das nicht anders, wir müssen um 4 Uhr früh aufstehen und sind vor 9 Uhr abends nicht fertig. Dort aber, wohin die Arbeiter, die aus der Landwirtschaft kommen, abwandern, dort arbeiten sie vielleicht von 7 bis 4 Uhr. Das können wir nicht bieten. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, daß die verschiedenen Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet werden, um die Landwirtschaft weiter aufrecht zu erhalten.

Ein besonders wichtiges Kapitel ist für die Landwirtschaft Bildung und Aufklärung. Ich werde morgen bei der Spezialdebatte über das Kapitel 7 Gelegenheit nehmen und aufzeigen, was wir auf diesem Gebiet vorgenommen haben. Es muß alles zusammenwirken und es muß das Verständnis für die Landwirtschaft vorhanden sein. Nur dann wird es uns möglich sein, die Landwirtschaft in unserem Land gesund und aufrecht zu erhalten, denn nur eine gesunde Landwirtschaft ist die Voraussetzung für eine gesunde Volkswirtschaft.

Dann wird es uns gelingen, die Landwirtschaft in unserem Land gesund und kräftig aufrecht zu erhalten, nicht um ihrer selbst willen, sondern um der anderen willen, denn bei einer gesunden Landwirtschaft gedeiht die Volkswirtschaft. (Händeklatschen und Bravorufe bei ÖVP.)

Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. **Udier**: Abg. Scheer vom VdU ist unbedingt darauf aus, meine Ehre zu retten, obwohl ihm Bürgermeister Dr. Speck als Vorsitzender des Finanzausschusses mitgeteilt hat, daß meine Ehre nicht angegriffen worden ist. Ferner bin ich, wie Präsident Stockbauer sagte, nicht ganz freizusprechen von der Schuld an den Vorgängen bei den Landesbahnen. Darf ich dazu ein paar Klarstellungen geben. Im Jahre 1946 war die Budgetbehandlung über die Eisenbahnen etwas problematisch, weil alles frisch übernommen wurde. Schon im Jahre 1947 wurde bei der Budgetbehandlung darauf hingewiesen, daß der enorme Aufwand bei den Landeseisenbahnen die Notwendigkeit ergibt, die Frage zu studieren: Übergabe an die Bundesbahnen oder Liquidierung. Damals wurde ich vom Finanzausschuß damit beauftragt, Sorge zu tragen dafür, daß ein geeigneter Mann gefunden werde, der den nötigen Einblick habe und imstande sei, die Beziehung zur Bundesbahn herzustellen. Diese Aufgabe war nicht so leicht, diese Leute laufen nicht auf der Straße herum, daß man einfach darnach greifen könnte. Nach vielen Versuchen mit der Bundesbahn hat man nach Direktor Hillebrand gegriffen, der bei der Bundesbahn beschäftigt war, dort alle Sparten durchgemacht hatte und von der Landesregierung dazu bestimmt wurde, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich bedaure es jetzt, Hemmungen gehabt zu haben, ein Mitglied unseres Klubs

zum Direktor zu ernennen. Ich würde diesen Schwierigkeiten entgangen sein, wenn ich dies getan hätte. Ich habe aber, wie gesagt, Abstand genommen, einen Parteimann zu bestellen. Hillebrand ist im Spätherbst 1947 zum Direktor ernannt worden. Das Budget war immer gleich trostlos. Im Frühjahr 1948 wurde uns die Sache durch folgende Situation erschwert: Durch eine Kommissionierung wurden Vorschriften herausgegeben, die praktisch darauf hinausliefen, daß wir auf der Eisenbahn überhaupt nicht mehr fahren konnten. Auf sämtlichen Strecken wurden Geschwindigkeiten von 10 Kilometer vorgeschrieben. Die Höchstgeschwindigkeit war 25 Kilometer mit Rücksicht auf den desolaten Zustand des Oberbaues. Diese Lage war die Ursache, daß im Budget eine Summe vorgesehen wurde für die Wiederherstellung des Oberbaues; diese wurde veranlaßt durch Dr. Hillebrand auf Grund der eigenen Geschäftsordnung, die die Landeseisenbahnen auch noch heute haben. Leider ging er über den Rahmen hinaus und war etwas großzügiger als notwendig, weil er die Verbindung zum Referenten nicht herstellen mußte, wie das sonst allgemein üblich ist. Ich muß aber hier zu meiner Rechtfertigung feststellen, daß alle diese Finanzierungen und Bestellungen der Landeseisenbahnen von der Abteilung 10 bewilligt wurden und dort durchgelaufen sind, sodaß restlos allein meiner schlechten Obsorge sicher nicht die Schuld beigemessen werden kann. Es ist jedenfalls festzustellen, daß er in dieser Zeit seines Wirkens ohne meine Obhut war insoferne, als es im Juli 1948 zu einer Änderung in der Vergebung kam und zu einer Änderung in der Referatsverteilung. Aber nicht die Zustände bei den Landeseisenbahnen waren die Ursache, daß diese Aufgaben von mir zu Pirisch übergegangen sind, sondern die Tatsache, daß eine Änderung der Referate sich überhaupt als notwendig erwies. Sehr bald wurden die Machenschaften Direktor Hillebrands erkannt und der Landeshauptmann war es, der verlangte, daß der Rechnungshof eine Einschau vornehme. Weil die sozialistische Fraktion damals die Bestellung eines beeideten Rechnungsprüfers ablehnte, wurde vom Landeshauptmann verlangt, daß der Rechnungshof die Dinge klarstellt. Dieser hat beantragt, daß der Mann suspendiert werde und damit ist die Rechtfertigung zu dieser Sache gegeben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Taurer**: Hohes Haus! Ich bin in der Lage, noch kürzer sein zu können, als mein Kollege Wegart. Er hat in der Frage der Gemeinderatswahlen die heutige Ausgabe der „Neuen Zeit“ als Faschingsnummer bezeichnet und erklärt, die ÖVP sei gerne bereit, Neuwahlen für den Landtag auszusprechen, ohne aber die Probe auf das Exempel zu machen und einen solchen Antrag einzubringen. Aus dem Zuruf des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold hat er schon ersehen können, daß es keiner langwierigen Verhandlungen bedarf, um für diesen Antrag, wenn er gestellt wird, unsere Unterstützung zu bekommen. Wenn ein derartiger Antrag eingebracht wird, so wird er von uns akzeptiert. (Landesrat Dr. Illig: „Nachher kommt bei Ihnen der Katzenjammer.“) Weil ich Ihnen aber den Ausdruck „Faschingsnummer“ nicht schenke, noch

eines: Was müssen Sie von diesen Gemeinderatswahlen befürchtet haben, wenn Sie mit diesem Ergebnis noch so zufrieden sind! (Händeklatschen, Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Der Landesfinanzreferent hat mich früher korrigiert, er hat gemeint, ich hätte das Durchschnittseinkommen der Landesangestellten zu niedrig angegeben. Das ist ein Irrtum, der darauf zurückzuführen ist, daß ich mit 13 Monatsgehältern gerechnet habe und der Landesrat Horvatek mit 12. Aber der 13. Monatsgehalt ist doch eine Selbstverständlichkeit, man kann dem Landesangestellten den 13. Monatsgehalt nicht in der Weise ausrechnen, daß man sein Jahreseinkommen durch 12 dividiert und nicht durch 13.

Bezüglich der Ausführungen des Abg. Wegart möchte ich einige Worte verlieren. Er hat mich hier als einen wilden Asiaten hingestellt. Ich bin internationalisiert, ich bin nicht beleidigt, wenn er in meinen Gesichtszügen Rassenmerkmale asiatischer Völkerstämme entdeckt, obwohl ich glaube, feststellen zu können, daß Wegart zufrieden sein könnte, wenn er so ein Steirer ist, wie ich ein Steirer bin. Er hat erklärt, man soll sich die Rüstungen im Osten ansehen und dann erst über den Krieg oder den Frieden reden. Ich weiß, daß es ein müßiges Beginnen ist, ihn über diese Zusammenhänge aufklären zu wollen. Aber für uns, die wir auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse stehen, bedeuten Rüstungen in den Volksdemokratien und in der Sowjetunion ganz etwas anderes als Rüstungen im kapitalistischen Amerika (Rufe: „Hört, hört!“) (Gelächter.) oder in den kapitalistischen Ländern des Westens überhaupt bedeuten. Für uns ist es klar, daß Rüstungen in der Volksdemokratie klar und unzweideutig der Verteidigung dienen, während Rüstungen im hochkapitalistischen Amerika, das heute nach der Weltherrschaft strebt, dem Angriff dienen. Für uns ist es klar, daß die Widersprüche des kapitalistischen Systems den Krieg, die Gefahr des Krieges so lange in sich tragen werden, solange es einen Kapitalismus gibt, mit einer solchen Gesetzmäßigkeit, wie eine Wolke den Regen in sich trägt. (Abg. Kandutsch: „Das haben Sie schön gesagt!“) Für uns ist es klar, daß die Volksdemokratien und die Sowjetunion niemals einen Krieg auslösen werden (Zwischenrufe), weil sie ihre Zwecke immer mit friedlichen Mitteln erreichen werden, weil sie imstande sind, ihre Völker mit den Mitteln der sozialen Planwirtschaft wirklich zum Wohlstand zu führen, während die kapitalistische Welt an den Widersprüchen ihres Systems zugrunde geht. (Abg. Hegenbarth: „Hier ist Radio Moskau, Sie hörten die Sendung für Österreich.“) (Schallende Heiterkeit.)

Hauptberichterstatte Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Es ist verhältnismäßig wenig Kritik an den Ansätzen des Landesvoranschlags geübt worden. Es ist, wie es das Recht jeder Budgetdebatte ist, auf allgemein politische Fragen eingegangen worden, wenn man nicht die Ausführungen des Herrn Abg. Pölzl zu den Landesstraßen hierher zählt, die der Herr Präsident Wallner zu Unrecht ernst und

zum Anlasse genommen hat, zu diesem Punkt zu sprechen.

Nur auf zwei Bemerkungen möchte ich antworten. Herr Landesrat Dr. Illig meinte — er hat es übrigens lächelnd vorgebracht — daß einer der Bedeckungsanträge seiner Partei die Erhöhung der Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen ist, wobei er jedoch einem Irrtum unterlegen ist; denn die Feststellung, wie hoch man Steuererträge einschätzt, ist kein Bedeckungsantrag, sondern höchstens ein Berechnungsantrag. Bedeckungsanträge sind es, wenn man neue Quellen für neue Einnahmen schafft und vorschlägt, gleichgültig, ob diese neuen Quellen Steuern oder sonst etwas sind.

Aber wichtiger erscheint mir etwas anderes, worauf aber übrigens Herr Landesrat Horvatek bereits eingegangen ist, nämlich die Frage des Föderalismus in Steuerfragen. Nach meiner Meinung müßte man da vorerst untersuchen, ob das gegenwärtige System für das Land Steiermark mehr oder weniger ergibt, und das ist einer sehr eingehenden Debatte würdig. Es könnte sein, daß etwa bei einer Änderung des Abgabenteilungsgesetzes gewisse eigene Steuereinnahmen für das Land gewisse Vorteile bringen würden; sie aber zu erkaufen mit einer Kürzung der Ertragsanteile, das wäre gewiß ungünstig. Da wäre vor allem notwendig eine Beratung über ein neues Bundesverfassungsgesetz bzw. Abgabenteilungsgesetz.

Das zweite aber, Herr Landesrat Dr. Illig: Sie haben mit einer poetischen Verklärung — nicht nur der Herr Abg. Pölzl spricht poetisch — den Individualismus und den Föderalismus aus der Gestaltung des Landes Steiermark von den südlichen Rebenhügeln bis zu den hohen schneebedeckten Bergen herausgelesen. Das ist ein gefährliches Argument. Das könnte einer weiteren Aufspaltung des Landes nach der Verschiedenartigkeit der Bodenbeschaffenheit oder der klimatischen Einflüsse das Wort reden und das wäre doch das Gegenteil von dem, was wir erreichen wollen. Österreich ist ein kleines Land. Wenn es auch verschieden gestaltet ist, so sind wir doch ein Volk und auch eine Volkswirtschaft und wir sollten nicht irgendwelchen Gedanken Platz geben, die allzu engen föderalistischen Gedanken das Wort reden.

Es sind im übrigen irgendwelche Abänderungsanträge zum Landesvoranschlag nicht gestellt worden. Ich darf daher den Antrag stellen, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Hauptberichterstatters gehört. Wir gehen in die Spezialdebatte ein. Ich möchte vorschlagen, nicht über die einzelnen Unterabschnitte, sondern immer über die gesamte Gruppe abzustimmen. Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? Es ist dies nicht der Fall.

Zur Berichterstattung über Gruppe 0 erteile ich Abg. Wegart das Wort.

Berichterstatte Abg. Wegart: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat sich in seinen Sitzungen ausführlich mit der Gruppe 0 beschäftigt und ist dabei erfreulicherweise zu einer

Reihe von Ersparungsmaßnahmen gelangt. Insbesondere sind es hier die Ernährungsämter. Aber auch sonst wurden Personal- und sonstige Einsparungen vorgenommen.

Ich stelle daher den Antrag, die Vorlage des Finanzausschusses zu genehmigen.

(Für die Zeit von 20,10 bis 20,20 übernimmt Vizepräsident Abg. Stockbauer den Vorsitz.)

Abg. Pölzl: Unter Punkt 0 des Voranschlages fällt auch das Amt der Landesregierung und damit auch das Wirken des Herrn Landeshauptmannes. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Frage besprechen, die mir außerordentlich wichtig dünkt. Im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, im Amt des Herrn Landeshauptmannes wird in einer Reihe von Fällen entschieden, wer die Staatsbürgerschaft bekommt und wer nicht. Es gibt viele Fälle, wo es allein dem Ermessen des Herrn Landeshauptmannes anheim gestellt wird, ob die Staatsbürgerschaft verliehen wird oder nicht. Es liegen mir einige Fälle vor, aus denen hervorgeht, daß dieses Amt sehr langsam arbeitet. Ich habe hier 5 Fälle, sogar 6 Fälle, wo die Akten schon seit März, Mai, Juli 1949 zur Erledigung im Amte des Herrn Landeshauptmannes liegen, zur Unterschrift bereit, aber die Unterschrift ist nicht zu bekommen. Ein Arbeiter von Fohnsdorf, ein Bergarbeiter, der seit vielen Jahren in Österreich arbeitet, hat wohl alle Voraussetzungen erfüllt, aber sein Akt kommt nicht zur Unterschrift. Bei einem Bergarbeiter aus Voitsberg der gleiche Zustand! Eine Familie, die seit 1915 ununterbrochen in Österreich ist, kann die österreichische Staatsbürgerschaft nicht erreichen. Daß sind keine Ermessensfälle, das sind Fälle, die vom Amt des Herrn Landeshauptmannes oder vom Herrn Landeshauptmann selbst verschleppt werden. Es ist nicht einzusehen, warum dem Gesetz nicht auch dann Genüge getan werden soll, wenn es sich um einen einfachen Arbeiter handelt oder wenn es sich um einen Kommunisten handelt. Auch Kommunisten, Herr Landeshauptmann, stehen nicht außerhalb des Gesetzes. Es gibt andere Fälle, die reine Ermessensfälle des Landeshauptmannes sind und ich bin der festen Überzeugung, wenn wir untersuchen würden, wer in Steiermark die Staatsbürgerschaft erhalten hat, so werden wir finden, daß viele ausländische Faschisten die Staatsbürgerschaft bekommen haben nur deshalb, weil sie Klassengenossen des Herrn Landeshauptmannes sind (Abg. Kandutsch: „Die Klasse der Landeshauptleute.“) Das verstehen Sie nicht. (Abg. Kandutsch: „Ich werde in die Schule gehen, aber mir fehlt das richtige Lehrbuch dazu, das proletarische nämlich!“) So ist klar, daß hier nach Gesichtspunkten vorgegangen wird, die mit den Interessen unseres Landes nicht immer in Einklang stehen. Es gibt aber auch Fälle, die nach dem gesunden Menschenverstand klarerweise zu Gunsten des Gesuchstellers entschieden werden müßten. So ist es beispielsweise vorgekommen, daß eine Mutter gleichzeitig auch für ihr Kind um die Staatsbürgerschaft angesucht hat. Bei der Mutter waren die Voraussetzungen vorhanden, folglich sollte man annehmen, auch für das Kind. Aber während

der Laufzeit des Aktes wurde das Kind 18 Jahre alt, nun hat die Mutter die Staatsbürgerschaft erhalten, das Kind oder dieser Jugendliche nicht. Das Ansuchen wurde abgelehnt mit dem Hinweise darauf, daß es keine Arbeit hat, daß es sich nicht in Arbeit befindet. Man hat ihm Arbeit versprochen, aber man hat ihm gleichzeitig gesagt, Arbeit kannst Du erst bekommen, wenn Du die Staatsbürgerschaft hast. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann fragen, welche Logik darin liegt. Welche Logik liegt in einer solchen Methode der Entscheidung über Staatsbürgerschaftsfragen, wenn man sich hinter derartigen bürokratischen Floskeln zu decken sucht, um jemand sein gutes Recht, wenn auch nicht nach dem Wortlaut des Gesetzes, aber vom Gesichtspunkt des gesunden Menschenverstandes aus, sein gutes Recht auf die Staatsbürgerschaft vorzuenthalten. Es gibt Leute, die im Jahre 1918 vergessen hatten, zu optieren — die sind automatisch Staatsbürger geworden — und vor allem die Kinder dieser Leute kommen durch diesen Umstand in die größten Schwierigkeiten. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann ersuchen, in allen diesen Fällen von seinem Rechte, von seinem Ermessen in der Art Gebrauch zu machen, wie es dem gesunden Menschenverstand entspricht und auch dann Gebrauch zu machen davon, wenn es sich um kleine Leute, Arbeiter, Angestellte handelt. Es muß ja nicht unbedingt ein Graf sein, der die Staatsbürgerschaft in Österreich bekommt.

Landeshauptmann Krainer: Ich liebe es sonst nicht, auf Polemiken einzugehen, aber weil die Frage der Staatsbürgerschaft Interesse erweckt, möchte ich die Fragen des Herrn Abg. Pölzl beantworten. Seit 1945 wurden rund 45.000 Personen eingebürgert. Es gibt eine Schichte von Menschen, die der Ansicht sind, daß wir sehr großzügig in der Einbürgerung gewesen sind. Ich glaube objektiv feststellen zu können, daß das Land Steiermark tatsächlich in den Fragen der Einbürgerung vertriebener Staatsbürger der Nachbarstaaten wirklich großzügig war. Diese Großzügigkeit hat allerdings auch einmal ihr Ende und unter den 45.000 eingebürgerten Personen sind wahrlich nicht 1 Per mille Kapitalisten gewesen, weil alle Vertriebenen und sogar die höchstens 1 Per mille Kapitalisten Proletarier geworden sind. Es ist nicht so, daß die Arbeiter und Angestellten zurückgestellt worden sind. Wenn ich in jeder Regierungssitzung 20 bis 40 Fälle auf den Sitzungsspiegel geben lasse, so bitte zu überprüfen. Es wird mir dann jeder Objektive sagen müssen, daß davon 95 % Arbeiter und Angestellte sind. Es darf die Einbürgerungsfrage nicht so ins Licht gestellt werden, als ob wir nach Klassengrundsätzen entscheiden. Wenn ich gesagt habe, die Großzügigkeit hat einmal ein Ende, so deshalb, weil inzwischen all jene Stellen, die in die Einbürgerung eingeschaltet werden müssen, die Arbeitsmarktlage nach anderen Gesichtspunkten sehen als wir vor 1 bis 2 Jahren. Heute werden das Arbeitsamt, das gefragt wird, und auch die verschiedenen Kammern in den meisten Fällen eine andere Stellungnahme beziehen, als noch vor einem Jahr. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß nach parteiischen Gesichtspunkten überhaupt nicht vorgegangen

wird, wir sind nur hellhörig geworden. Sie brauchen nicht zu lachen, Herr Kollege. Es haben sich eine Reihe von Tatsachen ergeben, die äußerst peinlich und unangenehm sind. Ich will Ihnen das nicht vorenthalten. Leute haben sich einbürgern lassen, die von allen möglichen Stellen und Parteien befürwortet waren, aber in dem Augenblicke, wo sie die Staatsbürgerschaftsurkunde hatten, auf einmal aus Österreich verschwunden sind. In England und anderen Staaten sind diese Menschen als österreichische Staatsbürger sodann unter bewiesenem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Wir sind nicht dazu da, jenen Leuten Schützenhilfe zu leisten, die sich die österreichische Staatsbürgerschaft nur verschaffen, um sich hernach das Ausland als Tummelplatz zu wählen und gegen uns zu spionieren.

Ich bin dem Hohen Hause an sich auf die Fragen bezüglich der Staatsbürgerschaft keine Antwort schuldig, weil diese in das Aufgabengebiet der mittleren Bundesverwaltung fällt und weil in allen Fällen die Bundesregierung mit zu entscheiden hat. Es sind auch eine Reihe von Anträgen, die wir gestellt haben, von der Bundesregierung nicht genehmigt worden. Es ist richtig, daß bei Verleihung der Staatsbürgerschaft viele Fragen Ermessenssache sind, aber gerade deshalb, weil sie Ermessenssache sind, muß mit aller Sorgfalt vorgegangen werden, es muß geprüft werden, ob der Mann oder die Frau würdig ist, Staatsbürger zu werden. Ich verweise darauf, daß andere Staaten — eben die, für die der Kollege Pölzl immer wieder allergrößtes Interesse zeigt, wobei er auch sein Interesse uns irgendwie klar machen möchte — keinen einzigen unserer österreichischen Staatsbürger dort aufnehmen. Sie wissen sehr genau zu prüfen, wen sie als würdig für die Verleihung der Staatsbürgerschaft anerkennen. Es werden alle Momente geprüft, die wirtschaftlichen, betreffs der Arbeitsmarktlage usw. und trotz aller Prüfung wird niemand eingebürgert, es sei denn, daß er ihnen in politischer Richtung besonders zusagt. Es ist selbstverständlich, daß wir nur insofern einbürgern, als wir auch von den Nachbarstaaten erwarten können, daß sie in gleichgelagerten Fällen auch Leute von uns einbürgern. Also eine Reziprozität, die ebenso gerechtfertigt wie notwendig ist!

Ich kann zusammenfassend sagen, daß wir laufend Einbürgerungen durchführen, daß aber noch viele tausende Gesuche vorliegen und darunter sind viele, denen nicht Folge gegeben werden kann, da in jeder Richtung hin nach allen den vielen Erlässen, die wir hier im Zusammenhang mit der Einbürgerung erhalten haben, vorgegangen werden muß. Wir werden jedenfalls auch weiterhin nach objektiver Prüfung, ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Klasse, soweit unser Land noch weitere Einbürgerungen ertragen kann, Menschen, die schuldlos von anderen Ländern vertrieben wurden, zu österreichischen Staatsbürgern machen. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Wegart:** Ich danke. Ich bitte, den Einzelplan 0 anzunehmen.

Präsident: Der Berichterstatter stellt den Antrag, die Gruppe 0 anzunehmen. Ich bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur
Gruppe 1.

Berichterstatter ist Abg. Wegart.

Berichterstatter Abg. **Wegart:** Der Finanzausschuß hat sich ebenso mit der Gruppe 1 beschäftigt, die das „Schubwesen“ beinhaltet. Ich stelle auch hier den Antrag, die Gruppe 1 unverändert anzunehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur
Gruppe 2.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch.

Berichterstatter Abg. Dr. **Allitsch:** Hoher Landtag! Der Finanzausschuß hat sich in umfangreichen Sitzungen mit der Gruppe 2 „Schulwesen“ beschäftigt und die auf Seite 1 und 2 der Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge verzeichneten Richtigstellungen beschlossen. Ich empfehle Ihnen, die Gruppe 2 mit diesen Abänderungsanträgen anzunehmen.

Abg. **Wolf:** Es wurde heute schon wiederholt, glaube ich, und ziemlich eingehend darüber gesprochen, warum wir besonderen Wert darauf legen, daß der Schulraumnot abgeholfen wird. Ich kann mich diesen Wünschen wirklich nur 100%ig anschließen. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich nicht nur vom Standpunkt der Abgeordneten aus, sondern auch vom Standpunkt des Lehrers dazu spreche. Der Herr Präsident Stockbauer hat ja ziemlich ausführlich und treffend die Gründe angegeben. Ich möchte sie nur kurz wiederholen. Er hat erklärt, daß es in erster Linie durch die Schulraumnot notwendig geworden ist, den Unterricht in 2 oder 3 Turnussen zu erteilen, was sogar in Graz auch der Fall war, obwohl ich es nicht verkennen will, sondern es anerkenne, daß der Stadtschulrat sich redlich bemüht hat, diese Mißstände abzuschaffen. Dreifache Turnusse gibt es in Graz nicht mehr, aber die zweifachen Turnusse gibt es noch in sehr vielen steirischen Schulen. Es ist diese Tatsache besonders unangenehm, auch deshalb, weil die Klassenzimmer nicht so gereinigt werden können, wie es notwendig wäre. Etwas, was aber heute noch nicht erwähnt wurde, möchte ich ganz beson-

ders unterstreichen. Durch das Zusammendrängen von 2 Klassen in einem Zimmer sind wir gezwungen, die 45-Minuten-Stunde einzuführen, beziehungsweise durchzuführen. Nun, einige werden sich vielleicht denken, daß es ja für die Lehrer recht angenehm ist, wenn sie statt 60 Minuten nur 45 Minuten unterrichten. Ich kann Ihnen aber ehrlich sagen, daß das nicht der Fall ist, denn der Lehrstoff — und das wurde ja heute auch schon ausdrücklich betont — ist ein ziemlich großer, der an die Kinder herangetragen werden muß und die Methode, die wir dabei verwenden, ist ja nicht so, wie sie einmal war, daß der Lehrer sich ganz einfach hingestellt und doziert hat und die Kinder das womöglich nachgesagt haben. Es muß ja das Lehrgut aus den Kindern erarbeitet werden. Das ist bedeutend schwieriger, erfordert vom Lehrer weitaus mehr Anstrengung und Zeit. Wer einmal in einem Klassenzimmer gestanden ist und einmal mitten drin war im Unterricht, der weiß, wie rasch 45 Minuten vergehen können. Es ist jetzt die Art, wie man den Lehrstoff zu bringen und zu bearbeiten hat und auch die Materie selbst wesentlich anders als zu jener Zeit, als das Reichsvolksschulgesetz entstanden ist. Denn der Volksschule und der Hauptschule ist gesetzmäßig als Verpflichtung gegen ihre Abgänger, die in das praktische Leben treten, die wichtige und schwere Aufgabe zugeteilt, sie für diesen Übertritt entsprechend vorzubereiten. Dieser Begriff hat sich gegenüber jener Zeit, in der das Reichsvolksschulgesetz geschaffen wurde, gewaltig verschoben, sodaß die neue Zeit die heutige Pflichtschule zumindest sehr erweiterte, wenn nicht inhaltlich wesentlich andere Aufgaben stellt, als die Zeit um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts. Nicht nur in den Zentren des Handels und der Industrie, in den Großstädten, auch in der Kleinstadt und auf dem flachen Lande, ja selbst in den verstecktesten Gebirgswinkeln hat die Technik mit ihrer getreuen Helferin „Maschine“ und ihren unentwegten Dienern „Dampf und Elektrizität“ siegreich Einzug gehalten und damit manches in die Rumpelkammer verbannt, wofür die Schule durch Jahrzehnte ihre Schüler vorbereitete.

Ich möchte nicht vergessen, bei dieser Gelegenheit zu erwähnen, daß die Lehrerschaft stets vollauf bemüht ist, den Zusammenhang zwischen Schule und Leben zu wahren. Sie setzt jederzeit die Ergebnisse ihrer technischen und volkswirtschaftlichen Fortbildung in die Unterrichtspraxis um und ergänzt so die Lehrpläne nach der lebenspraktischen Richtung. Damit ist der Forderung nach Vermittlung von Kenntnissen, also dem Unterrichten schlechtweg, Rechnung getragen. Die Schule hat aber eine ebenso wichtige zweite Aufgabe zu lösen, das Erziehen der Jugend.

Das beste Erziehungsmittel ist die Arbeit. Durch diese lernt der Mensch auch am leichtesten und gründlichsten. Unsere Schule muß daher Arbeitsschule sein. Kopf- und Handarbeit müssen uns helfen, aus unseren Buben und Mädeln wieder denkende Menschen zu machen, die nicht leeren Schlagworten nachlaufen, denkende Menschen, die wieder Pflicht- und Verantwortungsgefühl in sich tragen, damit sie nützliche Mitglieder jeglichen Gemeinwesens werden; wir brauchen aufgeschlossene Menschen, die

immer wieder fragen: „Warum?“ Wir wollen keine Herdentiere, die einem Leithammel blindlings nachfolgen, ohne sich um das Ziel und den eingeschlagenen Weg zu kümmern, höchstens mit dem einen selbständigen Gedanken, bei der Tränke und beim Futterplatz nicht der letzte zu sein.

Wir wollen sozial denkende Menschen erziehen, die sich ihrer Pflicht gegen die Gemeinschaft voll bewußt sind, die wissen, daß sie mitverantwortlich sind für das Schicksal Österreichs.

Die Unterrichtsstoffe müssen wir in erster Linie der Heimat entnehmen, unserer Heimat, die nicht mehr unter dem Namen „Donau- und Alpengau“ aufscheinen muß — die wieder Österreich geworden ist. Niemand brauchte aus ihr ein „Paradies“ zu machen, ein Paradies war unsere Heimat schon längst, ist es bis heute geblieben und wird es — so Gott will — immer sein. Denn alles, was der Landschaft Herz und Seele gibt, finden wir in Österreich.

Nicht bloß Felsenhäupter, die im Firnenglanz leuchten, korn- und weizenschwere Ebenen, die im Golde der Ähren glänzen, Forste und Hochwälder, die auf Bergen und in wasserreichen Tälern dunkeln, Rebengärten, in denen die Traube glüht und der Pfirsich reift, sondern auch Menschen mit Seele und Gemüt, ein treues, heimatliebendes, christliches Volk, das an seinem Glauben hängt, die religiöse Überzeugung der anderen achtet, dem Fremden mit einer herzlichen Liebenswürdigkeit begegnet, wie sie nur jenem deutschen Stamme eigen ist, der durch Jahrhunderte eine völkerverbindende Sendung erfüllte. Unsere bodenständige Schule wird daher Heimatschule im besten Sinne des Wortes sein. Wir dürfen aber nicht an der Heimat haften bleiben. In den oberen Schulstufen muß sich der Blick weiten für die ganze Welt, für die große Völkergemeinschaft, für das friedliche Zusammenleben aller Völker. Wir schaffen damit bei den Kindern die Grundlagen einer demokratischen Weltanschauung.

So schließt sich der Kreis.

Wir besinnen uns auf Österreich und wollen damit einen Beitrag liefern zur großen, hehren Idee des Weltfriedens, denn nur so wird die Zukunft unserer Kinder gesichert sein.

Aus dem bisher Gesagten erhellt wohl deutlich, daß der Beruf eines Lehrers außerordentlich schwer und verantwortungsvoll ist. Es kommt noch dazu, daß er bei vielen Leuten nicht das verdiente Ansehen genießt, meist nicht so entlohnt wird, wie es der Arbeit entspricht und keine äußeren Ehren einträgt, wie so manche andere Tätigkeit. Auch auf die Dankbarkeit der Schüler, denen er sich opfert, darf der Lehrer nicht immer rechnen. Wer sich also dem Lehrberufe zuwendet, muß auf dies alles verzichten und sich bescheiden können.

Dafür bietet aber der Lehrberuf dem, der mit ganzer Seele dabei ist, Freuden, wie kein anderer. Schon das Bewußtsein, das Edelste auf Erden, die Menschenseele, bilden zu können, muß den Lehrer erheben und ihn anspornen, sein Bestes zu geben. Kein anderer Stand hat so Edles zu gestalten, auch der Künstler nicht. Und dabei bietet der Lehrberuf stets neue Aufgaben und wird nie eintönig, wenn auch

der Fernstehende das anders beurteilt. Immer neue Schüler werden ihm zugeführt, jeder bietet ihm besondere Aufgaben. Und dann das mannigfaltige Bildungsgut, das er zum Werden der Persönlichkeiten benützen kann! Auch wenn er jahrelang in ein- und derselben Klasse unterrichten muß, gibt es fortwährend neue Aufgaben für ihn, kann er demselben Stoff stets neue Seiten abgewinnen. Dazu kommt noch das erhebende Gefühl, das heranwachsende Geschlecht für alles Edle begeistern und zu tüchtigen Staatsbürgern heranbilden und so dem Vaterlande den wertvollsten Dienst leisten zu können.

Ich muß noch darauf hinweisen, daß die Schüler, wenn sie so ausgestattet die Pflichtschule verlassen, eine weitere Fortbildung in größeren Städten anstreben und da ist aus der Notwendigkeit des Jahres 1945 geboren worden eine Einrichtung, ein Jugend-erziehungsheim, das wir in Graz, aber auch in den größeren Städten des übrigen Österreich haben. Damals wurden die Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen und so entstand diese Einrichtung, von der wir mit ruhigem Gewissen sagen können, daß sie in jeder Hinsicht ihre Aufgaben erfüllt und ganz erfüllt hat. Über die Schüler, die sich dem Gewerbe-stand zuwenden, wird nach mir jemand das Wort ergreifen, dem diese Sache näher liegt, daher auch besser Auskunft darüber geben kann.

Eine Verordnung will ich noch hervorheben, die wir außerordentlich begrüßen, das ist die Einführung der Landesbildstelle. Ich habe schon früher geschildert, daß die Kinder die Heimat kennen lernen sollen. Was die Kinder kennen, was sie erleben, soll die Ergänzung zu dem sein, was der Unterricht ihnen zeigt. Diese Bildstelle in Graz hat einen Lichtbild-apparat und dazugehörige Schmalfilme, die, wenn sie ausgenützt werden, Segensreiches leisten. Ich bin schon 40 Jahre im Berufe. Früher hatten wir stumme Bilder, die beweglichen ziehen bei den Kindern viel mehr, sie müssen nur richtig ausgenützt werden. Man zeigt den Kindern das Bild, bespricht es dann und zeigt es ihnen dann noch einmal. Der Deutschunterricht wird so belebt und ich wollte, Sie könnten es miterleben, was da dann für entzückende Aufsätze geliefert werden.

Ich glaube, in großen Umrissen von der Bedeutung der Schule Ihnen einen kleinen Überblick gegeben zu haben, ich glaube überzeugt zu haben, daß es wirklich notwendig ist, daß diese Schulhausbauten durchgeführt werden müssen. Es ist richtig, wir wissen, das ist Sache der Gemeinde. Wir sollen aber, wenn sich schon so viel geändert hat, vielleicht bauliche Änderungen nicht nur die Gemeinden durchführen lassen, die besonders in Steiermark an den Kriegseinwirkungen schwer zu leiden gehabt haben, auch das Land und der Bund sollen ihr Teil dazu beitragen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Finanzreferenten Dank sagen, daß er sich bereit gefunden hat, den bescheidenen Betrag, den geforderten Betrag von 300.000 S vom Vorjahr auf das Doppelte zu erhöhen, so daß wir heuer mit einem Betrag von 600.000 S rechnen können. Ich glaube, nicht ver-messen zu sein, wenn ich den Finanzreferenten bitte, im nächsten Jahr 1 Million Schilling einzu-setzen als Subvention, was wir zeitgerecht erbitten

werden, der Betrag wird höher werden müssen. Ich glaube, keine Fehlbitte getan zu haben, er sitzt ja nicht nur als Landesfinanzreferent hier, sondern ist auch ein alter Lehrer, alt natürlich nicht dem Herzen nach, ein Lehrer wird nicht alt, das möchte ich hier festgestellt haben. Ich glaube, daß der Lehrer im Finanzreferenten überwiegt und es genügen wird, ihn nur als Lehrer anzusprechen. Ich weiß, auch ihm ist zu allen anderen Titeln, die noch zum Landesfinanzreferenten kommen, der Lehrer der schönste Titel, sowie es auch für mich trotz meiner Funktionen im Landesschulrate usw. immer der schönste Titel bleibt, Lehrerin zu sein. Auf dieses Wort stütze ich mich und bitte Sie, daß Sie die 1 Million Schilling einsetzen, die wir erbeten haben für diese Schulhausbauten, die wir in Steiermark bei stets wachsender Schülerzahl notwendig brauchen werden, um alle diese Schäden zu beseitigen.

Wir sollen ja gerade im Unterricht den Kindern — wie schon gesagt — Österreich nahe bringen, denn wir Älteren — ich muß schon wieder auf das Alter anspielen — tragen unser Österreich im Herzen. Wir müssen aber unserer Jugend helfen, die Heimat des Herzens im Herzen zu finden. (Allgemeiner sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Stöffler: Hohes Haus! Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Berufsschulen und Schulen verwandter Art vom Lande mit an sich so bedeutenden Mitteln dotiert worden sind. Der beruflichen Ausbildung und Fortbildung unserer Jugend kommt ja ganz besondere Bedeutung zu. Es mag vielleicht für bestimmte Zwecke sehr vorteilhaft sein, die Jugend mit Wünschen für ein schöneres Leben, mit der Forderung nach mehr Freizeit und höherem Verdienst förmlich vollzustopfen, aber für die Jugend selbst und damit für die Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes ist es in erster Linie von Vorteil, wenn man diese Jugend mit Fachkenntnissen bereichert. Diese, gepaart mit Fleiß, sind die treibenden Kräfte, die bewirken werden, daß sich die Lebensverhältnisse einmal bessern, denn die Jugend von heute ist der Produzent von morgen. Je mehr diese Jugend also lernt, umso mehr wird sie morgen produzieren können und nur so wird sich unser Volk in Zukunft behaupten und dadurch wieder besser leben können. Die Arbeit — das wurde heute schon einmal gesagt — ist eine Art Medizin, sie ist der beste Former für den jungen Menschen, der in Entwicklung begriffen ist, um zu Kenntnissen, Pflichtgefühl und Lebensfreude zu kommen und nicht auf Abwege zu geraten. Der Arbeit kommt ein überaus großes erzieherisches Moment zu. Dazu muß kommen, was für unsere Wirtschaft von außerordentlich großer Bedeutung ist, daß die Jugend eine gute fachliche Ausbildung erhält. Wir haben heute schon gehört, daß viele junge Menschen als Arbeitslose auf der Straße stehen. Dies ist eine Gefahr für sie selbst: diese Menschen werden aber auch eine Gefahr für die anderen, denn solange sie keine geregelte Arbeit haben, sind sie auf dem besten Wege, zu verrotten, sich der Arbeit zu entwöhnen und damit für ein geregeltes Leben und Schaffen verloren zu gehen. Wir haben im Finanzausschuß sehr eingehend über diese Dinge beraten und waren darüber einig, daß es die erste Aufgabe sein muß, diese jungen

Menschen einmal von der Straße weg zur Arbeit zu bringen, sie förmlich in einem großen Reservoir aufzufangen, ihr Nichtstun zu beenden und sie irgendwie nutzbringend einzusetzen. Es ist natürlich klar, daß damit allein den jungen Menschen auch noch keine Zukunft geboten ist, aber die Gefahr der Arbeitslosigkeit ist gebannt. Wenn wir die Ziffern der Schulentlassenen von heuer jenen der kommenden Jahre gegenüberstellen, so werden wir eine starke Abnahme der Zahl der Schulentlassenen für die Zukunft feststellen können. Wir werden also eines Tages dort hinkommen, daß genügend Platz für neue Arbeitskräfte beziehungsweise genügend Lehrplätze vorhanden sind. Bis dahin wird dieses Reservoir erschöpft sein. Es ist im übrigen wirklich begrüßenswert, daß das Land auch den Gedanken der Gemeinschaftsarbeit für die Heimat in Betracht gezogen hat und ich glaube, daß diese gemeinsame Leistung für das Vaterland der Jugend den Begriff „Vaterland Österreich“ näherbringen wird. Wir wollen jedenfalls alles dazu beitragen, daß die Jugend von der Straße wekommt und daß sie eine fachliche Ausbildung erhält, die sie zu künftigen Gestaltern unserer Volkswirtschaft und damit unseres Lebensstandards befähigt. Diese fachliche Ausbildung darf aber nicht wirtschafts- und betriebsfremd sein. Unsere Fraktion hat schon im Finanzausschuß zweifelsfrei dargelegt und bewiesen, daß sowohl die Ausbildung der Jugend in Lehrwerkstätten weitab von gleichartigen Betrieben, als auch die Errichtung solcher Lehrwerkstätten Fehlinvestitionen darstellen würden, die man volkswirtschaftlich gar nicht rechtfertigen könnte. Die Lehrwerkstätten allein sind nicht fähig, den jungen Menschen alles das zu geben und das zu vermitteln, was sie später draußen in der Praxis in den Betrieben an Kenntnissen benötigen. Die Ausbildung der Jugend unterliegt dem zwingenden Gebot, daß sie wirtschaftsnahe, betriebsnahe sein muß. Wir freuen uns, daß diese unsere Auffassung bei der Festlegung der Zweckbestimmung für die vorgesehenen 700.000 S ihren Ausdruck gefunden hat und daß sie auch Gegenstand einer Resolution ist, die dem Hause vorliegt. Es fällt mir auf — und darüber wurde auch im Finanzausschuß gesprochen — daß sich auch auf der anderen Seite die Auffassung findet, diese Jugendfragen und Jugend Erziehungsprobleme sollten nicht Gegenstand politischer Debatten sein und sie sollten nicht als politische Fragen behandelt werden.

Aus den Äußerungen des Abgeordneten Pölzl jedoch konnte man heraushören, daß es für Sie (zur SPÖ gewendet) doch eine politische Frage ist, ich bitte Sie aber, diese Fragen nicht so aufzufassen und zu behandeln, denn sonst werden Sie nur zum Schrittmacher dessen werden, was das Ziel dieser Einmannpartei eigentlich ist. (Abg. Wurm: „Das dürfen Sie doch nicht uns unterschreiben!“)

Und nun noch ein Wort zur Frage der Kombination von Lehrwerkstatt und Meisterlehre. Es ist dies bestimmt eine sinnvolle Kombination und sie wird für die Ausbildung der Jugend sicher sehr befruchtend sein. Die Institutionen, die sich in erster Linie damit zu befassen haben, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und das Wirtschaftsförderungsinstitut, sind ja auch schon damit befaßt, diese

Frage zu lösen. In der Berufsschule wird den jungen Menschen Gelegenheit gegeben werden, ihre Kenntnisse zu vertiefen und sich einen größeren Horizont zu verschaffen, der über die Grenzen dessen hinausgeht, was sie sich in der Meisterlehre anzueignen vermögen. Diese Berufsschulen werden aber von Männern geleitet, die in der Wirtschaft stehen und nur sie können der Jugend das vermitteln, was die Wirtschaft an Kenntnissen fordert. Eine solche Lehrtätigkeit in Verbindung mit der praktischen Arbeit in der Meisterlehre wird den jungen Menschen dann einmal befähigen, als vollwertiger Arbeiter in der Wirtschaft zu stehen und ihr als Fachkraft zu dienen. Die Frage der beruflichen und fachlichen Ausbildung ist eine eminent wichtige, sodaß sich wirklich alle dazu Berufenen damit befassen sollen. Wir müssen uns alle anstrengen, der Jugend den richtigen Weg zu weisen, wir brauchen dazu gar nicht nach neuen Zielen zu suchen, wir können uns an das alte Wort halten: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Setzen wir der Jugend nicht irgendwelche weithergeholte Ziele in den Kopf, lehren wir sie lieber, die Arbeit zu lieben und wecken wir in ihr den Hunger nach mehr Wissen und Können. Österreich ist ein Staat, der machtpolitisch nie eine große Rolle spielen wird, Österreich war aber stets ein Staat, der in Kultur und Wissenschaft eine Weltmacht darstellte. Das ist also die Linie, auf die wir unsere Jugend bringen müssen und hier liegen die Aufgaben, auf die wir sie vorzubereiten haben. Wir werden unsere kulturelle Sendung und unsere wirtschaftliche Aufgabe nur dann richtig erfüllen können, wenn wir den jungen Menschen, die nach uns kommen, den richtigen Weg weisen, ihnen zu einer positiven Auffassung von Volk und Vaterland verhelfen und sie womöglich dazu bringen, daß sie ihre Väter an Kenntnissen und Fleiß nicht nur erreichen, sondern womöglich zu übertreffen versuchen. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Abg. Wurm: Hoher Landtag! Wir bedauern es, daß der Antrag, den wir unterbreitet haben, diesen Voranschlagposten auf 3 Millionen Schilling zu erhöhen, nicht durchgesetzt werden konnte. An Stelle der beantragten 3 Millionen Schilling sind jetzt 2,2 Millionen Schilling eingesetzt. Es wird allgemein behauptet und in der ÖVP-Presse darauf verwiesen, daß die Jugendlichen deshalb nicht eingestellt werden könnten, weil sich das Jugendschutzgesetz so ungünstig auswirke. Die Lehrlinge arbeiten nur 44 Stunden in der Woche und der Lehrherr habe Verluste, wenn er einen Lehrling einstelle.

Die Reihenuntersuchungen, die bei den Jugendlichen durchgeführt wurden, ergaben, daß 30% aller Jugendlichen Tbc-gefährdet waren. Dieses Untersuchungsergebnis veranlaßte die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter, Vorsorge zu treffen, um den Gesundheitszustand der Jugendlichen zu bessern. Daher wurde vereinbart, die Arbeitszeit der Jugendlichen zu verkürzen und ihnen einen zusätzlichen Urlaub zu gewähren. Der schlechte Gesundheitszustand der Jugendlichen, verursacht durch den Krieg und die Nachkriegszeit, erforderte die Verkürzung der Arbeitszeit, die Gewährung eines Zuschußurlaubes und Aufbesserung der Verpflegung. Der Gesundheitszustand der Jugendlichen hat sich

durch diese Maßnahmen gebessert, der Stand der Tbc-Gefährdeten ging von 30% auf 20% zurück.

Es wird weiter behauptet, das Gewerbe stelle zu wenig Jugendliche ein, deshalb sind noch so viele Jugendliche arbeitslos. Ich muß feststellen, daß das Gewerbe im Jahre 1949 6000 Jugendliche als Lehrlinge einstellte, wogegen in den vorangegangenen Jahren durchschnittlich 4000 Lehrlinge in der Meisterlehre Aufnahme fanden. Nachdem das Gewerbe mehr Lehrlinge einstellte und zu gleicher Zeit die Jugendarbeitslosigkeit anstieg, ist der Grund hierfür anderswo zu suchen. Der Grund liegt darin, daß jetzt viel mehr Jugendliche aus der Schule entlassen werden.

Die Zahl der 14-jährigen Schulentlassenen stieg von jährlich 8000 auf über 12.000. Wir haben in der Steiermark rund 19.000 Lehrlinge, wovon alle drei Jahre ein Drittel entlassen wird, sodaß höchstens 4- bis 5000 neue Lehrlinge eingestellt werden können. Im Jahre 1949/50 verlassen wieder 12.000 Jugendliche die Schule. Die Hälfte davon sind Knaben, die andere Hälfte Mädchen. Es muß gerechnet werden, daß von diesen 12.000 ca. 8000 als Arbeitssuchende am Arbeitsmarkt aufscheinen. Von diesen 8000 wird man höchstens 4- bis 5000 vermitteln können; 2000 sind derzeit noch arbeitslos, 3000 vom Schuljahre 1949/50, so sind es insgesamt 5000, die keine Beschäftigung finden werden. Wir werden daher eine große Anzahl von Jugendlichen für längere Zeit arbeitslos haben und haben Vorsorge zu treffen, daß diese Jugendlichen einer Beschäftigung zugeführt werden.

Im Städtischen Fuhrhof werden die Lehrlinge für das Baugewerbe praktisch ausgebildet. Es werden Ziegelverbände angelegt, die dann wieder abgetragen werden. Es werden auch von den Zimmermannslehrlingen Dachstuhlabbildungen durchgeführt. Wir sind der Meinung, wenn das Land Steiermark für die Lehrlingsausbildung einen höheren Betrag im Budget auswirft, dann könnten Ziegel, Mörtel, Sand und Kalk gekauft werden. Die Ziegelverbände, die jetzt angelegt und dann wieder abgetragen werden, könnten stehen bleiben und langsam entstünde ein Objekt nach dem anderen. Wir haben dort die tüchtigsten Lehrkräfte, Baumeister und Ingenieure, die ihr Fach verstehen und dafür Sorge tragen, daß diese Objekte den Bauvorschriften entsprechen.

Wenn wir diese Objekte bauen könnten, dann könnten wir je nach der Finanzlage jährlich gewisse Maschinen einstellen und die Jugendlichen, die in der Meisterlehre nicht untergebracht werden konnten, könnten in diesen geschaffenen Lehrwerkstätten ausgebildet werden.

Die Lehrwerkstätten der Industrie können die Anzahl der Lehrlinge nicht erhöhen, weil diese Ausgebildeten dann im Betriebe selbst Verwendung finden. Sie können daher nur so viele Lehrlinge einstellen, als der Betrieb Fachkräfte benötigt.

Wenn wir uns bemühen, einen entsprechenden Betrag auszuwerfen, um die Jugendlichen von der Straße weg zu bringen, wird es nur zum Vorteile sein. Sollten wir hiezu nicht imstande sein, dann wird die Straße diese Jugendlichen verderben und die Unterbringung dieser verdorbenen Jugendlichen in den Erziehungsheimen wird dem Lande mehr Kosten

verursachen als die Ausbildung in den geplanten Lehrwerkstätten.

Es müssen die Beträge zur Beschäftigung der Jugendlichen so rasch als möglich zur Verfügung gestellt werden. In den nächsten 5 Jahren wird die Zahl der jugendlichen Schulentlassenen noch weiter ansteigen und daher müssen wir jetzt die Vorarbeiten treffen, um diese Jugendlichen einer Beschäftigung zuzuführen.

Es wurde vorgeschlagen, das 9. Schuljahr einzuführen. Das 9. Schuljahr bringt aber höchstens für 1 Jahr eine Besserung und bedeutet keine Lösung.

Frau Abg. Wolf führte bei der Schuldebatte aus, daß man die Schüler wegen Raummangels in zwei Turnussen unterrichtet. Es wäre daher gar nicht möglich, das 9. Schuljahr einzuführen, weil die notwendigen Schulklassen fehlen.

Wir müssen daher versuchen, zusätzlich für die Jugendlichen Arbeit zu finden und schlagen vor, mit dem vom Lande zur Verfügung gestellten Betrag Baustoffe zu kaufen und wenn die Objekte fertig sind, in diesen Räumen Maschinen einzustellen, damit wir dort die Jugendlichen ausbilden können.

Der Betrag, der derzeit im Budget vorgesehen ist, ist viel zu klein und kann nur das größte Elend beseitigen. Es kann nur „Jugend am Werk“ finanziert werden und wir sind der Auffassung, daß mit diesem Betrag die brennende Frage keinesfalls gelöst wird. Teilweise wurde „Jugend am Werk“ in Judenburg, Weiz und Graz errichtet. Aber der zur Verfügung stehende Betrag ist viel zu klein, um diese Einrichtung aufrecht zu erhalten. Immerhin begrüßen wir es, daß auch die Vertreter der ÖVP im Finanzausschuß zur Überzeugung gekommen sind, daß die Jugendlichen rasche Hilfe brauchen. Dies ist zu begrüßen und ich hoffe, daß wir im nächsten Jahr einen höheren Betrag einsetzen können, um die Lehrwerkstätten zu schaffen. Ich möchte noch Herrn Landesrat Dr. Illig bitten, daß er uns wegen der nicht erlaubten Gewerbeausübung entgegenkommt. Die Errichtung der Lehrwerkstätten ist notwendig und kann nach unserer Ansicht die Errichtung derselben nur in der vorher geschilderten Art durchgeführt werden. (Landesrat Dr. Illig: „Ich kann keine Bundesgesetze aufheben.“) (Bravorufe, Händeklatschen bei der SPÖ.)

Abg. Wallner: Hohes Haus! Ein Erlebnis vor einigen Wochen veranlaßt mich, zum Kapitel Schulwesen einige Worte zu sagen. 1946 ist in meinem Bezirk eine Hauptschule errichtet worden und man wollte, daß diese vor allem den bäuerlichen Zwecken dient. Sie dient als bäuerliche Versuchs-Hauptschule.

Es ist auch im Lehrstoff darauf Bedacht genommen worden, daß Rücksicht auf den Bauernstand genommen werden soll. Trotzdem ist vor einigen Wochen ein Schulkollege von mir, ein Bauer, zu mir gekommen und hat gesagt, daß sein Mädel, das in die 3. Hauptschulklasse geht, als die Berufsfrage gestellt wurde, sich als einzige dazu bekannt hat, Bäuerin werden zu wollen, von allen ausgelacht worden ist. Ich will damit nur folgendes sagen: Ich habe das Empfinden, daß man etwas zu wenig darauf bedacht ist, daß die Lehrkräfte, die draußen am flachen Land unter der Bauernschaft wirken,

nicht nur Wissen, also Rechnen, Lesen und Schreiben zu vermitteln haben, sondern auch entscheidenden Einfluß auf die Berufswahl des Kindes nehmen müssen. Ich möchte wünschen, daß viele Lehrkräfte durch die Schule von St. Martin gehen, damit sie etwas vom Bauernstand erfahren und dann in der Lage sind, den Kindern Liebe und Freude zum Bauernstand ins Herz zu legen.

Ich möchte darüber hinaus begrüßen, daß es gelungen ist, bei diesen Förderungsbeiträgen auch Rücksicht zu nehmen auf die Lehrbetriebe, die wir in der Landwirtschaft haben. Wir haben schon oft sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Ich habe seit 3 Jahren einen Burschen, der aus der Maschinenfabrik in Andritz ausgeschieden ist und der jetzt in der Landwirtschaft verbleibt. Es wird in vielen Fällen möglich sein, Jugend aus der Stadt und aus der Industrie, die dort vielleicht nicht das Fortkommen hat, wie sie es sich vorstellt, wieder in die Landwirtschaft zu bringen und die Landwirtschaft zu erlernen, sodaß sie das Gefühl haben, landwirtschaftliche Fachkräfte zu sein. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Ertl: Der Herr Präsident Stockbauer und der Herr Abg. Scheer haben früher so wohlmeinende und verständnisvolle Worte für die Belange der Landwirtschaft gefunden und gerade hier möchte ich anknüpfen und sagen, daß ich auch für den Einsatz der jungen Leute in der Landwirtschaft großes Verständnis aufbringe. Die Lehrkräfte stehen ja den jungen Leuten zur Verfügung. Wir können speziell in den obersteirischen Gebieten diese Produktionshöhe in der Landwirtschaft wegen des katastrophalen Mangels an Arbeitskräften nicht mehr halten. Das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinweg kommen. Die Mechanisierung bedingt nur eine Arbeitserleichterung, aber keinen vollen Arbeiterersatz. Der Herr Präsident Stockbauer hat den Wunsch zum Ausdruck gebracht auf Erweiterung der eigenen Ernährungsbasis in der Landwirtschaft und darum möchte ich sagen, daß es notwendig wäre, die Arbeitssuchenden vom Arbeitsamt aus zu bewegen, in die Landwirtschaft zu gehen. Früher war es so, daß viele selbsttätig aus der Schule heraus ihre Kinder in die Landwirtschaft hinausgegeben haben. Da hat sich nun bei der frischen Luft und bei der kräftigen Verpflegung der junge Mensch entwickelt, hat das notwendigste erlernt, zum Beispiel eine Sense zusammenrichten, etwas mähen und ähnliche Arbeiten und erst dann sind diese jungen Leute ihren Berufen nachgegangen. Später hat nun der eine oder andere eine Familie gegründet, hat sich ein Stückert Grund erworben und da war er froh, daß er die wichtigsten Grundbegriffe der Landwirtschaft einmal erlernt hat und dadurch seine Existenz zu verbessern in der Lage war. Es ist kein Schaden, wenn die jungen Leute nach der Schule einige Zeit in der Landwirtschaft verbringen. Vom Arbeitsamt in Judenburg habe ich zum Beispiel Nachricht bekommen, daß voriges Jahr 42 Landhelfer hinausgegangen sind in die Landwirtschaft und daß dort 13 davon freiwillig verblieben sind. Wenn wir den Zuzug vom Land zur Industrie nicht abstoppen, so muß ja automatisch das Wohnungselend und die Wohnungsnot noch viel

größer werden und in der Landwirtschaft, speziell in der Obersteiermark, haben wir die Möglichkeit, einzelnen jungen Leuten ganz schöne Existenzen zu bieten. Als Traktorführer, als Wirtschaftler, als Schaffer sind viele Stellen zu vergeben. Ich bin der Überzeugung, wenn wir gemeinsam und aufrichtig uns in dieser Richtung bemühen, daß wir auch einen Erfolg haben werden. Aber auch die Arbeitsämter müssen die entsprechenden Weisungen bekommen. Wir haben so viele Lehrhöfe, wo die jungen Leute einwandfrei versorgt werden, tadellose Verpflegung erhalten und auch beaufsichtigt werden. Sie erlernen dort die wichtigsten Grundbegriffe der Landwirtschaft, die sie in späteren Jahren bestimmt auch werden brauchen können. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Schlacher: Zu den Lehrwerkstätten und Pflichtschulen! In meiner Gemeinde steht ein prachtvoller Bau, bereits unter Dach und eingeglast. Es ist dies die künftige Hauptschule, welche aber gleichzeitig dazu dienen soll, den Lehrjungen eine praktische Ausbildung zu vermitteln. Dieses prachtvolle Objekt kann nicht weitergebaut werden, da die Mittel dazu fehlen. Die Marktgemeinde Kindberg hat für diesen Zweck 1.6 Millionen Schilling von sich aus aufgebracht, ist aber in dieser Bausaison nicht mehr in der Lage, weiterzubauen. Wenn der Lehrjunge in der Meisterlehre die Gelegenheit hat, durch 3 Monate seine praktische Ausbildung in einer Schule zu vertiefen, so ist das das Ziel, das die Gewerbetreibenden in dieser Hinsicht vor Augen haben. Die Meisterlehre ist absolut notwendig. Das weiß ich aus eigener Erfahrung, weil auch ich eine Lehrzeit hinter mir habe. Wir haben dort nicht nur unseren Beruf, sondern auch arbeiten gelernt. Und wenn wir das verabsäumen und der heutigen Jugend nicht zeigen, daß man arbeiten muß, daß man ohne Arbeit in diesem Österreich nicht vorwärts kommt, so werden wir nicht das erreichen, was unser Ziel ist. Leider muß ich feststellen, daß der Antrag der ÖVP, den Betrag mit 1 Million Schilling zu belassen, nicht durchgegangen ist, sondern daß man ihn auf 600.000 S reduziert hat. Ich bin genau orientiert, daß verfassungsmäßig das Land nicht verpflichtet ist — auch der Bund nicht — Pflichtschulbauten durchzuführen, aber es ist doch notwendig, weil die Gemeinde dazu nicht in der Lage ist.

In meiner Gemeinde hält man in 3 Abteilungen Schule. Die Bauernkinder kommen oft erst um 7 Uhr abends aus der Schule und sind dann erst um 9 Uhr zu Hause. Dieser Zustand ist unhaltbar. Und das Resultat ist jenes, daß ein hoher Prozentsatz der Kinder das Schulziel nicht erreicht. Aber wer schon in der Pflichtschule das Schulziel nicht erreicht, dem helfen auch die weiteren Schulen nichts, denn Grundbedingung ist doch, daß das Kind Lesen, Rechnen und Schreiben lernt in einem Ausmaß, daß es sich dann noch weiter fortbilden kann.

Ich will zum Abschluß noch feststellen, daß, wenn auch in diesem Jahr für diesen Zweck nicht mehr als 600.000 S eingesetzt werden konnten, so hoffe ich doch, daß im nächsten Jahr ein nennenswert höherer Betrag in den Voranschlag eingesetzt und uns dadurch geholfen wird, das Schulziel zu erreichen. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Kandutsch : Hohes Haus ! Über die Frage der Lehrwerkstätten wurde im Finanzausschuß sehr ausführlich gesprochen. Wie auch aus den Ausführungen, die wir heute hier im Plenum gehört haben, hervorgeht, wurde auch dort die Notwendigkeit, in einem Sofortprogramm für die Jugend etwas zu tun, allgemein anerkannt. Diese Erkenntnis besteht nicht nur aus einer sozialpolitischen Forderung, sondern aus einer sehr wesentlich volkswirtschaftlichen, weil die österreichische Wirtschaft in den kommenden Jahren vor allem Qualitätsarbeiter braucht. Bedenken wir, welche Wege wir in unserer Wirtschaftspolitik gehen müssen, um auf den internationalen Märkten wieder konkurrenzfähig zu werden, so müssen wir sagen, daß die Lösung dieser dringenden Frage nicht in der Massenproduktion liegt. Ebenso wenig wie wir unsere Produktion nicht dadurch rentabler gestalten können, indem wir die Löhne kürzen, also mit einem sozialen Dumping vorgehen. Eine Herabsetzung der Löhne ist, gemessen an dem niederen Lebensstandard einfach ausgeschlossen. So bleibt der letzte Weg, durch eine richtige und planmäßige Wirtschaftsausrichtung im Staate jene Industriezweige und Sektoren der gewerblichen Betriebe zu fördern, auf denen wir im Ausland konkurrenzlos sind. Das heißt mit anderen Worten ausgedrückt : Unsere hauptsächliche Chance liegt in der Qualitätserzeugung und um zu einer solchen zu gelangen, benötigen wir ein möglichst großes Kader guter Facharbeiter. Ich glaube, daß gegen diese Überlegungen keinerlei Einwände erhoben werden können.

Was nun in diesem Zusammenhang die Frage der Ausbildung des Nachwuchses anbetrifft, so muß man dieses Problem teilen, einmal in ein Sofortprogramm, um der augenblicklichen Notlage Herr zu werden und die schulentlassene Jugend von der Straße wegzubringen und zum zweiten in ein Programm auf lange Sicht, wo alle jene schon angedeuteten Komponenten der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs mitberücksichtigt werden müssen.

Wir haben gehört, daß die schulentlassene Jugend nur zu einem geringen Teil in der Lage ist, einen Beruf zu erlernen, und wir sind uns, ich glaube, darüber einig, welche Gefahr dies für den gesamten Staat in sich birgt. Dieser besorgniserregende Zustand wird in den kommenden Jahren entsprechend der zunehmenden Zahl der Jugendlichen immer schlimmer werden und daher bekennen wir uns auch hier zu großzügigen Maßnahmen, welche geeignet sind, diesem Übel zu steuern. Wenn es nämlich nicht möglich ist, den Jugendlichen von der Schule weg sofort einen Lehrplatz zu verschaffen, so kann es nicht schaden, zum Beispiel der Landwirtschaft, die schwer unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden hat, diese Jugendlichen zuzuführen. Sie sollen die bäuerliche Arbeit kennen lernen, sollen nicht das Gefühl haben, eine Verlegenheitsarbeit zu leisten, sondern eine Arbeit, die für die Heimat und das staatliche Gemeinschaftsleben überhaupt von größter Bedeutung ist. So zum Beispiel werden in den nächsten Jahren wesentliche Summen aus dem Marshallfonds für Meliorationen freigegeben werden und wenn hier die Jugend mithilft, für die Landwirtschaft und darüber hinaus für ganz Österreich neuen

Boden zu gewinnen, so ist das nicht nur ein materieller Gewinn, sondern nicht zuletzt ein schöner Erziehungserfolg für ein verantwortungsbewußtes staatspolitisches Denken. Außerdem kann man die Hoffnung hegen, daß so mancher dieser Jugendlichen auf dem Lande verbleiben würde, wenn er erst einmal Land und Arbeit kennen gelernt hat. Unter diesen jugendlichen Arbeitskräften könnten dann geeignete Berufspädagogen auch eine gute Sichtung und berufliche Lenkung durchführen, und zwar im Zusammenhang mit der Beurteilung aller Wirtschaftszweige, vor allem der handwerklichen Betriebe, unter denen man entscheiden müßte, welcher noch zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten hat und welcher nicht. Die Kardinalfrage dieses zur Diskussion stehenden Problems war im Finanzausschuß und ist es auch heute noch, wer der Träger der Berufsausbildung in allgemeinen Lehrwerkstätten sein soll. Hier sind auch die Meinungen scharf aufeinander geprallt. Wenn von den Werkschulen der Schwerindustrie gesprochen wurde, so muß dazu festgestellt werden, daß es solche schon seit langem in ausreichendem Maße gibt, nur beobachtet man heute dort die Schwierigkeiten, daß die Absolventen solcher Werkschulen keine Möglichkeit mehr haben, als Facharbeiter in den Betrieben beschäftigt zu werden, sondern höchstens als Hilfsarbeiter unterkommen. Es wird eben alles in Zukunft davon abhängen, ob es in Österreich gelingt, durch eine richtige Investition und Wirtschaftspolitik jene zusätzlichen Arbeitsstätten zu schaffen, die Lehrlinge und Facharbeiter aufnehmen können. Was die mittleren und gewerblichen Betriebe anbelangt, so hat es immer wieder solche gegeben, die für eine Nachwuchsförderung wenig Verständnis zeigten, zum Teil auch nicht die genügenden Mittel besaßen. Nunmehr wurde vor allem von der SPÖ der Vorschlag gebracht, daß auch hier die öffentliche Hand staatliche Lehrwerkstätten errichten soll und ich muß gestehen, daß ich hierin keine glückliche Lösung dieses dringenden Problems erblicken kann. Das richtige wäre hier wohl eine Kombination von Meisterlehre und Gemeinschaftslehrwerkstätten, wo die Erfahrungen und Kenntnisse, die der einzelne sich auf der einen Seite erworben hat, auf der anderen Seite ergänzt werden sollen. Sicherlich ist es so, daß der Jugendliche in einer modern eingerichteten Lehrwerkstätte nicht alles das lernen würde, was er später bei einem Meister brauchen würde und umgekehrt. Häufig verlangt der Meisterbetrieb durch seine noch mangelnde technische Ausrüstung viel kunsthandwerkliche Improvisation. Nun sehen wir den ungeheuren Engpaß und hier dürfen nicht dogmatische Überlegungen zum Tragen kommen, so daß man erklärt, nur die eine oder andere Lösung sei allein richtig. Wenn also Gemeinschaftslehrwerkstätten errichtet werden müssen, so soll aber nicht der Staat der Träger der Finanzierung und Ausbildung werden, sondern die Wirtschaftsverbände, weil wir ja auch dort die größte Garantie dafür haben, daß in erster Linie die fachlichen und nicht die politischen Belange und Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Dabei glaube ich, daß der Einwurf, es sei nicht verfassungsmäßig verankerte Aufgabe des Staates, hier mitzuwirken, irrelevant ist, weil die Not eine allzu deutliche Sprache spricht und eben eine

Erweiterung der Verfassung erzwingt. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Forderung und auch die Erhöhung des diesbezüglichen Postens im Budget, der wir gerne zugestimmt haben und hoffen, daß es uns durch gemeinsame Anstrengung gelingt, die Jugend vor der Verwahrlosung zu retten. Dies würde sich nicht nur im rein Moralischen ausdrücken, denn ich glaube nicht daran, daß unsere Jugend hier einer großen Gefahr gegenübersteht. In ihr steckt ja ein viel zu guter Kern. Wohl aber sind die Auswirkungen in sozialer, politischer und kultureller Beziehung gar nicht abzusehen, wenn es uns nicht gelingt, den jungen Menschen in den Arbeitsprozeß einzubauen. Wir haben nur dann das Recht, uns einen sozialen Staat, ja einen Kulturstaat zu nennen, wenn wir in Zukunft erreichen, einen Staat zu bauen, in dem ein menschliches Grundgesetz erfüllt ist, nämlich das Recht auf Arbeit. (Beifall bei VdU.)

Abg. **Lackner**: Wenn ich zu diesem Problem der Lehrlingswerkstätten spreche, so in dem Zusammenhang damit, daß mein Kollege aus der Obersteiermark die Landflucht gestreift hat und seine Ansichten dahingehend ausgerichtet sind, daß man mit Zwangsmaßnahmen der Landflucht steuern kann. Da muß ich ihm widersprechen dahingehend, daß Zwangsmaßnahmen immer einen Gegendruck hervorrufen und zu nichts Gutem führen. Er hat erklärt, daß es seinerzeit in der Obersteiermark üblich war, daß der Sohn eines Bergarbeiters oder eines Hüttenarbeiters, wenn er aus der Schule austritt, vorerst eine Zeit lang in der Landwirtschaft tätig war, um sich dort Kräfte zu holen, um erst später zu dem Beruf seiner Väter als Bergarbeiter oder Hüttenarbeiter zurückzukehren. Bis zu einem gewissen Grade hat er das schon recht. Das trifft aber heute nicht mehr zu, denn durch gewisse Zwangsvorschriften ist es demjenigen, der einmal in die Landwirtschaft eingewiesen ist, nicht mehr möglich, in seinem ursprünglichen Beruf als Bergarbeiter oder Eisenarbeiter zurückzukehren, sondern er mußte in der Landwirtschaft verbleiben. Und wir sehen in hundert Fällen, daß jene, denen die Scholle in die Wiege gelegt wurde, es vorziehen, vom heimatlichen Boden abzuwandern und sich den gewerblichen Berufen oder der Industrie zuwenden, und zwar deshalb, weil dort ein höherer sozialer Lebensstandard bereits vorhanden ist. Und wenn man nun sieht, daß jene, denen die Scholle in die Wiege gelegt ist, von der Scholle abwandern, dann kann man nicht verlangen, daß derjenige, der ohne Scholle zur Welt gekommen ist, zur Scholle wandert. Es ist selbstverständlich, daß dieser dem Beruf seiner Väter zustrebt, die in ihrem Beruf durch einen steten Kampf wesentlich bessere soziale Bedingungen erkämpft haben. Ich möchte hier auf ein Beispiel verweisen, wie die sozialen Mißstände am Lande sind. Ich kann vorausschicken, daß ich selbst als Vierzehnjähriger in der Landwirtschaft tätig war und über einen Sommer lang Hüter gewesen bin. Ich möchte betonen, daß es nicht notwendig ist, schon in der Schule die Liebe zur Heimerde zu predigen, die ist schon vorhanden. Ich will nur als Beispiel sagen, so ein Hüter, der hängt mehr an jedem Stück Vieh als sogar der Besitzer selbst.

Wie es aussieht, wenn einer ein Leben lang in der Landwirtschaft tätig ist, soll folgendes Beispiel zeigen. Ich habe Gelegenheit gehabt im Jahre 1930 in Judenburg im Krankenhaus zu liegen und da wurde ein landwirtschaftlicher Arbeiter, der von einem Stier übel zugerichtet war, eingeliefert. Er ist volle 6 Wochen im Krankenhaus gelegen und nicht ein einziges Mal ist der Bauer oder die Bäuerin gekommen, um sich über seinen Zustand zu erkundigen. Eines Sonntags kamen die Kinder des Bauern an und sind dann vor der Totenkammer gestanden und sagten, es sei erzählt worden, der Arbeiter sei gestorben, sie wollen ihn noch einmal sehen. Erst auf einen energischen Brief des Primarius bemühte sich die Bäuerin, nachzusehen. Das ist sicher ein Ausnahmefall, das will ich ohne weiteres zugeben. Aber ich möchte zu bedenken geben, wenn man mit Zwangsmaßnahmen die Jugend aus der Industrie auf das Land verpflichtet und wenn es im umgekehrten Fall die Landjugend vorzieht, zur Industrie abzuwandern, so wird man damit wenig Gutes tun. Ich kann ein konkretes Beispiel anführen. Da war man sehr bemüht, einen langjährigen Landarbeiter in der Industrie unterzubringen. Der betreffende Bauer selbst hat mit seiner Unterschrift bestätigt, daß er auf ihn verzichtet und daß er selbst wünscht, daß der Betreffende in der Industrie unterkommt. Unter solchen Bedingungen darf man nicht auf der anderen Seite verlangen, daß die Jugend durch Zwangsmaßnahmen durch die Landesarbeitsämter dem Land zugeführt werden soll. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. **Pölzl**: Die lange Dauer, die die Beratung dieser zwei Punkte einnimmt, zeigt den Ernst des Problems, aber auch die volle Unzulänglichkeit der Mittel, um diesem Problem zu Leibe zu rücken. Der Herr Abgeordnete, der von Kindberg gesprochen hat und von den Umständen, die die Gemeinde Kindberg zwingen, den Hauptschulbau einzustellen und dieses Jahr nicht durchzuführen, hat eigentlich ein Blitzlicht auf die Situation bezüglich der Schulhausbauten geworfen. Der ganze Betrag von 600.000 S, der zur Erfüllung der notwendigen Schulhausbauten der Gemeinden im Voranschlag vorgesehen ist, wird nicht ausreichen, um die einzige Schule in Kindberg, die bis jetzt 1.300.000 S schon gekostet hat, fertig zu stellen. An diesem Beispiel und dem ungeheuren Bedarf an Schulen in Steiermark sieht man, mit welchen vollkommen unzulänglichen und ungenügenden Mitteln man hier gewissermaßen faktisch nur den Schein wahr, als ob man dem Problem zu Leibe rücken wollte.

Der Herr Abg. Wurm hat ein Stück utopischen Sozialismus entwickelt. Ich bin überzeugt, im Bewußtsein des Herrn Landesrates Illig hat sich die Entwicklung dieses Gedankens so wiedergespiegelt, (Landesrat Dr. Illig: „Von mir können Sie sich wohl gar nicht losreißen!“) (Heiterkeit.), daß er sich gesagt hat, „mit den 2 Millionen Schilling, was werdet Ihr denn da schon machen“ und er hat es nicht einmal der Mühe Wert gefunden, seine prinzipiellen Bedenken vom Standpunkt der Unternehmer aus überhaupt nur dagegen zur Geltung zu bringen. Der Herr Abg. Wurm hat nämlich in seinen utopischen Äußerungen ganz klar gesagt zu diesem

Punkt 6, was diese 700.000 S für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche bedeuten würden. Er hat ganz klar gesagt, daß damit das Land kaum auskommen wird, um die bestehenden Einrichtungen von „Jugend am Werk“, sowie die Einrichtungen verschiedener Institutionen weiterhin in dem Ausmaß zu finanzieren, wie das bisher der Fall war. Damit allein, mit der Subventionierung der Aktion „Jugend am Werk“ werden wahrscheinlich diese 700.000 S vollkommen erschöpft sein, wozu allerdings noch zu sagen wäre, daß es vielleicht zweckmäßig wäre, auch in Graz die Lazarettkaserne der „Jugend am Werk“ zu überlassen und die Jugendlichen nicht zu zwingen, die Kasernen zu verlassen und in Baracken zu gehen, denn ich glaube, wir werden auch die Lazarettkaserne kaum für Zwecke einer Unterbringung einer österreichischen Wehrmacht brauchen.

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Allitsch:** Sehr viele Abgeordnete haben zu diesem Thema gesprochen und haben dadurch eine Unterstreichung des Problems vorgenommen. Ich bitte Sie daher, der Gruppe 3 Ihre Zustimmung zu geben. Es ergibt sich auf der Einnahmeseite der Betrag von 2.364.300 S, auf der Ausgabenseite ein Betrag von 7.567.900 S, daher ein Abgang von 5.203.600 S.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu

Gruppe 3.

Berichterstatter ist Abg. Josef Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hegenbarth:** Hohes Haus! Es gehört mit zu den vornehmsten Aufgaben der öffentlichen Hand, zur Unterstützung von kulturellen und Gemeinschaftsangelegenheiten finanzielle Beihilfe zu gewähren. In einer schon fast sagenhaften Zeit hat es Gönner gegeben, welche die Kunst gefördert haben. Diese Mäzene findet man heute nicht mehr. An ihre Stelle ist die öffentliche Hand getreten, der Bund, die Länder und Gemeinden. Sie sehen bei Gruppe 3 eine Zusammenstellung aller Posten dieses Referates. Es sind insgesamt Ausgaben in der Höhe von 10.168.700 S, Einnahmen in der Höhe von 1.442.200 S. Sie gestatten, daß ich mich da ein bißchen verweile. Aus dem Titel Kultur Groschen verteilt das Land 900.000 S. Es sind 75 % Ertragsanteile des Landes in diesen Kultur Groscheneinnahmen, die bei jeder Kinokarte mitgezahlt werden. Der Förderungsbeitrag für die wissenschaftlichen Institute beträgt rund 30.000 S, das Landesmuseum Joanneum weist Ausgaben von 1.918.900 S aus, welchen Einnahmen von 82.000 S gegenüberstehen. Ich glaube, es wäre müßig über die große Bedeutung unseres Landesmuseums Joanneum viele Worte

zu verlieren. Man braucht nur auf einzelne unersetzliche Schaustücke dieses Museums, auf den Strettweger Opferwagen, auf den Landschadenbundesbecher und andere Kunstwerke, die in ihrer Art einzig dastehen in der Welt überhaupt, zu verweisen. Daß ein Museum keinen Reingewinn hat, ist selbstverständlich, es ist auch gar nicht Zweck eines Museums. Es folgt dann die Landesbibliothek mit Ausgaben von 405.000 S und Einnahmen von 37.500 S. Ähnlich verhält es sich beim Statistischen Landesamt. Für Ankauf von Kunstwerken und Förderung steirischer Künstler und Kunsthandwerker sind 55.000 S eingesetzt. Der Förderungsbeitrag für das Theater beträgt rund 2 Millionen Schilling. Für die Förderungsbeiträge an Volksmusikschulen sind 80.000 S eingesetzt. Für das Konservatorium und die Volksmusikschule in Graz 787.300 S, dem stehen Einnahmen von 382.800 S gegenüber. Für die Herstellung eines Wiederaufbau- und Kulturfilmes sind 25.000 S vorgesehen.

Nun komme ich zum bedeutsamsten Kapitel dieser ganzen Gruppe, zum Volksbildungsheim St. Martin, unserer steirischen Bauernhochschule. St. Martin wurde vor ungefähr 30 Jahren durch Monsignore Steinberger gegründet und betreut heute fast 200 Fortbildungsschulen. Es ist mit der steirischen Bauernschaft verflochten und verwachsen und aufs engste verbunden und hat an seinen engen Räumen in St. Martin nicht mehr Genüge gehabt. Es wurden mehrere Zweigstellen errichtet, das Volksbildungsheim Purgstall bei Wies, Stein bei Fehring, Schloß Feistritz bei Teufenbach, dort bestehen allerdings gepachtete Gebäude. Auf der gleichen Basis wie das Volksbildungsheim haben wir dann das Volksbildungsheim für die kaufmännische und gewerbliche Jugend in Retzhof. Für St. Martin sind dann noch im außerordentlichen Voranschlag 900.000 S bereitgestellt für den Wiederaufbau. (Abg. Pölzl: „Sieht aus wie eine getarnte Kaserne.“) Es ist in den letzten Monaten des Krieges durch Bomben arg hergerichtet worden und Abg. Pölzl hat mit Recht beanstandet, daß St. Martin einen recht trübseligen Eindruck macht. Es ist nicht mehr das schöne weiße St. Martin, sondern sieht heute aus mit seiner schwärzlich-grünen Tarnbemalung wie eine verfallene Raubritterburg. Da muß Abhilfe geschaffen werden, im Wege des Wiederaufbaues muß es sein früheres Aussehen wiederbekommen. Als Förderungsbeitrag für die österreichische Liga der Vereinten Nationen, Zweigstelle Steiermark, ist ein Betrag von 5000 S, ich möchte sagen als symbolischer Betrag ausgesetzt. Dann haben wir noch die üblichen Preise für Prüfungen in steirischer Geschichte, den Förderungsbeitrag an den Verein für Heimatschutz in Steiermark, für das österreichische Volksliedwerk und für die Herausgabe eines steirischen Volksliedwerkes. Für die Erhaltung von Roseggers Geburts- und Sterbehaus ist ein Betrag von 7100 S vorgesehen, für die Instandsetzung von Bau- und Kunstdenkmälern 120.000 S. Der Förderungsbeitrag zur Sicherung und Bergung von Bodendenkmälern beträgt 35.000 S, der Beitrag zur Finanzierung von prähistorischen Ausgaben, für bauliche Instandsetzungsarbeiten in der Waldheimat und an Roseggers Sterbehaus beträgt 30.100 S und für Aufforstungen in der Waldheimat 2500 S, zusammen also ein Betrag

von 10,168.700 S, dem eine Bedeckung von 1,442.000 S gegenübersteht. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Es fällt mir nicht schwer, zur Gruppe Kultur und Gemeinschaft in bejahendem Sinne das Wort zu ergreifen. Es ist ja dies eine und vielleicht die schönste der öffentlichen Aufgaben. Herr Abg. Scheer hat vorhin gesagt: das Alpha und Omega der Politik ist die Wirtschaft. Ich möchte dazu sagen, daß er dies doch etwas zu sehr verallgemeinert hat. Das Alpha und Omega der Politik ist die richtige Erfüllung der öffentlichen Aufgaben und zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben gehört eben auch die Bestimmung jener Beträge, die von den Einkünften der Kultur und der Gemeinschaftspflege gewidmet werden. Es hat Präsident Stockbauer vorhin erklärt, es gebe überholte Systeme, zu denen wir nicht zurückkehren sollen, nach denen wir uns nicht vergeblich zurücksehnen sollen. Zu diesen Systemen haben aber auch die Männer gehört, die wir heute als Mäzene bezeichnen, die einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens und Einkommens zur Schaffung und Erhaltung von Werken gewidmet haben, die wir heute noch schätzen und erhalten müssen. Eben derselbe Herr Abgeordnete hat in eben derselben Replik auch die Behauptung aufgestellt, daß dem Joanneum ein zu hoher Betrag von unseren bescheidenen Einkünften gewidmet werde. Von den 330 Millionen, die wir in diesem Jahr ausgeben sollen oder wollen, sind rund 10 Millionen dieser Seite des öffentlichen Lebens gewidmet, das sind nur ungefähr 3 %.

Wir haben uns also die Frage vorzulegen, ob wir überhaupt heute diesem Gebiet etwas widmen sollen, ob das, was hier vorgesehen ist, zu viel oder zu wenig und ob es richtig angewendet wird.

Zur Frage, ob überhaupt nach 10 Jahren Krieg und Blut und darauffolgender Not irgend etwas den ideellen Gütern zugewendet werden soll, ist die Antwort von selbst gegeben. Wir bejahen sie in jeder Richtung. Es bleibt also nur noch die Frage offen „Wieviel?“. Das „Ja“ kann ich kurz begründen. Darf ich Sie da auch an ein Wort aus der Nazi-Zeit erinnern, das gewiß vielen von uns in unangenehmer Erinnerung ist, das wir aber oft verwendet hörten, das Wort von der „Freizeitgestaltung“. Das heißt richtig übersetzt nichts anderes, als Menschen, die mit ihrer Freizeit nichts zu tun wissen, diese Freizeit nicht gut anzuwenden wissen, irgend eine Beschäftigung zu geben, damit sie nichts anstellen. Diesem Begriff möchte ich gegenüberstellen den Reichtum aller Menschen, die irgendwelche kulturelle Werte in sich tragen, in sich aufgenommen haben, sei es, daß sie die Gnade haben, produktiv zu sein als Künstler, sei es, daß sie eine liebevolle Erziehung gehabt haben, indem ihre Eltern einen Teil ihres Einkommens dem gewidmet haben, daß ihre Kinder Musik oder Zeichnen oder Ähnliches lernen konnten. Diese Menschen sind ungeheuer reich. Diese Menschen fragen nie nach der Freizeitgestaltung. Sie fragen nicht, ob sie jetzt zu irgend einem Rummelplatz gehen müssen oder in ein Kino — womit ich nicht sagen will, daß das Kino rundweg aus dem Gebiet „Kunst“ zu ver-

weisen ist. Ich möchte es sogar auf diesen Gebieten, die ich da aufzähle, an eine wichtige Stelle setzen, weil es heute zu einer Kunstgattung gehört, die den breitesten Massen nicht nur Unterhaltung gibt, sondern auch kulturelle Werte zu vermitteln in der Lage ist. — Als zweites Massennittel nenne ich die Musik. Dazu gehören aber auch noch andere Kunstgattungen, die uns eine Bereicherung des Lebens geworden sind und von denen wir sagen müssen, es wäre ein Verbrechen, sie nicht unseren Kindern und Kindeskindern übermitteln zu wollen. Dieses „Ja“ ist also ein eindeutiges.

Ich habe mir angewöhnt, den Wert eines Menschen darnach zu bemessen, wie er über seine Väter und überhaupt über seine Ahnen denkt. So sehr er diese schätzt und so sehr er sie richtig schätzt, so schätzt er auch das, was sie ihm hinterlassen haben. Meine Herren! Empfinden Sie es nicht auch, wenn Sie in diesem Saale herumsehen, als eine Gnade, in einem so herrlichen Barocksaal zu sitzen, wie es kaum einen anderen in Österreich gibt und hier die vielen Stunden und Beratungen verbringen zu können. Denken Sie doch, wie unangenehm es wäre, in irgend einem solchen neuen Bürohaus oder Paraphenstall sitzen zu müssen (Heiterkeit) und niemals den Blick erholen zu können, wenn das Auge sich erhebt. Auch das haben Leute geschaffen, die Sinn dafür hatten und wir müssen ihnen für diesen Sinn dankbar sein. Wir werden aber nicht immer nur an die Vergangenheit denken können, sondern wir werden selbst einmal auch Vergangenheit sein. Wir müssen also auch in die Zukunft denken und wir müssen daran denken, daß auch unsere Nachfahren in dieser Hinsicht ein Urteil über uns fällen werden. Diese werden fragen, ob diese Zeit ihre Aufgabe erfüllt hat im Sinne der Erhaltung des Wertvollen, wobei ich wertvoll nicht nur im Sinne des Materiellen oder des Konkreten und Sichtbaren, sondern wertvoll auch im Sinne des Unsichtbaren, der ideellen Schöpfungen der Kunst und der Kultur meine. Nun komme ich gerade zum Ausdruck „Kultur“ und der erinnere mich an den gewiß oft gehörten Ausdruck „nix kultura“. Auch da bedarf es aber einer Abgrenzung. Dieser Ausdruck wurde so aufgefaßt, daß man eben nicht auf den Boden spucken darf, daß man nicht dem Nachbar unangenehm sein darf, daß man eben gewisse Lebensformen einhalten muß, kurz Begriffe, die wir unter Zivilisation und nicht unter Kultur zusammenfassen. Es hat heute hier ein Redner, und zwar der Herr Landesrat Dr. Illig, den Begriff „Kulturbastion“ gebraucht. Nun, Österreich ist in vieler Hinsicht eine Bastion und eine sehr bedeutende, vielleicht sogar die bedeutendste im Herzen Europas im Sinne der Erhaltung der europäischen Werte, die vornehmlich auf dem Kulturgebiet liegen. Nach diesen drei Gesichtspunkten haben wir die Grundfrage, ob wir auch diesen Notzeiten einen Teil unserer Einkünfte der Erhaltung der kulturellen Güter widmen sollen, mit einem „Ja“ zu beantworten.

Die zweite Frage, ob der Betrag hinreichend ist, kann ich am besten damit beantworten, daß ich zu einigen wesentlichen Punkten des Voranschlages mir eine Kritik anmaße. Zuerst einmal die Theater. Es bestanden, wie ich als bekannt voraussetzen darf, die städtischen Theater und das Landestheater. Sie

waren alle Grazer Theater. Diese Theater, soweit sie städtische Theater waren, kamen nun in eine Krise. Daß diese Krise nicht etwa von der Leitung oder von anderen führenden Momenten dieser Theater abhängig war, glaube ich — wohl auch für Sie zustimmend — feststellen zu können. Die Kulturkrise ist eben eine allgemeine Krise und wirkte sich dort aus, wo gerade ein schwacher Punkt war. Es waren nun 2 Möglichkeiten für das Land vorhanden. Die eine war, diese Krise sich auswirken zu lassen, also das Bühnenleben mit seinen beiden wichtigsten Bühnen zum Versiegen zu bringen. Die andere Möglichkeit war, helfend einzugreifen. Und ich glaube, es gibt keinen Menschen im Saal, der einen Vorwurf daraus machen wollte, daß das Land die zweite Möglichkeit gewählt hat. Es war gewiß eine hochherzige Tat vom politischen Gesichtspunkt betrachtet, aber es war eine selbstverständliche Tat vom kulturellen Gesichtspunkt betrachtet. Ich persönlich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das Zusammenarbeiten des Landes und der Stadt in der Frage des Theaters nicht nur zur Erhaltung, sondern auch zu einer Verbesserung des Theaterwesens in Graz führen wird. Die Theater haben wir aber nicht nur für uns. Ich darf ganz kurz daran erinnern, daß eine ganze Reihe von Künstlern von Weltruf, sowohl Sänger wie Schauspieler — ich denke nur an Girardi, mir fällt unter den Sängern gerade kein Name ein — ihren Ausgangspunkt von Graz genommen haben. Es ist also durchaus ein fruchtbarer Boden hier, sodaß die Erhaltung der Bühnen eine unbedingte kulturelle Tat ist.

Ich darf als zweite große Sparte dieses Gebietes auf die Museen zu sprechen kommen. Herr Landesrat Dr. Illig als der Betreuer der Museen hat heute gesagt, die Museen seien im Landesvoranschlag gut und ausreichend dotiert. Aus diesen Worten habe ich eine berechtigte Befriedigung herausgehört und ich glaube auch, daß niemand hier in diesem Saale mir widersprechen kann, wenn ich sage, daß mit dem Geld, das in den letzten Jahren diesen Zwecken zugeführt wurde, Hervorragendes geleistet worden ist.

Es war auch notwendig, denn, wenn man von der Steiermark spricht, spricht man auch vom Joanneum und diese Schöpfung des Erzherzogs Johann ist das Erbe, das zu erhalten Pflicht des Landes Steiermark ist. Unter dem Begriff des Erhaltens verstehen wir aber nicht ein Aufbewahren in Magazinen, sondern, daß diese schöpferischen Werke auch tatsächlich allen von uns zugänglich sind und da ist eine grundlegende Änderung mit Befriedigung festzustellen. Während früher diejenigen, die die Museen errichtet und erhalten haben, ein Sammel-surium von wertvollen Stücken in Sälen zusammengestellt haben, ist die Zusammenstellung jetzt so, daß der Betrachter ein Bild der Zeit, in welcher dieses Kunstwerk entstanden ist, bekommt. Es wird niemand geben, der die alte Galerie am Joanneum besucht, wenn er auch ohne alle kulturelle Vorbildung, die wir unmöglich von der gesamten Bevölkerung verlangen können, sie besucht und sich einige Stunden aufhält, der nicht mindestens einen Tag, wenn nicht tagelang tief beeindruckt ist und das Bedürfnis hat, dorthin zurück-

zukehren. Diesem Bedürfnis nach solcher Freizeitgestaltung müssen wir entgegenkommen, wir müssen das Erbe des Erzherzogs Johann erweitern. Auch die Neue Galerie, die bisher nur ein Magazin war, ist nun auch eine Betrachtungseinrichtung geworden. Das Eggenberger Barockmuseum, geboren in der Jagdausstellung, gehört auch dazu. Ich möchte dazu ein paar Erinnerungsworte sagen. In der Jagdausstellung waren nicht nur 95.000 Besucher, sondern sie war auf diesem Gebiete ein Weltereignis. Ich habe noch niemals eine Ausstellung besucht, die mich so wenig ermüdet, so sehr erfrischt und interessiert hat und in mir das Bedürfnis erweckte, nicht in meine Kanzlei arbeiten zu gehen, sondern lieber dort zu bleiben. Es ist ein ganz eigenartiger Eindruck, der da hervorgerufen wurde, in welchen man hineinverlegt worden ist. Es ist dieses Schloß und sein Park wie kein anderes geeignet gewesen, diese einzigartige Ausstellung in sich aufzunehmen. Es ist ein glücklicher Gedanke, diese Jagdausstellung als Geburtsstunde des Barockmuseums zu bezeichnen und wir hoffen, daß wir auch im kommenden Jahre dafür Geld haben werden. Wenn ich Ihnen nun 95.000 Besucher genannt habe, so will ich außerdem noch sagen, daß ein beträchtlicher Teil nicht aus der Steiermark und anderen Bundesländern, sondern aus dem Ausland, aus einem ziemlich entfernten Ausland gekommen ist. Das sind Leute, die über keine kleinen Mittel verfügen.

Aber nicht bloß die materielle, sondern auch die wesentlichere ideelle Seite dieses Abschnittes ist hervorzuheben und das ist die werbende Kraft. Ich darf an ein kleines Beispiel erinnern, das wir jüngst erfahren haben. Als der englische Gesandte erstmalig nach Graz gekommen ist, war er, bevor er seine offiziellen Besuche gemacht hat, ins Joanneum gegangen und hat sich dort den Strettweger Wagen angeschaut, weil er schon lange davon gewußt hat. Ist es nicht eigentlich etwas Bewundernswertes für uns, wenn ein Mann von so weit herkommt und weiß, daß dort der Strettweger Streitwagen steht? Wie viele von Ihnen haben das gewußt, als sie zum ersten Male nach Graz gekommen sind?

Wir haben dann dem Joanneum auch noch die Landesbibliothek angegliedert. Ich habe mit großer Befriedigung gehört — das gehört auch zum Kapitel Freizeitgestaltung —, daß diese Landesbibliothek auch mit einer ständig zunehmenden Besucherzahl rechnet. Dabei spielt nicht der Abonnementserlös eine Rolle, sondern es ist die Tatsache, daß die Bibliothek sehr viele Werke hat, die einen immer größeren Kreis von Einwohnern nicht nur von Graz, sondern von ganz Steiermark befriedigen kann.

Nun kann ich übergehen auf andere, nicht mit dem Joanneum zusammenhängende Gebiete des kulturellen Lebens der Steiermark, was man unter allgemeiner Volksbildung zusammenfassen kann. Es gibt Dinge des geistigen Lebens, die unter keinen Umständen eine sichtbare Führung haben dürfen, weil sonst der Geist nicht mitgeht. Dieser Beeinflussung, die nicht in Schulen erfolgen soll, sondern durch andere initiativ Kräfte zu erwecken wesentliche öffentliche Aufgabe ist, ist der Kulturroschen zugeordnet. Daß in diesem Jahre beträchtliche Teile des Kulturroschens dem Theaterwesen zufallen

müssen, ist eine Folge der Krise. Es sind 600.000 S., die dem gewidmet werden; sie sind gut angewendet. Der übrige Teil soll Zwecken zugeführt werden, die allgemeine Gültigkeit haben, die aber andererseits auch eine besondere Fruchtbarkeit in die Weite aufweisen, sodaß ohne besondere Lenkung ein Zustrom daran interessierter Kreise gewährleistet ist, wie Musikverein, Festwochen u. a.

Bezüglich der bildenden Künstler haben wir neben dem in diesem Kapitel ausgeworfenen Betrag noch eine Förderung zu erwarten. Wie wir schon von einem Redner gehört haben, hat das Land von sich aus beschlossen und auch den übrigen öffentlichen Auftraggebern empfohlen, bei Bauten 5 % einer künstlerischen Ausgestaltung der betreffenden Bauten zu widmen. Damit soll vermieden werden, daß in Zeiten der Not bloß kalte Zweckbauten errichtet werden, wenn jeder dazu verhalten werden soll, einen Anteil, ein Zwanzigstel ungefähr, der Verschönerung dieser Bauten in zeitgemäßer Art zu widmen.

Als letzte darf ich vielleicht jene Kunstgattung erwähnen, der ich persönlich die tiefste und weiteste Wirkung zumindestens aller Richtungen in der Gegenwart zubillige, die Musik. In dieser Hinsicht muß ich ein wenig an dem Voranschlag Kritik üben. Dieser Zweig ist zu wenig beachtet worden und es sind ihm zu geringe Beträge zugewendet worden. Die Steiermark verfügt über eine eminent musikalische Bevölkerung. Gerade die Jugend von heute ist der Gefahr ausgesetzt, in der Musik einer Mechanisierung zu unterliegen. Letztlich kann man die soziale Bedeutung der Musik nicht genug hoch einschätzen. Gerade das System, das wir ablehnen, schätzt die Werbekraft und die führende Kraft der Musik weit höher ein, als wir es durch unsere finanziellen Zuteilungen zum Ausdruck bringen. Besonders möchte ich darauf hinweisen, daß es noch nicht möglich war, die Volksmusikschulen, die in allen Bezirken errichtet werden, so zu dotieren, daß tatsächlich diejenigen Personen, die sich dort der Verbreitung und Zusammenfassung der Musik widmen, entsprechend bezahlt werden. Ich habe die Empfindung, daß dort der Idealismus in beschämender Weise ausgenützt wird.

Das eine habe ich bejaht. Vom Gesichtspunkt der Kultur ist das, was gegeben wird, nämlich die 10 Millionen Schilling, viel zu wenig. Vom Gesichtspunkt des gesamten Budgets und vom Gesichtspunkt der Verhältnisse, unter welchen wir leben müssen und unter dem Gesichtspunkte der Mittel, die das Land zur Verfügung hat und der anderen Aufgaben, die das Land zu erfüllen hat, ist es entsprechend. Wir haben also mit der Zuteilung der Mittel richtig Haus gehalten und wir können mit Befriedigung feststellen, daß die Mittel richtig angewendet worden sind. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Kandutsch: Hoher Landtag! Der Herr Abg. Dr. Kaan hat mir mit seinen wesentlichen und grundsätzlichen Worten aus dem Herzen gesprochen. Ich kann mich daher kurz fassen und möchte nur das Eine noch feststellen: ich habe nicht nur keine Scheu davor, hier mein volles Einverständnis mit einem Mandatar einer anderen Partei zum Ausdruck zu bringen, sondern freue mich im Hinblick

auf die zur Diskussion stehende Materie sogar außerordentlich. Wäre es denn nicht traurig, wenn auch in Fragen der Kultur und der Gemeinschaftspflege ein parteipolitischer Gegensatz vorherrschte, zumal uns die große Geschichte der Kultur-Großmacht Österreich zu gemeinsamer Tat verpflichtet, dieser Vergangenheit gerecht zu werden? Ich glaube, daß in Fragen der Kultur Parteiinteressen tatsächlich belanglos sind. Wenn Herr Dr. Kaan auf die Ausführungen meines Kollegen Scheer replizierte, er könne dessen Behauptung, die Wirtschaft sei das Alpha und Omega der Politik, nicht zustimmen, so bin ich überzeugt, daß dieser Ausspruch, aus dem Zusammenhang gerissen, Anlaß zu einem Mißverständnis wurde, welches zu klären ebenfalls ein Grund meiner Wortmeldung war.

Der Abg. Scheer behandelte alle Fragen und Probleme der Landespolitik in engstem Zusammenhang mit dem vorliegenden Budget und darüber hinaus mit der allgemeinen noch keineswegs befriedigenden Wirtschaftslage und behauptete richtig, daß wir noch so gute und ernst gewollte Projekte des sozialen, kulturellen und wirtschaftsfördernden Aufgabenkreises nur deshalb und solange nicht durchführen werden können, als uns einfach die Mittel dazu fehlen. Schließlich ist die Forderung aus der Zeit heraus zu verstehen, da es heute gilt, die Auswirkungen des Krieges im Lande selbst, sowie die durch eine völlig veränderte außenhandelspolitische Situation entstandenen Schwierigkeiten, mit aller Energie zu beseitigen.

Gelingt dies nicht und wird unsere Wirtschaft nicht in weit größerem Maße als bisher prosperierend, so werden alle Maßnahmen des Staates und der Länder im Grunde genommen unzureichendes Stückwerk bleiben.

Gehen wir aber nicht von der Augenblickssituation, sondern vom Grundsätzlichen an das Verhältnis Kultur-Wirtschaft und Kultur-Politik überhaupt heran, so müssen wir feststellen, daß hier keine Gegensätze, sondern höchstens Rangwerte bestehen, wobei uns Europäer das Primat der Kultur eine Selbstverständlichkeit darstellt. Insofern wir zugeben, daß Kultur der Sammelbegriff des Zeitgeistes und eines ganz bestimmten Stiles einer Zeit ist, so bekennen wir uns auch zur allein dienenden Funktion der Politik, und es wäre von größtem Vorteil, wenn alle Politiker öfters an die Relativität ihrer Bemühungen denken würden. Kultur wird eben nicht geschaffen und geprägt von den ökonomischen Bedingungen, von technischer Entwicklung und zivilisatorischem Fortschritt, sondern immer und ewig von der schöpferischen Persönlichkeit. Deshalb hat auch unser Klub einen Erhöhungsantrag für lebende steirische Künstler beantragt, dem auch die anderen Parteien zustimmten. Schließlich werden wir auch nur dadurch, daß wir uns um die kulturellen Probleme der Gegenwart bemühen und daß wir in einem sauberen, von der gegenseitigen menschlichen Achtung getragenen Gemeinschaftsleben Grundlagen für eine würdige Zukunft schaffen, der stolzen Vergangenheit österreichischer Kultur gerecht.

So, unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, ob eine

Aufwendung öffentlicher Mittel in einer Notzeit, wie der unseren, überhaupt zu verantworten ist. Würden wir in Geld schwimmen, wäre eine großartige Dotierung aller Posten des Kapitels Kultur und Gemeinschaftspflege einfach. Daß wir aber auch heute im Rahmen des Möglichen alles tun müssen und daß es in Fragen der Kulturpflege keine Vertröstung auf bessere Zeiten gibt, war bei der Beratung dieses Kapitels gemeinsames Bewußtsein aller Parteien.

Lassen Sie mich daher am Ende meiner Ausführungen meine Befriedigung darüber zum Ausdrucke bringen, daß in den Fragen der Kultur politische Leidenschaften und Differenzen verstummen und mit dem Appell schließen, daß es auch in Zukunft so bleiben möge.

Für uns Europäer kann aber der Wille zur Kultur und ihrer Förderung als Träger eines großen, uns tiefverpflichtenden Erbes nur das eine heißen: Bekenntnis zum Geist! (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Ebner: Hohes Haus! Wenn nach dem ersten Weltkrieg hier in der Steiermark der Beschluß gefaßt wurde, ein bäuerliches Volksbildungsheim zu errichten, so wurde damit ein Markstein in der Geschichte unserer Steiermark gesetzt. Wenn wir uns heute die Verhältnisse in der Landwirtschaft draußen ansehen, so muß jeder einzelne Mensch zur Überzeugung kommen, daß ein Bauer nicht mehr bestehen kann, wenn er nicht eine fachliche Ausbildung genossen hat. Der Segen dieser Einrichtung ist auch bereits zu verspüren. Wir hätten in Steiermark die Notjahre seit 1945 sicher nicht so einigermaßen glimpflich überdauern können, wäre nicht ein Großteil unserer Landwirtschaft bereits fachlich so geschult und dadurch in die Lage versetzt gewesen, die Produktion unserer Nahrungsmittel zu erhöhen und zu steigern. Aus St. Martin gingen in diesen drei Jahrzehnten hunderte von Lehrern heraus, die dann als Leiter der bäuerlichen Fortbildungsschulen am Land draußen tätig sind. Ebenso, wie viele hunderte Bauernmädels aus den Kursen hervorgehen, um die Hauswirtschaft in den heimatischen Wirtschaften in Ordnung zu bringen. Besonders erfreulich ist es, daß auch Mädels, die nicht dem landwirtschaftlichen Beruf angehören, in St. Martin eine Zeit lang geschult werden. Ich konnte schon oft die Feststellung machen, daß der Friede in einer sonst gut veranlagten Arbeiterfamilie nicht zu behaupten war nur deshalb, weil die Frau nicht in der Lage war, die Hauswirtschaft richtig zu führen und zu lenken. Es ist daher diese Schulung ganz besonders zu begrüßen. Es ist sehr erfreulich, daß ein ganz ansehnlicher Betrag für diesen Zweck im Landesvoranschlag vorgesehen ist. Ich möchte das Hohe Haus bitten, diesem Betrag seine Zustimmung zu geben. Den Herrn Finanzreferenten möchte ich bitten, dieser Sache ein ganz besonderes Augenmerk zu widmen und das Unternehmen auszubauen zum Wohle unseres steirischen Volkes.

Auf eines möchte ich noch verweisen, und zwar sind das die Gedenkstätten unseres steirischen Volksdichters Peter Rosegger. Auch für die Erhaltung dieser Gedenkstätte ist ein Betrag vorgesehen.

Das ist sehr dankenswert. Ich möchte aber bitten, daß auch in Zukunft sowohl auf das Geburtshaus, als auch auf das Sterbehaus und auf die Grabstätte, die sich augenblicklich nicht gerade in einem sehr guten Zustand befindet, ein besonderes Augenmerk gewendet wird und falls solche Bitten aus der Heimat Roseggers an die Hohe Landesregierung herantreten, so möchte ich bitten, diesen Gesuchen die Zustimmung zu geben. (Bravorufe, Händeklatschen.)

Abg. Wegart: Hohes Haus! Der Stand der Kultur eines Volkes kann auch in dem Verhältnis zwischen Führung und Geführten beurteilt werden und wir stellen in diesem Zusammenhang bedauerlicherweise einiges fest. Es haben sich in der letzten Zeit in den Zeitungen, im Rundfunk und auch in den politischen Versammlungen Dinge ereignet, die nicht geduldet werden können. Wir bedauern aufrichtig, daß eine steirische Tageszeitung Artikel bringt, wie zum Beispiel einen unter dem Titel „Nehmt hungernde Mandatare zum Mittagstisch“, in welchem die Abgeordneten als Großverdiener u. a. m. hingestellt werden.

Es hat zum Beispiel die „Russische Stunde“ — ich bedaure, daß Abg. Pölzl sich nicht hier befindet — (Zwischenrufe bei ÖVP: „Es wäre doch gut, wenn ein Zweiter hier wäre!“ — Heiterkeit.) in Wien in ihrer Faschingssendung besonderen Gefallen daran gefunden, österreichische Künstler zu verhalten, über die österreichische Regierung, über ihre verantwortlichen Männer und über Österreich als solches in einer sehr gehässigen und unverschämten Art zu Felde zu ziehen. Dagegen müssen wir mit aller Entschiedenheit auftreten. Der Sender „Alpenland“ hat es fertiggebracht, in einer Faschingssendung folgendes zu sagen: „Die Bälle in Graz sind ausgezeichnet besucht, es steht nur noch ein Ball aus, der Lumpenball, an dem die Abgeordneten als Ehrengäste teilnehmen.“ Solch eine Entgleisung von öffentlichen Einrichtungen müssen wir zurückweisen. Ich richte in diesem Zusammenhang einen Appell an alle Parteien und ihre verantwortlichen Abgeordneten und Führer dieses Landes, in ihren Versammlungen und in ihrer Presse von jeder persönlichen Diffamierung Abstand zu nehmen. Der VdU hat sich besonders darin gefallen, einen verantwortlichen Minister der ÖVP der Korruption zu beschuldigen, obwohl die Herren des VdU genau wissen, daß dies nicht der Fall ist. Ich möchte gerade den VdU ersuchen, daß er seine Hauptredner anweist, in seinen Versammlungen von solchen persönlichen Diffamierungen Abstand zu nehmen. Unsere demokratischen Zeitungen sollen es wohl als letzte sein, in einer derartigen Weise über die verantwortliche Führung zu Felde zu ziehen. Die Demokratie braucht Autorität. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Saubere Hände braucht sie.“) So wie der VdU-Landesrat Dr. Wascher von Oberösterreich. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Den Hurdes mit seinen 700.000 S haben Sie noch immer drinnen!“) Landeshauptmann Krainer: „Was hat er für sich genommen?“ (Landesrat Dr. Elsnitz: „Für sich nicht, aber für die Partei.“) Herr Dr. Elsnitz, Ihr Zwischenruf veranlaßt mich, nun folgenden Fall zum Besten zu geben: Ich bin nach Fürstenfeld ge-

kommen und da hat mich der VdU-Sekretär gebeten, ich möge mit ihm reden. „Ich bin vom VdU ausgetreten“, hat er gesagt. Ich frage ihn: „Wieso, haben Sie etwas gestohlen oder sonst etwas ausgefressen?“ „Gestohlen, nein. Ich habe während der Wahlzeit in 60 Versammlungen geredet, in Hartberg, Fürstenfeld, Feldbach und habe dabei über die Autos, mit denen die Regierungsbonzen fahren, losgezogen und erklärt, wenn der VdU zu reden hat, wird mit dem Autofahren aufgeräumt, die Dienstautos werden abgeschafft. Vor 14 Tagen war nun eine Veranstaltung in Fürstenfeld, da kommt der Landesrat Dr. Elsnitz auch mit dem Regierungsauto daher. Da habe ich erklärt, in dieser Partei habe ich nichts zu suchen, zuerst wird Wasser gepredigt und jetzt Wein getrunken.“ Ich sage es noch einmal, in Österreich ist die Autorität in der Demokratie erforderlich, aber ebenso erforderlich ist, daß die verantwortungsvollen Männer dafür Sorge tragen, daß die Einrichtungen der Demokratie nicht in schamloser Weise diskreditiert werden. (Bravourofe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Landesrat **Dr. Elsnitz**: Hohes Haus! Ich habe es bisher grundsätzlich abgelehnt, mich in persönlichen Angriffen zu gefallen, aber wenn Sie, Herr Abgeordneter Wegart, mich dazu zwingen, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen zu antworten. Was den Herrn Payerl betrifft, erkläre ich, daß er unterschlagen hat. Der Mann hat es gewagt, Gelder des VdU zu unterschlagen, deshalb ist er hinausgeflogen. Darin liegt der Unterschied gegenüber Ihrer Partei. Wenn Sie dies auch nicht hören wollen, so müssen Sie doch unseren Standpunkt zur Kenntnis nehmen. Herr Wegart, Sie haben kein Recht, solche Erklärungen abzugeben. Wenn ich dies hier in diesem Hause erkläre, dann muß es Ihnen genügen. Ich bin nicht verpflichtet, weitere Erklärungen abzugeben. Ich stehe auf den Standpunkt, daß Hurdes 700.000 S angenommen hat; wir nennen das Korruption. (Zwischenruf Landeshauptmann Krainer: „Was heißt das?“) Das heißt, er hat 700.000 S für die ÖVP. angenommen. Ich habe aber nicht die Absicht, eine Versammlungsrede zu halten. Wenn Sie, Herr Wegart, den „G 9“ meinen, so habe ich dies niemals geäußert. Im VdU kann jeder seiner Meinung frei Ausdruck geben. (Zwischenruf Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier: „In allen Ihren Versammlungen ist dasselbe erklärt worden, da wurde gegen alle Regierungsaautos gewettert.“) (Weitere Zwischenrufe, Präsident gibt das Klingelzeichen.) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Zeiten Erzherzogs Johann vorüber sind, ich habe keine Zeit, die Postkutsche zu benutzen, wo man 14 Tage zu einer kurzen Reise benötigt. Wenn Payerl die Benutzung meines Dienstwagens zum Anlaß nimmt, aus dem VdU auszutreten, bleibt es ihm anheimgestellt. Ich habe jedoch keine Veranlassung, ihm Antwort zu stehen. Wir haben ihn jedenfalls hinausgeworfen; heute ist er bei der ÖVP.

Berichterstatter Abg. **Hegenbarth**: Hohes Haus! Aus der Debatte ist ersichtlich geworden, daß über die Zweckmäßigkeit keine Zweifel bestehen. Alle Redner haben sich einmütig ausgesprochen, daß es Aufgabe und vornehmste Pflicht des Landes ist, für

dieses Kapitel finanzielle Zuwendungen auszuwerfen. Erlauben Sie nun, daß ich einen Ergänzungsvorschlag verlese. Der Finanzausschuß hat in voller Würdigung der vorgebrachten Gründe Erhöhungen der Posten vorgenommen, die ich Ihnen nun zur Verlesung bringe:

Bei 310,70, Förderungsbeitrag an wissenschaftliche Vereine und Institute eine Erhöhung um 10.000 S,

bei 310,71, Förderungsbeitrag für wissenschaftliche Arbeiten, Erhöhung 10.000 S,

bei 310,72, Förderungsbeitrag an die historische Landeskommission, Erhöhung 10.000 S,

bei 310,73, Studienbeihilfen an Hochschüler, Erhöhung 50.000 S,

bei 320,70, Ankauf von Kunstwerken und Förderung steirischer Künstler und Kunsthandwerker, Erhöhung 45.000 S,

bei 320,73, Beitrag zum Abgang des österreichischen Sänger-Bundesfestes, Erhöhung um 10.000 S,

bei 323,70, Förderungsbeitrag für die städtischen Bühnen, Erhöhung um 75.000 S,

bei 325,00, Personalaufwand laut S. N., Erhöhung um 28.800 S,

bei 330,51, Förderung der Herstellung von Heimat- und Kulturfilmen, Erhöhung um 15.000 S.

Volkshausbildungsheime: bei U 12e,37, Gebäudeinstandhaltung, mehr 5000 S,

bei U 12e,59, Referentenonorare, mehr 2300 S,

bei U 12e,70, Fahrtkostenbeiträge für Kursteilnehmer, mehr 2000 S,

bei U 12e,93, Größere Inventarnachschaffungen, mehr 4000 S,

bei 354,70, Förderungsbeitrag für die Instandhaltung von Bau- und Kunstdenkmälern, Erhöhung um 5000 S.

Ich bitte im Namen des Finanzausschusses, Gruppe 3 in der vorgeschlagenen Fassung und mit den vorgeschlagenen Präliminierungen anzunehmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, welche der Gruppe 3 in der vom Herrn Berichterstatter vorgeschlagenen Fassung ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 3 ist angenommen.

Wir kommen zu
Gruppe 4,

Berichterstatter ist Abg. Hofmann, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Hofmann**: Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat sich mit dem Kapitel eingehend beschäftigt und es ist bezeichnend, daß zu diesem Abschnitt nicht weniger wie 14 positive, das heißt Erhöhungsanträge gestellt wurden, die im Ergänzungsheft vorliegen. Ich muß nicht besonders betonen, daß so ziemlich alle Parteien des Hohen Hauses der Auffassung sind, daß die Fürsorge nicht eine Angelegenheit der Wohltätigkeit, des Almosengebens sein kann, sondern schließlich in der heutigen Zeit eine Verpflichtung ist gegenüber jenen Mitbürgern, die der Hilfe bedürftig sind. Daß sich auch das Land Steiermark und sein Landtag dieser großen Aufgabe nicht ent-

ziehen darf, das ist, glaube ich, allgemeine Auffassung im Finanzausschuß, in dem alle Parteien vertreten waren und sind, gewesen.

Zu den einzelnen Kapiteln wäre vorläufig nur einiges zu sagen. Wir haben in der Gruppe Fürsorgewesen und Jugendhilfe u. a. auch Beträge eingesetzt, die für Kriegsversehrte und Kriegshinterbliebene bestimmt sind. Wir haben ja ein eigenes Landesgesetz, das bestimmt, daß zur Lustbarkeitsabgabe ein Zuschlag eingehoben werden muß. Und dieser Zuschlag dient der Unterstützung von Kriegsversehrten und deren Hinterbliebenen. Es wurde damals im Finanzausschuß dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß wir leider nicht in der Lage sind, mehr aufzuwenden, obwohl gerade auf diesem Gebiet die Aufgaben einen viel höheren Betrag erfordern würden. Wenn wir uns vorstellen, daß wir heute im Land Steiermark durch die zwei Weltkriege, die über uns hinweg gegangen sind, nicht weniger als allein 80.000 Rentenempfänger haben, so können Sie sich vorstellen, daß hier der Betrag, der mit 400.000 S bewilligt wurde, weitaus zu gering ist, um nur die größte Not lindern zu können.

Wir haben uns auch eingehend beschäftigt mit Unterstützungen und sozialen Aufwendungen für unter das Opferfürsorgegesetz fallende Personen. Der Betrag ist gegenüber den vorhergehenden Jahren etwas reduziert, ist jedoch im Zuge der Debatte im Finanzausschuß, wie Sie aus dem beiliegenden Heft ersehen, einigermaßen erhöht worden. Wir haben uns aber im Finanzausschuß entschlossen, den Betrag gegenüber den vergangenen Jahren doch noch reduziert zu belassen, weil durch das Inkrafttreten eines Bundesgesetzes nicht mehr die Notwendigkeit besteht, in dem Ausmaß wie in den anderen Jahren für die Opfer des seinerzeitigen Faschismus vorzusorgen.

Eine lange Debatte hat sich entsponnen über die Flüchtlingsfürsorge. Wir sind als Land der Meinung, daß wir für die Kriegsereignisse und ihre Folgen nicht aufzukommen haben und daß dies Bundes-sache ist. Aber in unserer Verfassung besteht eben eine Bestimmung, daß Flüchtlingsfürsorge Landes-sache ist und das legt uns natürlich gewaltige Lasten auf, über die wir nicht hinweg kommen. Ich glaube, es gelingt in Wien, dem Herrn Bundesfinanzminister begreiflich zu machen, daß das Land Steiermark ja nicht schuld daran ist, daß es an zwei Stellen an andere Länder grenzt, von wo Flüchtlingsströme nach Steiermark hereinkommen. Es wurde schon einigermaßen ein Erfolg in Wien bei den Verhandlungen erzielt, sodaß der Herr Finanzreferent wenigstens einen Teil dieser Aufwendungen für Flüchtlingsfürsorge wird in Einnahme stellen können.

Weiters wäre zu sagen, daß die Fürsorgeheime, die gegenwärtig in Landesverwaltung sind, nicht so ausgestattet sind, wie es wünschenswert wäre. Eine eingehende Debatte hat vor allem festgelegt, daß ganz besonders für die Nachschaffung von Wäsche zu wenig eingesetzt ist und ein bezüglicher Erhöhungsantrag wurde auch zum Teil angenommen.

Es wäre noch über manches viel zu sagen. Wenn wir die einzelnen Kapitel durchgehen, so erkennt

man, daß sich die verantwortlichen Stellen ihren Aufgaben voll bewußt sind. Sie sind sich bewußt, daß man für Kindererholung Vorsorge treffen muß, auch für sonstige Jugendhilfe, daß man Vorsorge treffen muß für Fürsorgeerziehung.

Ich bitte Sie, die Gruppe 4 „Fürsorgewesen“ durchzuberaten und ich werde mir dann erlauben, nach Schluß der Debatte entsprechende Anträge zu stellen. Ich will noch erwähnen, daß der Betrag, der hier aufgewendet wird, begreiflicherweise sehr hoch ist. Wir haben ungefähr 28 Millionen Schilling Ausgaben, die kaum zur Hälfte bedeckt sind, so daß der Abgang 15 Millionen Schilling beträgt.

Abg. Pötz: Wenn ich mir erlaube, zu dem Kriegsopferfürsorgegesetz und der gesamten Fürsorge einige Worte zu sprechen, so deshalb, weil ich mich auch als Schwerstbeschädigter des letzten Weltkrieges dazu berufen fühle. Das Kriegsopfergesetz, das ab 1. Jänner d. J. gilt, hat verschiedene Härten für uns. Das können alle jene bezeugen, die draußen an den Fronten und auch in der Heimat das Unglück hatten, ihre Gesundheit einzubüßen. Ich bin der Anschauung, daß dieser Betrag, der im Budget vorgesehen ist, ein geringer ist. Wir hätten gerade auf diesem Gebiet viel nachzuholen. Es ist mir unverständlich, daß viele Rentenbewerber, die ihren Antrag schon vor Jahren eingebracht haben, noch keine Erledigung darauf erhalten haben. Es ist mir unverständlich, daß viele seitens des Landesinvaliden-amtes auf solche Schwierigkeiten stoßen, um zu ihrer berechtigten Rente zu gelangen. Es wäre höchst an der Zeit, hier einmal Abhilfe zu schaffen. Weiters möchte ich darauf verweisen, daß es auch notwendig wäre, daß die Kriegsversehrten endlich zu einem Arzt zur Untersuchung und Beurteilung kommen, und zwar zu einem entscheidenden Facharzt. Dann kann es nicht vorkommen, daß ein kriegsversehrter Landarbeiter, der für eine Familie zu sorgen hat und durch seine Versehrtheit nicht in der Lage ist, sich auch nur ein Stücklein Brot zu schneiden, nur 23 S bekommt. Das soll die Entschädigung für seine Versehrtheit sein!

Ein Weg, wie wir unseren Kriegsversehrten helfen könnten, wäre, daß man bei Verteilung der Trafiken den Kriegsversehrten ein größeres Augenmerk zuwendet. Es geht nicht an, daß Menschen Inhaber von Trafiken sind, die eine gute Landwirtschaft, eine Gaststätte und ein Kaufmannsgeschäft haben, für die ist das ein Nebenverdienst, für den Kriegsversehrten aber eine Existenzgrundlage. Hier möchte ich die Herren von der SPÖ bitten, sich hier die Schwere der Verwundung des Bewerbers anzusehen und nicht zu fragen, welcher Partei er zugehörig ist. Ich bin überzeugt, wenn wir das tun, haben wir die edelste Pflicht als Vertreter des Volkes getan und den Ärmsten der Armen geholfen, das sind die Kriegsversehrten; dann haben wir eine gute Tat vollbracht. (Bravorufe, Händeklatschen.)

Abg. Wolf: Hoher Landtag! Die Gruppe 4, umfassend das Fürsorgewesen und die Jugendhilfe, stellt ein großes Arbeitsgebiet mit unendlich wichtigen Aufgaben dar, die naturgemäß auch einen beachtlichen Teil des Landesvoranschlages beanspruchen müssen. Werden in die Betreuung ja doch alle

Schichten des Volkes — vom Säugling bis zum Greis — mit ihren Bedürfnissen und Nöten der Zeit eingeschlossen. Da nun, wie schon gesagt, das Betätigungsfeld für die Fürsorge ein sehr ausgedehntes ist, will ich nur einige Probleme dieses Kapitels herausgreifen.

In der NS-Zeit und Nachkriegszeit sind verschiedentlich ausländische Kinder nach Steiermark gelangt, die zum Teil hier keine Angehörigen haben. Diese Kinder werden durch die IRO in ihr Heimatland zurückgebracht. Dabei kommt es vor, daß Kinder, die sich seit Jahren hier aufhalten und gute Pflegeeltern haben, die sie adoptieren wollen, gegen ihren Willen in ihr Ursprungsland zurückgebracht werden, obwohl sie dessen Sprache nicht mehr sprechen und auch dort keine Angehörigen mehr haben. Es scheint mir im Interesse der Kinder zu liegen, sie in solchen Fällen bei den Pflegeeltern zu lassen. Hinsichtlich der Pflegekinder hat sich die Steiermärkische Kinderpflege-Ordnung vom Jahre 1947 gut bewährt. Das ganze Pflegekinderwesen steht und fällt jedoch mit den Hausbesuchen der Fürsorgerinnen. Außerhalb der Stadt Graz hat Steiermark ungefähr 280.000 Kinder und Jugendliche. Davon sind mindestens 40.000 Kinder unter 14 Jahren in fremder Pflege. Für die Haus- oder Anstaltsbesuche bei diesen Kindern stehen außerhalb Graz nur etwa 80 Fürsorgerinnen zur Verfügung, die außerdem den Gesundheitsdienst, die Seuchenbekämpfung, die Säuglingspflege usw. durchzuführen haben. Die besten gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Pflegekinder nützen aber nicht, wenn nicht ein entsprechendes Fürsorgepersonal zu ihrer Durchführung zur Verfügung steht.

Sehr zu begrüßen ist es, daß in den letzten Jahren bei mehreren Bezirkshauptmannschaften Erziehungsberatungsstellen eingerichtet wurden. Diese bestehen darin, daß das Jugendfürsorgereferat der Bezirkshauptmannschaft einen kleinen Teil ehrenamtlicher Mitarbeiter, Lehrer, Richter, Seelsorger schafft und die ratsuchenden Eltern und Jugendlichen an sie verweist. Ein besonderes Problem ist der Schutz der Jugend vor Verwahrlosung. Noch immer ist die Zahl der Jugendlichen, die straffällig werden oder sonst verwahrlosen, in Zunahme begriffen. Man braucht nur die Tagespresse zu lesen und findet jeden Monat Berichte über Einbrüche, Diebstähle, Raubüberfälle, Brandstiftungen, Graberschändungen, Sittlichkeitsdelikte, Mord und Totschlag, wobei die Täter im Alter von 9 bis 20 Jahren sind.

Die Bekämpfung dieser Erscheinung ist dadurch erschwert, daß nach Ansicht der Juristen bei den Zentralbehörden viele Angelegenheiten des Jugendschutzes nicht zur Jugendfürsorge gehören und daher nicht durch Landesgesetz geregelt werden können.

Wo aber liegen die tieferen Ursachen zu diesen traurigen Taten? Die „Internationale Vereinigung für Kinderhilfe“ hat ganz allgemein festgestellt, daß die Erziehungsfähigkeit der Familie eine stetig absteigende Kurve aufweist. Zu den leider nicht allzu seltenen Fällen, in denen den Eltern die geistigen und sittlichen Voraussetzungen für eine Erziehungstätigkeit überhaupt fehlen, kommt die durch die

Blutopfer des Krieges bedingte weitgehende Familienzerstörung. Zu den zerstörten Familien rechnen wir aber nicht nur die, bei denen ein Elternteil fehlt, sondern auch die vielen geschiedenen oder in Scheidung begriffenen, innerlich zerrütteten Ehen. Welch große Rolle gerade die Familienzerstörung bei der Jugendverwahrlosung und Jugendkriminalität spielt, möge zum Beispiel daraus ersehen werden, daß von 1016 vom Wiener Jugendgerichtshof im Jahre 1945 verurteilten Jugendlichen 834, also vier Fünftel, aus solchen Familien stammten. Ehescheidungsurteile mögen also oft die Voraussetzung für die Urteile der Jugendrichter sein; denn geschiedene Ehen bedeuten heimat- und elternlose Kinder. Die Erziehungsarbeit der Schule bleibt vergeblich, die Worte aus kirchlichen Gemeinschaften wirkungslos, wenn sie an den vier Wänden kein Echo finden. Gesundung und Vorbeugung kann nie von außen und oben, sondern muß von innen, von der Zelle kommen. Vater und Mutter gehören wieder als bestimmte Gestalten in das Leben der Jugend. Darum ist es notwendig, daß die Familienkultur von Grund auf erneuert wird. Das ist eine Forderung, die an alle Stände, Berufe und Schichten unseres Volkes ergeht. Gerade die Verwahrlosung eines — zum Glück nur geringfügigen Teiles unseres Volkes — zeigt, daß hier ein gründlicher Wandel not tut. Daß dies nicht von heute auf morgen eintreten wird, darüber kann es wohl keine Diskussion geben.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren der Budgetberatungen, sei auch heute wieder eindringlich und ernst darauf verwiesen, daß nur gesunde Wohnungsbedingungen und eine gesicherte Arbeitsstätte die grundlegende Voraussetzung für ein geordnetes Familienleben sein können.

Ein weiterer Punkt, der für die Verwahrlosung unserer Jugend ins Gewicht fällt, ist der Schmutz und Schund, der in Bildwerken, Büchern und Filmen den Kindern nahegebracht wird. Darüber hier näheres auszuführen, habe ich in früheren Jahren schon Gelegenheit gehabt. Von allen Seiten ist dies zu hören, von allen Seiten wird man bestürmt. Ich hoffe, daß das Gesetz, das vor nicht langer Zeit im Nationalrat endlich beschlossen wurde, durch die nötige strenge Handhabung zu einem Erfolg führen wird. Es ist sehr zu begrüßen, daß in diesem Gesetz gerade den Bezirkshauptleuten eine ganz hervorragende Waffe in die Hand gegeben wurde, um gegen die Feinde, die zur Jugendverwahrlosung führen, auftreten zu können.

Erfreulich ist es auch, daß die im Landtage wiederholt gestellte Forderung nach Schaffung eines Polizeijugendheimes wenn nicht 100%ig, aber wenigstens teilweise jetzt eine Erfüllung gefunden hat dadurch, daß es dem Lande gelungen ist, in der Körblergasse ein Gebäude dafür festzulegen, das einerseits eine Art Kinderaufnahmestelle darstellt und wo andererseits hier auch das so oft geforderte Polizei-Jugendheim eingerichtet werden kann. Ich begrüße es, daß es noch im Laufe dieses Jahres, gegen Ende des Jahres möglich sein wird, es in Verwendung zu nehmen. Ich bin der Meinung, daß Vorbeugen besser ist als Heilen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurden ja auch verschiedene An-

träge gestellt, um die Kinder und die der Schule entwachsenen Jugendlichen nicht nur von der Straße fernzuhalten, sondern sie auch einem ordentlichen Berufe zuzuführen und auch in die Künste und Wissenschaften einzuweißen. Ich meine damit die hauswirtschaftlichen Kurse im Rahmen des Volksbildungsheimes von St. Martin, die auch für nicht bauerliche Mädchen geschaffen wurden. Schon im April 1948 hat der Steiermärkische Landtag beschlossen, im Rahmen des Volksbildungsheimes solche Kurse durchzuführen. Die Sache ist damals nicht zur Durchführung gekommen. Die Bemühungen waren damals nicht von Erfolg begleitet. Aber am 22. Februar 1949 wurde nunmehr ein Kuratorium konstituiert, dem die Aktivierung dieser Aufgabe obliegt. Diese Kurse bestehen entweder in geschlossenen Internatskursen oder sie sind Tageskurse. Es wurden solche Kurse durchgeführt in Teufenbach, in Schloß Stein und Schloß Purgstall bei Wies. Die älteste Teilnehmerin war 24 Jahre alt, die jüngste 14 Jahre. Der Kursbeitrag betrug pro Monat 100 S. Es wurden jedoch je nach der sozialen Lage der Teilnehmerinnen auch Ermäßigungen gewährt. Wir waren zufällig bei dieser Eröffnung im Schloß Purgstall und konnten mit Freude feststellen, wie die Mädchen sich dort wohl gefühlt haben und wie groß die Kurserfolge waren. Auch in diesem Jahr war es möglich, dank dem Entgegenkommen der Landesregierung und des Finanzreferenten, denselben Betrag festzulegen, sodaß man wieder daran gehen kann, solche Kurse in Schloß Purgstall und in Schloß Feistritz als Internatskurse und Tageskurse in Lankowitz, Bruck, Neudau zu halten. Geplant sind sie auch noch in Stainz, St. Jakob, Frohnleiten, Leibnitz, Zeltweg und Wildon.

Zum Schluß, aber durchaus nicht in letzter Linie, möchte ich noch die Aufmerksamkeit des Hohen Landtages auf Wesen richten, die auch der Fürsorge außerordentlich bedürfen, das sind die geistig zurückgebliebenen Kinder, die in der Normalschule nie und nimmer ihr Lehrziel erreichen können. In Graz bestehen für solche Kinder drei Hilfsschulklassen, aber auf dem flachen Land, zum Beispiel in Köflach und in Obersteiermark, sind einige Hilfsklassen der Normalschule angeschlossen. Es ist diese Erziehung außerordentlich wichtig und notwendig, wenn wir nicht wollen, daß aus diesen Kindern Bettler, Tagediebe und Rechtsbrecher werden.

Dann möchte ich bei dieser Gelegenheit auch der alten Leute gedenken, die uns keine Last bedeuten dürfen, denen wir verpflichtet sind, ihren Lebensabend wirklich so angenehm wie nur möglich zu gestalten. Ich denke da besonders an die Kleinrentner und nehme dies zum Anlaß, mit Freude und Genugtuung entgegenzunehmen, daß doch eine kleine Erhöhung für den Betrieb der Kleinrentnerküche in der Wielandgasse zugestanden wurde in der Höhe von 10.000 S, sodaß im ganzen ein Betrag von glaube ich 40.000 S zur Verfügung steht. Es ist dies bei weitem nicht ausreichend, aber ich muß genau so wie früher jetzt wieder an das gute Herz des Herrn Finanzreferenten appellieren, daß es vielleicht bei der nächsten Budgetberatung möglich sein wird, den Betrag noch etwas zu erhöhen. Denn

es gibt eine ganze Reihe von Kleinrentnern, die wir gar nicht erfassen können, für die der Betrag von S 1-80 für ein Mittagessen auch noch immer zu hoch ist. Wir können zwar die erfassen, die dort hingehen und den Betrag von S 1-80 bis 2-80 erlegen können, aber ich bin überzeugt, daß es eine Reihe solcher Leute gibt, denen auch dieser Betrag zu hoch ist. Vielleicht ist es doch möglich bei den guten Finanzverhältnissen, wie sie heute durchgeschienen haben, im nächsten Jahr diesen Betrag zur Gänze zu bewilligen, um den wir angesucht haben. Die alten Leute werden es Ihnen danken. (Lebhafter Beifall, Bravorufe.)

Abg. Sebastian: Hohes Haus! Übereinstimmend wird von allen 3 Parteien festgestellt, daß die Befürsorgung derjenigen, die keine Arbeit haben, oder derer, welche nicht mehr über die notwendige Arbeitskraft verfügen, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen, weder eine Gnade ist, noch eine Hilfe bedeutet, sondern daß diese das Recht besitzen, von der öffentlichen Hand, beziehungsweise von der Öffentlichkeit versorgt zu werden. Jeder von Ihnen wird ja sicherlich aus seiner Tätigkeit von den unzähligen Schwierigkeiten, die es gerade bei Interventionen in Fürsorgeangelegenheiten gibt, wissen. Ich stimme mit meinem werten Herrn Vorredner vollkommen überein, daß viele Anträge schon Jahre zurückliegen, daß die Renten, die gegeben werden, zu gering sind und es wäre erfreulich, wenn der Landtag heute beschließen könnte, daß höhere Dotierungen in den einzelnen Bezirksfürsorgeverbänden für die Betroffenen vorgenommen werden könnten. Dies ist, wie aus den eingehenden Beratung hervorgegangen ist, nicht möglich. Doch müßte ein Weg gefunden werden, um jene Härten zu mildern, die sich daraus ergeben, daß die Anträge manchmal 2 bis 3 Jahre liegen bleiben, sodaß dadurch jene Menschen, die um irgend eine Befürsorgung angesucht haben, in Schulden und in wirtschaftliche Verelendung geraten. Wir als Sozialisten haben schon im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß nach unserer Meinung es von außerordentlicher Wichtigkeit wäre und auch eine bedeutende Erleichterung bei der Arbeit schaffen würde, wenn man sich in den Kreisen der ÖVP dazu entschließen könnte, bei den Bezirkshauptmannschaften Bezirksbeiräte zu schaffen. Wenn sich die Frau Abg. Wolf gerade jetzt für die Jugendbeiräte bei den Bezirkshauptmannschaften so wohlwollend und anerkennend ausgesprochen hat, so bin ich der Meinung, daß sich ebenso gut ein Beirat für den Bezirksfürsorgeverband bewähren würde. Die Praxis ist heute so, daß ein Beamter, der eventuell unterstützt wird von 1 oder 2 Fürsorgerinnen, alle Fälle, die sich im gesamten Fürsorgebereich ergeben, bearbeiten muß. Der Herr Abg. Hegenbarth hat schon im Finanzausschuß erklärt, daß die Auskünfte, die bei den Gemeindeämtern gegeben werden, so unzureichend sind, daß sie 5, 6, oft 7 Rückfragen bedürfen, um überhaupt ein geschlossenes Bild über diesen zu Befürsorgenden abgeben zu können. Es ist nicht möglich, daß dieser Beamte diese Fälle alle individuell und noch dazu so rasch erledigen könnte, daß die Befürsorgten zur richtigen Zeit und gerade dann, wenn sie es am notwendigsten brau-

chen, in den Genuß der Rente kommen. Wir würden daher aus all den angeführten Gründen bitten und den Vorschlag unterbreiten, um jene Härten, die aufscheinen durch die lange Dauer der Erledigung der Akten, um jene Härten, die dadurch entstehen, daß der Beamte nicht in der Lage ist, individuell zu entscheiden, ob der Gesuchsteller wirklich bedürftig ist, aus öffentlichen Mitteln versorgt und unterstützt zu werden, daß man dazu übergeht, Bezirksbeiräte bei den Bezirksfürsorgeverbänden zu schaffen, die dann wesentlich rascher und individueller die einzelnen Anträge behandeln könnten und so wesentlich zur Linderung der Not mithelfen würden. Daß sich die Beiräte bewähren würden, beweisen die Gemeinde-Fürsorgeausschüsse, wie sie in größeren Städten bestehen, wo diejenigen, welche im Ausschuß sitzen, in den meisten Fällen den Antrag bringen. Der Beirat kennt durch das Erhebungsorgan die Verhältnisse, sodaß keine weitere Befürwortung notwendig und eine rasche Erledigung dieses Aktes gewährleistet ist. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Unter Post 411,51. Unterstützungen im Betrage von 1.820.000 S, befindet sich auch die Post „Pflegegelder für landeshilfsbedürftige Pflegekinder“ im Betrage von 1.365.000 S. Ich vermisze in den Erläuterungen eine genaue Aufgliederung dieser Post. Es ist kein Abgeordneter in der Lage, sich nach dieser summarischen Darstellung ein Bild zu machen, was der Landesaufwand für die einzelnen Pflegekinder ist. Es steht wohl unten: „Der Mehraufwand ist durch die Erhöhung der Tagesverpflegungssätze in den Krankenhäusern und der Richtsätze der öffentlichen Fürsorge bedingt“, aber soviel ich weiß, sind diese Richtsätze der öffentlichen Fürsorge derart gering, daß es außerordentlich wichtig wäre, wenn alle Abgeordneten sich davon überzeugen könnten, wieviel eigentlich für ein solches Pflegekind, für das das Land zu sorgen hat, ausgeworfen und aufgewendet wird. Es nützt nichts, hier schöne und lange Reden zu führen. In diesen Dingen ist das Schönste die Tat, es wäre zweckmäßig, wenn hier eine entsprechende Aufklärung gegeben würde.

Eine andere Frage, die ich zur Sprache bringen möchte, ist die Eintreibung der ausgeworfenen Pfelegelder für Leute, die in den Landesanstalten untergebracht werden und für die die Krankenkassen nicht aufkommen. Man muß feststellen, daß in der letzten Zeit Eintreibungsmethoden der Bezirksfürsorgeverbände eingerissen sind, die sehr rigoros gegen Arbeiter und Angestellte, die ein kleines Einkommen haben, vorgehen. Diese Eintreibung wird mit derartig rigorosen Mitteln durchgeführt, daß man sich fragen muß, ob nicht das Land hier aus eigenen Mitteln doch weitergehend den Leuten mit so geringem Einkommen bei Anstaltsaufenthalt von Familienangehörigen entgegenkommen sollte. Ich kenne selbst einige Fälle, die besonders kraß sind. Ein Arbeiter aus Eisenerz mußte seine Frau ins Landeskrankenhaus Graz in die Nervenabteilung bringen. Im Landeskrankenhaus war zu wenig Platz, man schickte die Frau hinunter in die Irrenanstalt Feldhof. Nach einigen

Wochen wird sie von dieser Anstalt entlassen. Wäre im Landeskrankenhaus Platz genug gewesen, hätte die Krankenkasse für diesen Fall die Spitalskosten bezahlen müssen. Da die Frau in Anstaltspflege übergeben wurde wegen Platzmangels im Landeskrankenhaus, ist nun der Mann dieser Frau ersatzpflichtig für die Kosten, die in Feldhof entstanden sind. Solche Fälle sind keine Ausnahmefälle. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn vom Referate der Landesregierung aus wenigstens solche krasse Fälle an die Landesregierung herangebracht würden, wenn man sich nicht nur darauf beschränken würde zu sagen, die gesetzlichen Bestimmungen sind einfach so, sondern versuchen würde, den Fall zu untersuchen und dort, wo es begründet ist, aus außerordentlichen Mitteln, die man dafür einsetzen müßte, beizuspringen.

Noch einige Worte zur Frage der Aufwendungen an unter das Opferfürsorgegesetz fallende Personen. Im vergangenen Jahre wurden für diese Fälle 275.000 S aufgewendet, in diesem Jahre erscheinen im Voranschlage nur 150.000 S. Obwohl das Referat die Absicht hat, 100.000 S als Kredit für Leute, die unter das Opferfürsorgegesetz fallen, also für Kz-Fälle, aufzuwenden, um den Leuten die Möglichkeit zu geben, sofern das notwendig ist, sich Möbel anzuschaffen, ist dieser Betrag von 275.000 S auf 100.000 S reduziert worden. (Landesrat Horvatek: „125.000 S, weil 25.000 S Erhöhungsanträge dabei sind.“) Abg. Hofmann hat im Finanzausschuß den Antrag gestellt, diesen Betrag um 50.000 S zu erhöhen, bedauerlicherweise hat der Finanzreferent auch dagegen seinen Einspruch angemeldet. Es wurde dann vereinbart, daß nur 25.000 S Erhöhung eingesetzt werden. Ich glaube, daß es nicht angeht, daß der österreichische Außenminister sich bei internationalen Beratungen mit den Opfern mit den Leistungen der österreichischen Freiheitskämpfer und mit den Opfern, die in den Gefangenenerlagern, in den Kz-Lagern der Nazi geschmächt haben, brüstet und man dann in der Heimat nicht bereit ist, diesen Opfern, soweit es überhaupt möglich ist, zu helfen. Ich habe mit den Leuten vom Kz-Verband gesprochen, es wurde mir mitgeteilt, daß seit der Referatsneubesetzung die Lage sich nicht verbessert, sondern eher verschlechtert hat, und zwar dadurch, daß Landesrat Oberzaucher eine etwas leichtere Hand gehabt hat als die sparsame Frau Landesrat Matzner. Sparsamkeit in Ehren, aber gerade hier in diesen Fällen soll diese frauliche Sparsamkeit, umsomehr als sie auch Amtsbescheinigungsträgerin ist und weiß, was die Leute zu leiden hatten, nicht allzuweit getrieben werden. Man soll mit größtem Verständnis diesen Leuten begegnen, sie haben wirklich so schwere Opfer gebracht, daß sie verdienen, daß man ihnen bei Schaffung und Sicherung ihrer Existenz entsprechend hilft und ich beantrage, die Post von 150.000 S auf 300.000 S zu erhöhen und den dadurch entstandenen Mehraufwand aus allgemeinen Verstärkungsmitteln zu decken. Ich bitte Sie, für diesen Antrag zu stimmen.

Landesrat Maria Matzner: Hoher Landtag! Erst der Herr Abg. Pölzl hat mich veranlaßt, auf seine Ausführungen über meine betonte Sparsamkeit zu reagieren. Ich möchte gleich mit seinen Ausführun-

gen beginnen und auf den Ansatz zu sprechen kommen, der die politischen Opfer angeht. Ich glaube, daß das Land Steiermark und vor allem die sozialistische Fraktion, in der Frage der außerordentlichen Zuwendungen an die politischen Opfer volles Verständnis bewiesen hat. Wir haben weit über alle Bundesländer hinaus außerordentliche Zuwendungen geleistet und haben sie gegeben in der Auffassung, daß die Erledigungen vom Bund zu lange dauern. Wir aber wollten sehr rasch den einzelnen zu befürsorgenden politischen Opfern etwas zukommen lassen. Die Ausführungen des Herrn Abg. Pölzl können also weder die Sozialisten, noch den derzeitigen Referenten über Fürsorgefragen in der Landesregierung treffen. Mein Vorgänger und ich haben gemeinsam in allen Fragen der politischen Opfer immer wieder betont, daß es notwendig ist, zu helfen. Es ist notwendig, festzustellen, daß das, was in den Jahren 1946 und 1947 für die politischen Opfer unbedingt zu tun notwendig war, heute glücklicherweise nicht mehr im gleichen Maß notwendig ist, weil es einem Großteil dieser Menschen gelungen ist, im Laufe der Jahre ihre Arbeitskraft und Gesundheit wiederzuerlangen und für sich selbst zu sorgen, sodaß unsere Unterstützung nicht mehr so notwendig ist. Es war ein Antrag der Sozialisten im Finanzausschuß, den Betrag der außerordentlichen Zuwendungen auf 200.000 S zu erhöhen, und zwar deshalb, weil wir auf Grund der Erfahrungen gerade des vergangenen Jahres erlebt und dafür volles Verständnis aufgebracht haben, daß es eine Reihe von Fragen gibt und eine Reihe von Notwendigkeiten, die wir gerne für die politischen Opfer erfüllen wollen. Wenn nun aber im Voranschlag für 1950 ein verringerter Betrag eingesetzt ist, dann hat selbstverständlich auch das Regierungsmitglied, das dieses Referat in der Landesregierung verwaltet, dafür zu sorgen, daß nicht nur im ersten Vierteljahr die Gelder flüssig gestellt werden können, sondern daß das ganze Jahr über etwas vorhanden ist. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man selbstverständlich auch verstehen, wenn bestimmte Weisungen an die Abteilungen ergehen und vor allem in der Frage der außerordentlichen Beihilfen an bereits Berufstätige Einsparungen erfolgen müssen, damit das, was gemeinsam mit den Vertretern der politischen Opfern beschlossen wurde, nämlich die Möbelhilfe für 1950, in den Vordergrund zu stellen, auch durchgeführt werden kann. Der Herr Abg. Pölzl kann versichert sein, daß wir nicht nur alles tun werden, auch im Jahre 1950 den politischen Opfern wirklich zu helfen, sondern daß darüber hinaus — und das weiß er ganz bestimmt — besonders ich es gewesen bin, die auch in der Vergangenheit immer wieder für die außerordentliche Hilfe für die politischen Opfer eingetreten ist. Es kommt dabei nicht auf das frauliche Gefühl an, sondern in vieler Beziehung leider auch auf die finanziellen Möglichkeiten, die im Landesvoranschlag ihren Niederschlag gefunden haben.

Auch an der Budgetpost für die Pflegekinder wurde Kritik geübt. Ich darf hier sagen, der Betrag von 1,3 Millionen S ist vorgesehen für die Kosten für Pflegekinder, die der Landeshilfe bedürftig sind, das heißt die nicht unmittelbar den Bezirksfürsorge-

verbänden zur Last fallen, die also vom Land aus übernommen werden müssen auf Grund der Fürsorgeverordnung. In Steiermark gelten für die Pflegekinder augenblicklich Pflegesätze von 100 S bis 120 S. Wir wissen, daß das eigentlich ein niedriger Betrag ist und gerade das Referat, das ich zu führen habe, hat veranlaßt, zu ermitteln, ob keine Möglichkeit besteht, im Jahre 1950 die Anstaltskosten für Pflegekinder zu vermindern. Damit könnte der Haushalt des Landes und auch der Bezirke und Gemeinden entlastet werden, zugleich wird auch dem Kinde genützt; denn die Erziehung des befürsorgten Kindes in der Gemeinschaft einer Familie ist immer noch zweckmäßiger als seine Unterbringung in einer, wenn auch sehr gut geführten geschlossenen Anstalt. Es wird versucht werden, auch im Jahre 1950 hier Wandel zu schaffen und auch die Landesregierung wird sich in allernächster Zeit damit beschäftigen.

In der Frage der Rückersätze und der Einbringung der Rückersätze hat das Land Steiermark keine direkten Befugnisse. Die Bezirksfürsorgeverbände müssen, weil ihre Fürsorgelasten groß sind, wenn auch eine gewisse Erregung darüber herrscht, doch versuchen, im größeren Ausmaß wieder Beträge hereinzubringen. Wir wissen davon und auch auf dem Gebiet werden Erhebungen durchgeführt. Gemeinsam mit dem Gemeindereferat wird versucht werden, zu einer anderen Auffassung in allen diesen Fragen zu gelangen und das, was der Herr Abg. Pölzl hier als besonders schimpflich angeführt hat, nämlich die rücksichtslose Eintreibung von Ausgaben auf dem Gebiet der Fürsorge, soll abgeändert werden, indem versucht wird, hier gerecht und vor allem sozial gerecht zu handeln.

Der Herr Abg. Sebastian hat die Frage der Fürsorgebeiräte vorhin berührt. Dazu lassen Sie mich sagen, daß wir schon im Finanzausschuß eine ernste Debatte darüber geführt haben und daß die ÖVP auf dem Standpunkt steht — ich weiß nicht, ob die gesamte Fraktion — daß Fürsorgebeiräte nur eine bürokratische Erschwernis wären und daß die Gefahr bestünde, daß nach parteipolitischen Gesichtspunkten einzelne Fürsorgefälle entschieden würden. Ich glaube, daß hier schon die Möglichkeit gegeben sein wird, noch in diesem Jahr zu einer Bereinigung dieser Frage zu kommen und das zu tun, was im Interesse der zu Befürsorgenden zweckmäßig erscheint.

Die Frau Abg. Wolf hat in eingehender Weise und ausführlich über die Fürsorge gesprochen. Ich möchte darauf zurückkommen, was sie eingangs erwähnt hat, und zwar die IRO, also eine internationale Organisation, die die Aufgabe hat, Kinder, die elternlos sind oder Kinder, deren einer Elternteil nicht mehr in Österreich ist, aus Österreich in ihr Heimatland oder ins Geburtsland der Eltern abzutransportieren. Ich habe vor ungefähr 14 Tagen den Auftrag gegeben, beim Bundesministerium festzustellen, ob die IRO wirklich das Recht hat, Kinder, die hier in Österreich auf Pflegeplätzen gut untergebracht sind, die keine Eltern haben, wegzunehmen und in ein Land zu schicken, dessen Sprache sie nicht kennen, dessen Gewohnheiten sie nicht kennen, wo sie weder Vater noch Mutter finden.

während sie hier, wenn auch keine Blutsverwandtschaft, so doch eine Wahlverwandtschaft gefunden haben. Wir hoffen, daß es uns gelingt, auf die Stellen in Wien so einzuwirken, um hier eine Änderung herbeizuführen. Was auf diesem Gebiet geschehen kann, wird im Interesse der Pflegefamilien und der Kinder geschehen.

Wir freuen uns, daß es uns — gemeinsam mit der ÖVP — gelingen wird, einen gemeinsamen Antrag, der voriges Jahr schon im Lande beschlossen wurde, in diesem Jahr zu verwirklichen, das ist die Einrichtung einer wirklichen Kinderübernahmestelle auf dem Rosenhof in Graz, weil wir wissen, wie wichtig die Kinderübernahmestelle ist.

In der Frage der Hauswirtschaftskurse hat Abg. Wolf schon eingehend gesprochen. Ich möchte dem nichts hinzufügen als den Wunsch, daß es uns möglich wird, in den kommenden Jahren die Form der Hauswirtschaftskurse auszubauen. Es ist dies nicht nur ein Mittel zur Bekämpfung der Verwahrlosung der weiblichen Jugend, sondern diese Kurse haben auch im volkswirtschaftlichen Interesse allgemeine Bedeutung. Die heranwachsenden jungen Mädchen werden Mütter und es kommt viel darauf an, in welcher Form sie ihren Haushalt verwalten.

Ich darf zusammenfassend hier sagen und der Berichterstatter wird mir verzeihen, daß ich ihm einen Teil des Schlußwortes vorweggenommen habe, daß wir versuchen sollen, auf allen Gebieten, soweit es die finanziellen Kräfte des Landes gestatten, das auszubauen, was unbedingt notwendig ist, wozu wir uns alle bekennen und was immer besser und zweckmäßiger durchgeführt werden soll. (Allgemeine Bravorufe und Händeklatschen.)

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hohes Haus! Abg. Pötz hat Kritik geübt mehr oder weniger an der Unzulänglichkeit der Versorgung der Kriegsverwundeten und der Kriegshinterbliebenen. Ich persönlich stimme vollständig mit ihm überein. Nur stehe ich leider jetzt hier als Berichterstatter des Finanzausschusses und bin nicht in der Lage, ihm darauf erschöpfend antworten zu können. Über die sehr berechtigten Beschwerden des Herrn Abg. Pötz bezüglich der Trafikenvergaben möchte ich nur eines sagen: Ich kenne in Steiermark persönlich eine Familie, die in auf- und absteigender Linie nicht weniger als 42 Konzessionen, darunter, obwohl es nicht notwendig wäre, einen Tabakhauptverlag und eine Tabaktrafik auch haben. Ich kann nicht reden, ich bin hier nur Berichterstatter des Finanzausschusses, ich kann nur kurz darauf hinweisen. (Landeshauptmann Krainer: „Polemisieren ist dem Berichterstatter nicht erlaubt.“ Mehrere Zwischenrufe. Präsident gibt Glockenzeichen.)

Nun etwas anderes. Abg. Pötz hat erklärt, das Landesinvalidenamt sollte schneller arbeiten. Das ist eine Angelegenheit, über die man reden könnte, die uns im Landtage schon interessiert, wir können aber darauf kaum einen Einfluß nehmen, weil wir hier nicht zuständig sind. Etwas anderes ist es, wenn angeführt wird, daß für die Kriegsoferversorgung zu wenig aufgewendet wird. Wir als Land haben die Kriegsoferversorgung nicht zu versorgen, das ist Bundessache. Ich muß zur Ehre des österreichischen

Staates und des Nationalrates erklären, wenn man ein Zehntel des Gesamtaufkommens unserer Steuer- aufbringung für die Kriegsoferversorgung ausgeben würde, stimme ich ohne weiteres zu, daß das unzulänglich wäre mit Rücksicht auf die gigantische Not, die entstanden ist. Man kann aber nicht mehr geben als man hat. Was wir geben, ist unzulänglich, aber die Einnahmen unseres Staates ermöglichen es nicht, mehr zu geben. Genau so wie wir als Land leider nicht in der Lage sind, für die Kriegsoferversorgung im gegenwärtigen Zeitpunkt mehr zu geben, als hier veranschlagt ist; daß es unzulänglich ist, darüber glaube ich, ist das Hohe Haus vom ersten bis zum letzten Abgeordneten restlos überzeugt.

Etwas anderes ist, wenn Abg. Pölzl verlangt, man solle die Post „Wirtschaftliche Fürsorge für die Geschädigten nach dem Opferfürsorgegesetz“ auf 300.000 S erhöhen. Abg. Pölzl glaubt wohl selbst nicht daran, daß das ein ernstzunehmender Antrag ist. Wir sind durchaus der Meinung und es ist das auch im Finanzausschuß nach langen und eingehenden Debatten festgelegt worden, daß für die Opfer des Faschismus gesorgt werden muß, doch diese Fürsorge gipfelt nicht darin, daß man 100.000 S mehr oder weniger einsetzt, sondern beruht auf anderen Gebieten, vor allen darin, daß man die Opfer des Faschismus insoweit versorgt hat, daß fast jeder, der halbwegs geeignet war, eine annehmbare Stelle im öffentlichen Dienst bekommen hat oder sonstwie untergebracht wurde. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir früher höhere Beträge brauchten, weil das Bundesfürsorgegesetz für diese Opfer noch nicht Gesetz war und zur Überbrückung daher größere Beträge aufgewendet werden mußten. Es fällt mir umso leichter als Berichterstatter, Ihnen empfehlen zu sollen, den Antrag Pölzls nicht anzunehmen und die Vorlage mit Erhöhung der 25.000 S anzunehmen, als uns im Finanzausschuß der Landesfinanzreferent im Laufe der Debatte versichert hat, er sei, wenn der Betrag zu gering ist, ohne weiters bereit, als Regierungsmitglied aus den Verstärkungsmitteln einen zusätzlichen Betrag zur Verfügung zu stellen und natürlich auch auszubezahlen.

Ich beantrage, dem Antrage des Abg. Pölzl nicht die Zustimmung zu erteilen und die Gruppe 4, wie sie vorliegt, mit den Abänderungsanträgen, 14 im ganzen, die Erhöhungen betreffen und im Heft vorliegen, anzunehmen und ebenso den auf Seite 18 vorliegenden Resolutionsanträgen zu diesem Kapitel, und zwar zu 442,70, zu 445, 454, 460,71, Unterabschnitt 16b/90, 16c/90 und 485, Unterabschnitt 18c, die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Es liegt mir ein Antrag des Abg. Pölzl vor, ich muß die Unterstützungsfrage stellen. Ich bitte die Abgeordneten, welche den Antrag unterstützen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich kann ihn daher in die Verhandlungen nicht einbeziehen.

Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir schreiten zum Schluß der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung wird für morgen Vormittag um 9 Uhr anberaumt mit folgender Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Beratungen über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 18, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950 und über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses hiezu, Beilage Nr. 24.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einlaufzahl 10, betreffend den Ankauf der beiden Grundstücke EZ. 47 und EZ. 59, KG. Feldbach.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall.

Ich bitte die Abgeordneten, morgen um 9 Uhr pünktlich zu erscheinen.

Schluß der Sitzung um 23 Uhr 20.